

UNIA

ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Portugal: 4 Extra-Seiten zu 50 Jahren Nelkenrevolution. Seiten 12-15

Der **Flying Tiger** macht auf locker und fair. Doch hinter den kleinen Läden steckt ein **knallharter Konzern**. In Bern wehren sich jetzt Mitarbeitende. Zum Beispiel **Julian** und **Céline**. Seite 5

Sie wollen den Tiger zähmen

FOTOS: MATTHIAS LUGGEN/KEYSTONE / ADOBE STOCK (2)

Bau-Ausbeutung in Bern

Unia verhilft geprelltem Búezer zu seinem verdienten Lohn.

Seite 3

Immo-Haie immer dreister

Linda Rosenkranz vom Mietendenverband will sie stoppen.

Seite 9

Happy Birthday, Jean Ziegler!

Der weltbekannte Soziologe und Autor wird 90 Jahre alt. Der work-Kolumnist polemisiert, weiterklärt und hofft unverwüstlich weiter.

Seiten 10-11





workedito
Anne-Sophie Zbinden

REIZENDE WORTE

Es ist eine blumige work-Ausgabe geworden, mit vielen roten Revolutionsnelken (Seiten 12 bis 15). Und eine tierisch starke dazu: Es geht um Katzen und Spatzen, Tiger, Immo-Haie und eine Sauerei. Zudem rücken wir auf acht Seiten Frauen ins Rampenlicht (von hinten nach vorn): Feuerwehrfrau Fiona Hofer, die Pazifistin Clara Ragaz, Landwirtschaftsaktivistin Sonia Melo, die ermordete Politikerin Marielle Franco, Historikerin Raquel Varela, die oberste Mieterin Linda Rosenkranz, Tiger-Bändigerin Céline Z. und die Klimaseniorinnen.

KLIMASENIORINNEN. Klimaseniorinnen ist zurzeit in rechtsbürgerlichen Ohren ein Reizwort. Deshalb gleich noch mal: Klimaseniorinnen! Von Kindern und Seniorinnen, die sich fürs Klima einsetzen, scheinen sich

Bürgerliche fühlen sich von Kindern und Seniorinnen, die sich fürs Klima einsetzen, bedroht.

Bürgerliche bedroht zu fühlen. Dabei hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) ganz

sachlich entschieden: Die Schweiz tut zu wenig für den Klimaschutz (siehe Artikel rechts). Mit den bisherigen Massnahmen wird sie das unterzeichnete Pariser Klimaabkommen nicht einhalten können, das eine Erderwärmung von klar unter 2 Grad anstrebt. Und der EGMR rügt die Schweizer Gerichte, dass sie die Klage der Klimaseniorinnen über mangelnden Gesundheitsschutz nicht ernst genommen haben.

GAGA. Das Urteil ist wegweisend, entsprechend wurde weltweit darüber berichtet. Meist mit Fokus auf die Bedeutung fürs Klima. Doch hierzulande wenden Politiker von FDP, SVP und Mitte antike Methoden an: sie «köpfen» zumindest verbal die Überbringer schlechter Nachrichten. Statt über ihre Versäumnisse beim Klimaschutz zu sprechen, verurteilen sie das Gericht, das ihnen diese Nachricht überbringt. Das Urteil sei «gaga» (SVP-Graber) und «unverständlich» (FDP-Wasserfallen) und eine Gefahr für die direkte Demokratie (Mitte-Pfister). Überhaupt, die Demokratie, und dann erst noch die direkte! Im bürgerlichen Lamento über das «politische Urteil» scheint die freie Schweiz in ihren Grundfesten bedroht.

SCHWANENGESANG. Dumm nur, dass weder Bundesrat noch Bundesgericht ihre Hausaufgaben machen wollten und die Klimaseniorinnen ihre Klage deshalb weiterziehen mussten. Die Strassburger Richter argumentieren, dass die Klimaerhitzung die Gesundheit schädigen kann. Das Recht auf Gesundheit ist wiederum ein Menschenrecht. Das ist keine politische Einflussnahme, sondern eine juristische Argumentation, basierend auf wissenschaftlichen Tatsachen.

A propos «politisches Urteil»: Wo blieb der bürgerliche Schwanengesang auf die politische Unabhängigkeit der Gerichte, als fünf bürgerliche Männer, bis auf einen alle über fünfzig, geschiedene Mütter demütigten, indem sie sie zu mehr Erwerbstätigkeit zwangen? Ungeachtet ihrer unbezahlten Erziehungs- und Hausarbeit, die sich zudem nicht unbedingt förderlich auf ihre Erwerbsmöglichkeiten auswirkte? So geschehen am tiefschweizerischen Bundesgericht.

Vielleicht fürchten sich Bürgerliche nicht nur vor Klima-Kindern und -Seniorinnen, sondern auch vor Frauen. Zumindest sind sie in ihren Parteien eher untervertreten. Ganz anders als in dieser work-Nummer.

Gerichtshof für Menschenrechte verurteilt die Schweiz Ein erfrischend freches Urteil!

Jetzt ist es amtlich: Die Schweiz tut zu wenig fürs Klima, urteilt der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte. Die Linke freut's, die Bürgerlichen stehen unter Schock.

IWAN SCHAUWECKER

Der Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Schweiz verurteilt. Die zentralen Inhalte: «Klimaschutz ist ein Menschenrecht» und «die Schweiz hält sich nicht an das Pariser Klimaabkommen». Die Reaktionen von rechts waren heftig. Statt über Klimaschutz zu sprechen, stilisieren sie lieber das Urteil zu einem Angriff auf die direkte Demokratie oder sogar auf die Bevölkerung. So schrieb Mitte-Präsident Gerhard Pfister auf der Plattform X (ehemals Twitter): «Die Bevölkerung hat unter

Statt über Klimaschutz zu sprechen, stilisieren die Bürgerlichen das Urteil zu einem Angriff auf die Demokratie.

anderem die Revision des CO₂-Gesetzes abgelehnt und so den Rahmen in der Klimapolitik gesetzt, jetzt wird sie dafür vom EGMR verurteilt. Und in der Schweiz gibt es Parteien, die diese Verurteilung als Erfolg feiern? Quo vadis, direkte Demokratie? Der SP-Co-Präsident Cédric Wermuth konterte: «Der Entscheid des Gerichtshofs ist deshalb so erfrischend frech, weil er der liberal-konservativen Lebenslüge den Spiegel vorhält.» Die Lebenslüge bestehe darin, zu behaupten, dass es eine unerschütterliche Symbiose von Kapitalismus und Menschenrechten gebe. Und dann war da noch die SVP, die sich am liebsten gar nicht mehr mit Klimaschutz und Menschenrechten befassen möchte. Sie forderte wegen des Urteils stracks den Austritt der Schweiz aus dem Europarat.

DER LANGE ATEM DER SENIORINNEN

Rosmarie Wydler-Wälti (74), Co-Präsidentin der Klimaseniorinnen, muss sich nicht an diesem parteipolitischen Hickhack beteiligen.



EIN SIEG FÜRS KLIMA: Der Vorstand der Klimaseniorinnen – Anne Mahrer, Co-Präsidentin, Pia Hollenstein, Elisabeth Stern, Jutta Steiner, Oda U. Müller, Rita Schirmer-Braun, Stefanie Brander, Norma Bargetzi-Horisberger, Rosmarie Wydler-Wälti, Co-Präsidentin (v.l.). FOTO: YOSHIKO KUSANO / LUNAX

Zusammen mit ihren 2500 Mitstreiterinnen des Vereins Klimaseniorinnen hat sie einen achtjährigen Kampf gewonnen. Die Grosse Kammer des EGMR begründet das Urteil auf 260 Seiten und stellt erstmals in der Geschichte des Gerichts einen direkten Zusammenhang zwischen Menschenrechten und Klimaschutz her. Die Schweiz gefährde mit ihrer Klimapolitik das Recht der Klägerinnen auf Gesundheit. Das Gericht rügte die Schweiz für Lücken in der Klimagesetzgebung. Die 17 Richterinnen und Richter des EGMR verurteilten die Schweiz auch wegen der mangelnden inhaltlichen Auseinandersetzung mit der Klage. Die Klimaseniorinnen wurden in der Schweiz mit ihrer Beschwerde von allen Instanzen abgewiesen. Weder der Bundesrat noch das Bundesverwaltungsgericht und das Bundesgericht wollten sich mit der Klage befassen.

Der Entscheid des EGMR ist auch ein Leiterteil für alle europäischen Gerichte. Klägerinnen und Kläger in den 46 Mitgliedsstaaten des Europarates werden sich auf das Urteil berufen können. Vor allem Kla-

gen von Umweltverbänden und Vereinen gegen Staaten und klimaschädliche Konzerne werden jetzt gute Chancen eingeräumt. Das Urteil aus Strassburg ist auch ein grosser Erfolg für Greenpeace. Die Umweltorganisation hat die Klimaseniorinnen in den letzten acht Jahren organisatorisch, finanziell und rechtlich unterstützt. Georg Klingler, der die Kampagne in dieser Zeit begleitet hat, sagt: «Dieses Urteil ist wegweisend und wird die Menschen und die Politik noch lange Zeit beschäftigen.»

DIE SCHWEIZ MUSS JETZT HANDELN

Die Schweiz kann keine Berufung gegen das Urteil einlegen. Der Bundesrat steht jetzt in der Pflicht, beim Klimaschutzgesetz nachzubessern und deutlich ambitioniertere Reduktionsziele für das Jahr 2030 vorzulegen. Die Gründerinnen der Klimaseniorinnen werden dann über 80 Jahre alt sein und in einer deutlich heisseren Welt als zur Zeit ihrer Geburt leben. Wenn die Schweizer Regierung das Urteil aus Strassburg ernst nimmt, werden die Emissionen bis dann aber deutlich tiefer liegen als heute.

Raus zum 1. Mai! Prämien rauf, Renten runter!

Am 1. Mai gehen wir für sozialen Fortschritt auf die Strasse, für ein besseres Leben für uns Buezerinnen und Buezer, für internationale Solidarität. Der historische Erfolg für die Stärkung der AHV hat gezeigt: Wenn alle progressiven und sozialen Kräfte am selben Strang ziehen, können wir in diesem Land Grandioses erreichen, auch gegen die vereinte Wirtschafts- und bürgerliche Politelite.

work-Sondernummer

work am 1. Mai

work feiert den Tag der Arbeit mit einer Sondernummer. Darin geht es um «Konsultationszüge», Disziplin, Ordnung und den Schwarzen Block – und um die mutigen Buezer der Glasfabrik Vetropack, wo Flaschen nicht nur in der Produktionslinie zu finden sind.

Die Zeitung gibt's exklusiv an den 1.-Mai-Umzügen oder auf Bestellung: redaktion@workzeitung.ch

Was wann wo läuft am Tag der Arbeit

Hier eine Auswahl, alle Anlässe unter sgb.ch/1mai

AARAU

17.15 Uhr, Bahnhof: Besammlung. 17.30 Uhr: Demonstration. 18 Uhr, Markthalle: 1.-Mai-Feier mit Festwirtschaft, Marktständen, Live-Musik und Poetry-Slam. Reden: **Pierre-Yves Maillard, SGB-Präsident**, Ständerat SP (VD); Mechthild Mus, Co-Präsidentin Junge Grüne Aargau, Grossratskandidatin; Duaa Al-Mizori, Mitglied Flüchtlingsparlament.

BRUGG

17–20 Uhr, Neumarktplatz (bei trockener Witterung, bei Regen im Forum Odeon): 1.-Mai-Feier. Zum Abschluss politische CH-Lieder mit Marco Pollastra. Hauptrednerin, 17.30 Uhr, **Bruna Campanello, Mitglied Unia-Geschäftsleitung.**

BERN

Ab 16.30 Uhr, Kramgasse: Besammlung. 17 Uhr: Start des Umzugs. Ab 17.30 Uhr: Feier auf dem Bundesplatz. Diverse Verpflegungsstände und Musik. Ab 19 Uhr, Restaurant Volkshaus 1914, Zeughausgasse 9: The Magic Five & Guest. Reden: **Stefan Wüthrich / Adrian Flükiger, Co-Präsidentin GSB**; Beat Jans, Bundesrat SP; Matteo Antonini, Präsident Syndicom Schweiz; Charlotte Günther, Juso, und Elia Gerber, JAI, für die Jugend; Marieke Kruit, Gemeinderätin SP; Ursina Anderegg, Gemeinderatskandidatin GB; Emine Sariaslan, Vertreterin der Migration; Vertreterinnen des Feministischen Streikkollektivs Bern.

INTERLAKEN

17–20 Uhr, Kunsthaus Interlaken: 1.-Mai-Feier. Musikalisches Rahmenprogramm mit Blue-Skies-Onemanband Roland Wilhelm. Moderation: Beatrix Hurni, SP-Grossrätin, Frutigen. Reden: 17.15 Uhr **Daniel Lampart, Chefökonom SGB**; 17.45 Uhr Jakob Tanner, em. Geschichtspräsident, Sozialhistoriker; 18.30 Uhr Samira Marti, Nationalrätin SP (BL), Co-Fraktionschefin SP Schweiz; 19.15 Uhr Fräulein Lama, Bloggerin mit kritisch-sarkastischem Blick auf das politische Geschehen.

THUN

Ab 14.15 Uhr, Rathausplatz: 1.-Mai-Feier mit Infoständen, Getränken, Reden, Risotto und Live-Musik mit The Cotton Mafia. 16.45: Uhr Kinder-Tanzgruppe

SCHAFFHAUSEN

11.15 Uhr, an der Vorstadt: Besammlung zur Demonstration. 12 Uhr, Fronwagplatz: Kundgebung, danach Konzert von Klub Mathé und Festwirtschaft. Redner: Arber Bullakaj, 4/4-Initiative; **Lukas Tarczali, Unia**, und andere.

ZÜRICH

9.30 Uhr, Treffpunkt Strassburgstrasse 11: **Unia-Aktion**. 10 Uhr, Helvetiaplatz: Besammlung zur Demonstration. 12 Uhr, Sechse-läutenplatz: Schlusskundgebung. 12–22 Uhr, Zeughausareal/Kasernenwiese: 1.-Mai-Fest. 14.00–15.30 Uhr, Walcheturm: Arbeitskampfverfahren aus dem Gesundheitswesen. 14.00–15.30 Uhr, Walcheturm: Clara Ragaz: Feministin, Sozialistin, Pazifistin. 14–18 Uhr, Kasernenwiese: Kinderfest. 16.00–17.30 Uhr, Glaspalast: Kapitalismus macht krank – wie solidarische Initiativen die globale Gesundheit verbessern. 16.00–17.30 Uhr, Walcheturm: Wenn du ärmer bist, musst du früher sterben. 18.00–19.30 Uhr, Glaspalast: Gesundheit auf der Flucht. 18.00–19.30 Uhr, Walcheturm: EU-Asylpakt. 18.15 Uhr, vor dem Glaspalast: Treffpunkt zum kritischen Stadtrundgang. 20–21 Uhr, Glaspalast: Klimakämpfe an der Front. 20.00–21.30 Uhr, Walcheturm: Film «Die Anhörung», anschliessend Diskussion mit Regisseurin Lisa Gerig. Reden: **Daniel Lampart, Chefökonom SGB**; Maja Hess, Präsidentin von Medico International.



Unia-Präsidentin Vania Alleva tritt in Thun auf.

des albanischen Vereins Thun. 17.40 Uhr: Umzug. 18 Uhr: Rückkehr auf den Rathausplatz. 18.10 Uhr, Rathausplatz: Aus-trinkete. Moderation: Fabrizio d'Orazio, Regionalsekretär Syndicom Bern ICT. Reden: Beat Haldimann, Präsident GBT; **Vania Alleva, Präsidentin Unia**; Teresa Dos Santos-Lima Matteo, Co-Präsidentin GKB; Maria Rigon, Unia Jugend BEO, Partenza; Elisabeth Baume-Schneider, Bundesrätin SP

Schon wieder: Lohnpfusch auf Berner Baustelle Geprellte Baubüezer aus Bulgarien

Die gleiche Baustelle, das gleiche Generalunternehmen, die gleiche Sauerei: An der Konsumstrasse in Bern wurden erneut ausländische Arbeiter ausgebeutet. Einer wurde wortwörtlich auf die Strasse gestellt und musste drei Nächte am Bahnhof ausharren.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Schon wieder rückten die Gewerkschaftssekretärinnen und -sekretäre frühmorgens an die Konsumstrasse 10 in Bern aus. Bereits im vergangenen November fiel die Baustelle mit menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen auf. Fünf Ungarn mussten für Dumpinglöhne arbeiten und auf der kalten Baustelle schlafen (work berichtete: rebrand.ly/baustellekonsumstrasse). Jetzt wiederholte Gazmend «Gazi» Krasniqi von der «Roga Generalunternehmungen GmbH» mit Sitz in Lachen SZ die Ausbeutung. Dieses Mal mit zwei bulgarischen Arbeitern.

DREIST BIS UNMENSCHLICH

Ibrahim K. (46) und sein Bruder wurden Anfang Februar für diverse Bauarbeiten an der Konsumstrasse 10 direkt von Roga-Chef Krasniqi angestellt. Die Arbeitsverträge der ausländischen Büezer sind alles andere als sauber. Sie wurden als Gipser auf Abruf im Stundenlohn angestellt, was nicht zulässig ist. Versprochen hat der Chef den Büezern aus Bulgarien total 20 000 Franken. Doch in Wirklichkeit erhielten sie wöchentlich unterschiedliche Beträge bar auf die Hand. Sie arbeiteten für unterirdische Dumpinglöhne,

wie die Berechnungen der Unia aufzeigen. Zudem sind Barauszahlungen im Gipsergewerbe untersagt. An Dreistigkeit nicht zu überbieten: Die Möbel, mit denen die fünf ungarischen Baubüezer auf der Baustelle gelebt hatten, mussten die bulgarischen Baubüezer entsorgen. Dabei waren die Bulgaren nicht als Putzgeräte engagiert, sondern als Gipser.

Doch damit nicht genug. Während der Bruder von Ibrahim K. bereits Mitte März die Schweiz aus gesundheitlichen Gründen verlassen musste, arbeitete Ibrahim K. weiter auf der Baustelle. Am Donnerstag, 4. April, wurde er durch seinen direkten Vorgesetzten fristlos entlassen und aus der Arbeiterwohnung geschmissen. Was darauf folgte, war für den Bauarbeiter der Tiefpunkt: Drei Tage harrte er auf dem Berner Bahnhof aus, weil er weder Geld noch eine Unterkunft hatte. Bis die Unia aktiv wurde.

SOLIDARITÄT UNTER BÜEZERN

Die Gewerkschaft brachte Ibrahim K. in einem Hotelzimmer unter. Stefan Wüthrich, Co-Leiter der Unia-Bern, kontaktierte daraufhin Gazmend Krasniqi der «Roga Generalunternehmungen GmbH», die Bauleitung «Baumotiv GmbH» sowie die Bauherrschaft «BJH GmbH». Die drei Parteien schoben sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe und sahen sich nicht in der Pflicht zu handeln. So entschied die Unia kurzerhand, die Baustelle zu schliessen.

Die Ansage: Solange Ibrahim K. seinen rechtmässigen Lohn nicht erhält, wird auf der Baustelle an der Konsumstrasse 10 gestreikt. Die Unia lud alle drei Parteien zu Verhandlungen ein, der Einladung folgte nur Generalunternehmer Krasniqi. Frühmorgens, noch bevor die restlichen Baubüezer auf der Baustelle eintrafen, blockierte die Unia die Baustelle mit Fahnen, Transparenten und Absperrband. Passantinnen und Passanten wurden mit Flyern über die üblen Zustände auf dieser Baustelle informiert. Während Krasniqi bereits am Verhandlungstisch sass, trafen auf der Baustelle immer mehr Bauarbeiter ein. Sie zeigten sich solidarisch mit ihrem Kollegen aus Bulgarien und legten ihre Arbeit nieder. Bis zum Verhandlungsschluss um 9.00 Uhr betrat kein Arbeiter die Baustelle.



MIT HILFE DER UNIA: Der Bulgare Ibrahim K. (46) kämpfte um seinen Lohn. FOTO: CHRISTIAN PFANDER / TAMEDIA AG

GESCHAFFT! Baubüezer Ibrahim K. (in der Mitte) hat seinen Lohn erhalten. FOTO: DAK

Der Druck auf der Bauherrschaft unter der Leitung von Menachem Gottesfeld sowie dem Eigentümer Josef Levin war an diesem Tag gross. Nicht etwa, weil sie sich ihrer Verantwortung für den ausgebeuteten Büezer bewusst waren. Sondern, weil an diesem Tag die Betonlieferung eintraf und viel Arbeit anstand.

MEHR KONTROLLEN

Für den 46-jährigen Bauarbeiter aus Bulgarien waren diese Tage in Bern sehr belastend. Als er auf seinen Chef traf, war er eingeschüchtert und nervös. Umso erfreulicher das Endergebnis: Ibrahim K. erhielt von Roga-Chef Krasniqi noch am selben Tag 4000 Franken bar auf die Hand. Insgesamt hat der Bauarbeiter netto 8500 Franken für zwei Monate verdient, sein Chef muss sämtliche Sozialversicherungsbeiträge nachzahlen. Ibrahim K.: «Ich hatte grosse Angst, wie es mit mir weitergeht. Umso mehr Mut brauchte es, mich zu wehren.»

Für Chris Kelley, Co-Leiter Bau Unia, ist klar: «Bauherren müssen ihre Verantwortung

wahrnehmen.» Zu den ganzen Verstössen auf der Baustelle an der Konsumstrasse 10 in Bern will die Bauherrschaft «Baumotiv GmbH» unter der Leitung von Menachem Gottesfeld keine Stellung beziehen. Der Eigentümer der Liegenschaft, Josef Levin, sieht sich als Opfer der mächtigen Unia. Er habe durch den Baustop viel Geld verloren, sagte er der «Bernener Zeitung». Statt von Lohndumping spricht er von einer «Lohnstreitigkeit». Der Baustop sei für ihn nicht nachvollziehbar.

Damit diese Ausbeutung nicht nochmals geschieht, ist für die Unia klar: Es braucht engmaschigere Kontrollen auf dem Bau und Sanktionen, die den Chefs wehtun. Auf dem Rücken von ausländischen Arbeitern, die nur wenig Deutsch verstehen, wird gnadenlos Lohndrückerei betrieben. Unia-Mann Stefan Wüthrich sagt: «Auf dem Bau kommt es gerade bei den Löhnen viel zu oft zu Verstössen. Klar ist: Wer in der Schweiz arbeitet, muss Schweizer Löhne erhalten!» Dem schliesst sich auch Kelley an: «Diese beiden Beispiele zeigen, was wir generell sehen: Wo kontrolliert wird, fliegen unsaubere Firmen auf. Deshalb braucht es mehr Kontrollen und sicher nicht weniger. Das gilt für die aktuellen Kontrollregelungen, aber auch im Hinblick auf ein allfälliges Abkommen mit der EU.»

workzahl

52 PROZENT

der kontrollierten Maler- und Gipserbuden verstossen gegen Lohnbestimmungen. Im Bauhauptgewerbe sind es 41 Prozent, wie das Bundesamt für Statistik für das Jahr 2022 ausgewertet hat.

Gewerkschaftsumfrage Die geizigen Baumeister

In fast allen Branchen gab es auf 2024 hin generelle Lohnerhöhungen. Doch die Baumeister verweigerten sich und versprachen «individuelle Erhöhungen». Eine Umfrage der Gewerkschaften zeigt: Das war ein leeres Versprechen.

CLEMENS STUDER

Die Auftragsbücher sind voll. Die Umsätze auf Rekordhöhe. Die erzielten Preise auf dem Bau steigen, und es mangelt an Fachkräften. Doch die realen Löhne im Bauhauptgewerbe stagnieren oder sinken sogar. Kurz: Die Baumeister sind Batzenklemmer. Das zeigt eine grosse Umfrage der Gewerkschaften Unia und Syna. Sie haben 34 000 Lohninformationen aus rund 700 verschiedenen Firmen aus der ganzen Schweiz zusammengetragen.

Nico Lutz, Sektorleiter Bau der Gewerkschaft Unia, fasst das erschreckende Resultat so zusammen: «48 Prozent der Bauarbeiter ha-



BESORGT: Die Unia-Bauexperten Nico Lutz (links) und Chris Kelley. FOTOS: UNIA

ben keinen einzigen Franken Lohnerhöhung erhalten. Sie erleiden dieses Jahr eine Reallohnsenkung von über 2 Prozent. Mehr als 90 Prozent der Bauarbeiter haben – bezogen auf den Durchschnittslohn – weniger als die Teuerung erhalten.»

SCHUSS INS EIGENE BEIN

Das Resultat der Umfrage zeigt eindrücklich, dass das Versprechen des Baumeisterverbandes (SBV), die sinkende Kaufkraft ihrer Büezer individuell angehen zu wollen, ein leeres war. Besonders unverständlich: Die SBV-Politik führt auch dazu, dass korrekte Firmen, welche die Kaufkraft ihrer Mitarbeitenden erhalten oder die Büezer gar richtigerweise auch an den wachsenden Erträgen beteiligen, bei Auftrags-

90 Prozent der Bauarbeiter haben weniger als die Teuerung erhalten.

ausschreibungen benachteiligt werden. Denn Betriebe, welche die Reallöhne drücken, haben dann tiefere Lohnkosten. Die Batzenklemmerei der Baumeister ist kein Ausrutscher, wie die Bundeszahlen zeigen. Im März hat das Bundesamt für Statistik die ersten Ergebnisse der Lohnstrukturerhebung 2022 veröffentlicht. Die Ergebnisse sind erschreckend: Zwischen 2016 und 2022 sind die Löhne teuerungsbereinigt in fast allen Kategorien gesunken.

FACHKRÄFTE-FLUCHT

Trotz Baukonjunktur berichtet Chris Kelley, Co-Leiter Sektor Bau der Unia, von einer «regelrechten Flucht» aus dem einst so stolzen Maurerberuf. Konkret: Im Lauf der Karriere wird sich jeder zweite Maurer dazu entscheiden, die Branche zu verlassen. Besonders beunruhigend sei, so Kelley weiter, dass viele bereits in den ersten Jahren nach Lehrabschluss keine Zukunft mehr sehen. Die Anzahl Personen, die innerhalb von viereinhalb Jahren ihren gelernten Beruf verlassen, ist bei Maurerabsolventen mehr als dreimal so hoch wie im gesamtschweizerischen Durchschnitt. Chris Kelley sagt: «Der Lohn ist nicht der einzige Grund für den Branchenexodus. Der steigende Druck, die langen Tage und viele Überstunden sowie unbezahlte Reisezeiten tragen ebenfalls dazu bei. Doch wenn das Bauhauptgewerbe als einzige grosse Branche nicht mal die Teuerung ausgleicht, ist dies für viele ein weiterer Grund, der Branche den Rücken zu kehren.»



Die ausführliche Berichterstattung unter rebrand.ly/geizige-baumeister

Lohn zum Leben für Bern und Biel

BERN. Auch in der Stadt Bern soll es bald einen Mindestlohn geben. Ein Bündnis, dem auch die Unia angehört, hat die Initiative «Ein Lohn zum Leben» lanciert. Sie fordert ein Minimum von 23.80 Franken pro Stunde. Damit würden die Löhne von bis zu 10 000 Menschen steigen. Die 5000 Unterschriften will das Bündnis im Herbst einreichen. Am 1. Mai wird auch in Biel eine Mindestlohn-Initiative lanciert.

Meilenstein im Gartenbau

BASEL. Im Sommer tritt der neue Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Gärtnergewerbe Basel-Stadt und Basel-Landschaft in Kraft. Neu sitzen nicht



MIT DER UNIA: Im Gärtnergewerbe sitzt die Gewerkschaft jetzt mit am Verhandlungstisch. FOTO: PIXABAY

mehr nur der Arbeitgeberverband Jardin Suisse und die Berufsorganisation Grüne Berufe Schweiz am Verhandlungstisch, sondern auch die Unia, die grösste Interessenvertreterin von Gärtnerinnen und Gärtnern in der Schweiz. Lange wehrten sich die Meister gegen die Integration der Gewerkschaft. Doch jetzt sahen sie ein, dass nur mit der Unia an Bord die Voraussetzungen geschaffen sind, um beim Bundesrat die Allgemeinverbindlichkeit (AVE) zu beantragen. Einen allgemeinverbindlichen GAV im Gartenbau gibt es bisher erst in der Romandie.

Unia-Atici und VPOD-Wiesmann regieren

BASEL/FRAUENFELD: Bei den Regierungswahlen in den Kantonen Basel-Stadt und Thurgau triumphierten gleich zwei Kandidierende mit Gewerkschaftshintergrund. In Basel setzte sich der studierte Industrieingenieur, Ex-SP-Nationalrat und Kebab-Unternehmer Mustafa Atici (54) gegen den bürgerlichen Kandidaten durch. Atici ist seit 2010 Unia-Mitglied. Im Thurgau schaffte es mit Sonja Wiesmann (58) sogar eine Vollblutgewerkschafterin in die Exekutive. Die gelernte Tiefbauzeichnerin und langjährige Bauführerin sagt, sie habe einen Teil ihrer Kindheit «um und in der Fabrik verbracht». Das Wort Mindestlohn habe daher früh eine reale Bedeutung bekommen. Später verklagte sie mit Hilfe der Unia erfolgreich ihren Chef. Dieser hatte ihr gekündigt, weil sie schwanger war. Da die Sozialdemokratin seit 2009 im öffentlichen Dienst tätig ist, nämlich als Gemeindepräsidentin von Wigoltingen, wechselte sie vor ein paar Jahren zum VPOD.

workonline Unsere Top-Artikel auf workzeitung.ch

Berner Baubüezer rüsten schon zum Lohnkampf

Über 150 Baubüezer aus der Stadt Bern und Umgebung trafen sich im Hotel Bern zu einer Lagebesprechung. Sie diskutierten, wie sie eine anständige Lohnerhöhung erkämpfen könnten, nachdem ihnen der Baumeisterverband für dieses Jahr eine generelle Lohnerhöhung verweigert hatte.

«Wir müssen uns vorbereiten, damit wir diesen Herbst mehr erreichen, so dass es für uns und unsere Familien reicht», sagte ein spanischsprachiger Bauarbeiter im rasselvollen Saal. Es war die mit Abstand grösste Versammlung der Region zu einem solch frühen Zeitpunkt im Jahr. Unia-Bausekretär Johannes Supe sagt: «Es ging hoch zu und her, einige Arbeiter sind sehr sauer und wollen nicht nochmals eine solche Nullrunde wie dieses Jahr erleben.»

Trotz steigenden Kosten knausern die Betriebe.

VIELE LOHN-NULLRUNDEN

Das Bauhauptgewerbe ist eine der wenigen Baubranchen, die für 2024 keine generelle Lohnerhöhung gewährt haben. Sowohl Elektriker, Gebäudetechnikerinnen als auch Gipser und sogar Schreinerinnen erhielten von ihren Firmen gesicherte Lohnerhöhungen. Die individuellen Lohnerhöhungen der Baufirmen blieben dagegen alle unter dem Niveau, das für 2023 erkämpft wurde. Damals hatten die Bauarbeiter und Poliere mit ihren Protesten für eine schweizweite Lohnerhöhung von mindestens 150 Franken pro Monat gesorgt.

Doch trotz steigenden Kosten und explodierenden Krankenkassenprämien knausern die Betriebe in diesem Jahr. Wie viel sie nun wirklich zahlten, fand die Berner Unia in Gesprächen mit Arbeitern und deren Polieren heraus: Meh-



NICHT ZUFRIEDEN: Die Berner Baubüezer haben sich im Hotel Bern versammelt. FOTO: UNIA

re grossere Firmen zahlten 100 Franken Lohnerhöhung, also weniger als die 2022 mit der Gewerkschaft Unia ausgehandelten 150 Franken. Wenige zahlten mehr, bei vielen gab es eine Nullrunde.

BAUMEISTER LAMENTIEREN

Den Baumeisterverband (SBV) scheint das nicht zu stören. Und das, obwohl die ungleiche Lohnentwicklung anständig zahlende Firmen benachteiligt. Für Aufruhr sorgte im SBV hingegen, dass die Unia Transparenz herstellte. Auf Wunsch der

Arbeiter veröffentlichte sie einige der bekannten Lohnsituationen auf einem Flyer. Prompt reklamierten die betroffenen Batzenklemmer-Firmen bei ihrem Verband. Und der lamentierte, wie ihm geheissen: «Es ist unredlich, dass die Unia einzelne Firmen namentlich erwähnt.» Und inhaltlich? Die Unia-Zahlen seien «höchstwahrscheinlich falsch». Behaupten kann man's ja mal.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/baulohn-be)
rebrand.ly/baulohn-be



OFFENSIVE: In Coiffeursalons braucht es mehr Kontrollen. FOTO: KEYSTONE

Coiffeurbranche

Tessin ist Top-Kontrollleur

Seit Anfang Jahr gilt in der Coiffeurbranche ein neuer Gesamtarbeitsvertrag (GAV) mit besseren Mindestlöhnen. Doch damit der GAV auch eingehalten wird, braucht es Kontrollen, das zeigt die Entwicklung im Kanton Tessin. Vor wenigen Jahren noch das Schlusslicht, gehört der Kanton jetzt zur Spitze, und der GAV wird

von einer grossen Mehrheit der Betriebe eingehalten. Der neue GAV verschärft die Sanktionen, so dass auch grosse Betriebe kein Lohn- und Preisdumping mehr betreiben.



Mehr zu Mindestlöhnen in der Schweiz: rebrand.ly/coiffeur-gav

Jungspund-Gipsermeister lügt

Ziemlich dreist, wie es die Gipserbude Zey Bau AG aus Widnau SG treibt. Sie schuldet mehreren Ex-Angestellten über 20 000 Franken Lohn. Zudem hat sie Ausländer mit luschen Versprechen in die Schweiz gelockt und ihnen hier üppige Mieten vom Lohn abgezogen. Ein Arbeiter musste auf dem Fussboden schlafen, ein anderer in einer Abstellkammer. Nachdem work berichtete, griffen auch andere Medien den Fall auf. Zu «20 Minuten» sagte Chef Mikail Zeybekoglu (23), er habe «am 28. und 29. März alle Löhne ausbezahlt». Das ist gelogen. Noch immer ist kein Franken geflossen! Das bezeugen alle betroffenen Büezer gegenüber work. Und auch der Jungspund-Chef selbst behauptet jetzt auf Rheintal24.ch: «Der Lohn wurde/wird im April ausbe-

zahlt.» Wer's glaubt. Die Unia hat Klage eingereicht.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/zey-luegt)
rebrand.ly/zey-luegt

Migros mit Imageproblem

Die Migros war während Jahren das Lieblingsunternehmen der Nation. Doch die Zeiten ändern sich: Dieses Jahr landete der Riese noch auf Rang drei des nationalen Firmen-Rankings. Laut dem Marktforschungsunternehmen GfK hat die Migros vor allem im Kriterium der «gesellschaftlichen, ökologischen und ökologischen Verantwortung» verloren. Dazu gehören unter anderem «Arbeitsplatzsicherung» und «attraktive Arbeitsbedingungen». Wenn die Migros weiter antigewerk-

schaftliche Blockade betreibt, könnte sie bald noch tiefer fallen.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/imageproblem)
rebrand.ly/imageproblem

Verhängnisvolle Liebe bei der Ruag

Es rumort in der Belegschaft des Ruag-Werks in Lodrino TI. Der Grund: Eine intime Beziehung in der Chefetage, genauer zwischen dem Werksleiter und der Personalchefin. Letztere sollte eine Anlaufstelle für die rund 90 Tessiner Ruag-Büezerinnen und -Büezer sein, wird aber genau von ihnen nun gemieden. Für sie ist die Aufteilung der Zuständigkeiten nicht mehr gegeben, sie bezweifeln, dass die eine Stelle die andere noch unparteiisch beurteilen könne. Erst recht, seit ein Arbeiter auf «unerklärliche Weise und ohne jede Grundlage» entlassen worden sei. Dies schreibt die Unia in einem offenen Brief an Verteidigungsministerin Viola



WARTUNG: Eine Ruag-Büezerin bei ihrer Arbeit. FOTO: RUAG

Amherd. In Lodrino wartet der Rüstungskonzern des Bundes vorwiegend PC-7- und PC-6-Propellerflieger. Zu den Vorwürfen aus der Belegschaft hat er nun endlich Stellung bezogen.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/ruag-love)
rebrand.ly/ruag-love

Ermordet, weil sie Frauen sind

Die Schweiz hat ein massives Problem mit Gewalt gegen Frauen. Das zeigen die neusten Zahlen des Bundesamts für Statistik: Im vergangenen Jahr

Täglich finden Sie neue Artikel auf unserer Website: www.workzeitung.ch

Und so holen Sie sich work direkt aufs Handy, wie in einer App: Öffnen Sie workzeitung.ch im Browser Ihrer Wahl (Firefox, Safari usw.). Für iPhone: Klicken Sie auf das Teilen-Symbol, scrollen Sie nach unten und wählen Sie «Zum Home-Bildschirm». Für Android: Tippen Sie oben rechts auf das Drei-Punkte-Menu, dann auf «Zum Startbildschirm» zufügen.

Sie finden uns auch auf Facebook und Instagram!

wurden 20 Frauen getötet, es kam zu 42 versuchten Femiziden, 2765 Beschimpfungen und 198 sexuellen Nötigungen. Auch im ersten Quartal 2024 wurden bereits sechs Frauen ermordet. Alle zwei Wochen wird eine Frau von ihrem Ehemann, Lebensgefährten, Expartner, Bruder oder Sohn getötet.

Obwohl die Schweiz 2017 die Istanbul-Konvention zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt mitunterzeichnet hat, ist diese nicht umgesetzt. So gibt es nicht einmal halb so viele Schutzplätze, als eigentlich nötig wären.

Laut Blertë Berisha, Co-Geschäftsleiterin der Dachorganisation Frauenhäuser Schweiz und Liechtenstein, fehlt es vor allem an Gewaltprävention, etwa in Schulen. Dabei müssten Kinder, die in gewaltvollen Haushalten aufwachsen, aufgeklärt werden, damit sie selbst nicht Gewalt ausüben oder tolerieren. Häusliche Gewalt sei keine Privatsache, nur weil sie in den eigenen vier Wänden passiere.



Weiterlesen auf [workzeitung.ch](http://workzeitung.ch/rebrand.ly/Femizide2024)
rebrand.ly/Femizide2024

Flying Tiger Bern: Rausgemobbt, weil sie Gewerkschaftsmitglieder sind

Wenn der Studi-Job zum Albtraum wird



MUTIG: Julian R. und Céline Z. baten um eine bescheidene Lohnerhöhung. Doch selbst das war zu viel. FOTO: MATTHIAS LUGGEN

Alles fing damit an, dass die Belegschaft der Flying-Tiger-Filiale am Berner Bahnhof etwas mehr Lohn forderte. Denn mit 22 Franken brutto die Stunde lässt es sich schwierig leben. Was folgte, war eine Mischung aus Schikanen, Ignoranz und Mobbing.

DARIJA KNEŽEVIĆ

Mobbing, Machtspiele und missbräuchliche Kündigungen: Was die Mitarbeitenden in der Filiale am Berner Bahnhof vom dänischen Dekoladen Flying Tiger im vergangenen Jahr erlebten, war reine Tortur. Angefangen hat alles ganz harmlos: Student Julian R. (22) arbeitete schon einige Jahre beim dänischen Konzern. Eine Lohnerhöhung gab es nie. Die Mehrheit der Mitarbeitenden sind Studierende. Alle ausser die Filialleitung und ihre Stellvertretung sind im Stundenlohn angestellt. Der Verdienst: 22 Franken brutto pro Stunde, ohne 13. Monatslohn.

Julian R. trommelte daraufhin sein Team einschliesslich Filialleitung zusammen. «Durch die Teuerung hatte ich Schwierigkeiten, mit dem tiefen Stundenlohn über die Runden zu kommen», sagt er. Daraufhin schrieb die gesamte Belegschaft im März letzten Jahres einen Brief an die Geschäftsleitung von Flying Tiger Schweiz mit Sitz in Luzern. Die Forderung: 26 Franken Stundenlohn sowie eine jährliche Teuerungsanpassung. Dafür haben die Verkäuferinnen und Verkäufer die Mindestlöhne bei anderen Detailhändlern verglichen. Zu diesem Zeitpunkt lag dieser bei Coop und Migros bei etwas über 27 Franken die Stunde.

Die Filialleiterin begann, gezielt Mitarbeitende zu schikanieren.

Die Geschäftsleitung ignorierte das Schreiben zwei Monate lang. Und vertröstete mit einer halbhatzigen Antwort. Céline Z. (22) arbeitete zu diesem Zeitpunkt ebenfalls in der Filiale am Berner Bahnhof. Sie sagt: «Das war sehr ernüchternd. Wir haben regelmässig die Preise im La-

den umetikettiert und erhöht. Aber für uns gab es keinen Rappen mehr.» Deshalb war klar: Jetzt müssen sie sich gewerkschaftlich organisieren.

GEWERKSCHAFTSMITGLIEDER IM VISIER

Mit Hilfe der Gewerkschaft Unia in Bern schrieben sie im Herbst letzten Jahres einen weiteren Brief an die Geschäftsleitung. Dieses Mal war ersichtlich, dass der Brief von den Arbeitnehmenden und der Gewerkschaft gemeinsam kommt. Die Geschäftsleitung sah sich nicht zum Handeln veranlasst und verweigerte die Gespräche. Das sollte sich später als ihre Strategie entpuppen. Nach diesem zweiten Schreiben überschlugen sich die Ereignisse. Die Filialleiterin begann, gezielt Mitarbeitende zu schikanieren.

Zudem zitierte sie sie zu Einzelgesprächen, was in dieser Filiale nicht zur Norm gehört. Julian R.: «Alle wussten: lädt die Chefin zum Gespräch ein, ist das kein gutes Zeichen.» Die Filialleiterin sagte nie konkret, was der Grund für die Einladung sei. Es war die Rede von «Konflikten im Team», oder sie benutzte andere vage Formulierungen. Erst auf dem Gesprächsprotokoll, das nicht ansatzweise dem tatsächlichen Gespräch entsprach, waren die Anschuldigungen ersichtlich: nachlassende Arbeitsleistung und Demotivation. Bei allen geführten Einzelgesprächen erstellte die Filialleiterin dieselbe Notiz. Céline Z. sagt: «Die Chefin hat gezielt Mitarbeitende in die Mangel genommen, von denen bekannt war, dass sie Gewerkschaftsmitglieder sind.»

Wieder wandte sich die Belegschaft an die Gewerkschaft. Wieder kontaktierte die Unia die Geschäftsleitung. Und wieder reagierte niemand. Die Einzelgespräche hörten zwar auf, doch die Situation spitzte sich zu.

«AUF GANZER LINIE UNPROFESSIONELL»

Im November, Dezember und Januar erhielten ausgewählte Mitarbeitende, darunter Julian und Céline, massiv weniger Arbeitsstunden, als in den Vormonaten zugeteilt. Die Chefin der Filiale wurde in der Zwischenzeit befördert, und eine neue Person übernahm die Leitung. Doch die Probleme blieben ungelöst. Weiterhin wurden einzelne Mitarbeitende gezielt ausgeschlossen und von der Arbeit ferngehalten. Schichttauschen waren nicht mehr wie jahrelang vorher unter den Kolleginnen und Kollegen möglich, sondern nur noch mit Erlaubnis der Chefin. Als

eine der betroffenen Mitarbeitenden mehrmals nachfragte, warum sie keine Schichten mehr arbeiten dürfe, verriet sich die neue Chefin: «Ich bin informiert worden, dass ich dir keine Schichten geben kann», hiess es in einer Nachricht, die auch work vorliegt. Parallel dazu wurden online neue Stellen ausgeschrieben und neue Arbeitskräfte angestellt. «Das Verhalten der Führungspersonen war unprofessionell und respektlos uns gegenüber», sagt Céline Z.

Schliesslich schloss sich eine Gruppe aus sieben Personen zusammen und bat die Chefin persönlich um ein Gespräch. Sie stellten ihr wichtige Fragen: Wieso sie keine Schichten mehr erhielten oder warum diese nicht fair auf alle verteilt

Sieben Mitarbeitende suchten das Gespräch. Wenige Tage später wurden sie entlassen.

würden. Darauf gab es keine Antworten. Schlimmer noch: Wenige Tage später erhielten alle sieben eine schriftliche Kündigung. Die Vorwürfe waren komplett aus der Luft gegriffen. Julian R. sagt: «Für uns war klar: Wir wehren uns gegen diese Kündigungen und die haltlosen Vorwürfe!»

Aktuell wehren sich sieben Betroffene gegen die Umstände bei ihrem ehemaligen Arbeitgeber und die missbräuchliche Kündigung mit dem Rechtsdienst der Unia. Zum Fall bezieht Flying Tiger Stellung: «Flying Tiger Copenhagen steht absolut für Toleranz, Respekt und Antidiskriminierung. Mobbing und Benachteiligungen werden nicht geduldet, und entsprechend weisen wir die Behauptung zurück, dass Mitarbeiter aufgrund ihrer Gewerkschaftszugehörigkeit diskriminiert wurden. Flying Tiger Copenhagen erkennt das Engagement der Unia für Arbeitnehmer in der Schweiz an.» Tatsächlich steht auch in einem internen Dokument: «Flying Tiger Copenhagen verbietet Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Religion, Geschlecht, Alter, nationaler Herkunft, sexueller Orientierung, Geschlechtsidentität, Behinderung, Gewerkschaftszugehörigkeit, politischer Zugehörigkeit oder eines anderen durch geltende Gesetze geschützten Status.» Die eigenen Richtlinien scheint Flying Tiger in der Filiale am Berner Bahnhof vergessen zu haben.



ILLU: LAURA GONZALEZ MARTINEZ

Laura und der Eimer

Bei den Begrüssungen mit meinen Gspönlisprechen wir meistens kurz über die eigenen Wehwechen, das Wetter und danach über die Arbeit. Die Wehwechen meiner Kolleginnen und Kollegen begleiten mich in dieser Filiale seit über fünf Jahren, und ich kenne die Fortschritte oder Verschlechterungen. Wir alle haben das, was



Laura Gonzalez Martinez ist Verkäuferin in Zürich und Gewerkschafterin.

unsere Arbeitsbedingungen bieten. Von Kopf bis Fuss. Und das chronisch. Ich eingeschlossen: Von den vielen Jahren in der Kälte, dem stundenlangen und pausenlosen Stehen knacken meine Knie ein lautes Konzert, wenn ich mühsam die Treppen steigen. Und ich bin erst knapp vierzig.

KEIN KLO. Vieles hat sich zwar in 20 Jahren verbessert. Als ich im Verkauf in einem kleinen Kiosk in Zürich anfang, hatten wir nicht mal ein Klo. Doppelschichten waren ein Luxus. Wir mussten entweder den Laden unbeaufsichtigt lassen, um ins nächste Restaurant gehen zu können, was dem Vorgesetzten natürlich missfiel. Oder, wenn es ganz kritisch wurde, einen Eimer benutzen. Und das passierte oft.

Wenn es ganz kritisch wurde, mussten wir zum Pinkeln einen Eimer benutzen.

lassen, um ins nächste Restaurant gehen zu können, was dem Vorgesetzten natürlich missfiel. Oder, wenn es ganz kritisch wurde, einen Eimer benutzen. Und das passierte oft.

BLASENENTZÜNDUNG. In dieser Zeit hatte ich noch einen zweiten Job im Sicherheitsbereich. Über Stunden draussen bei Minustemperaturen zu stehen war absolut üblich. Und damit auch meine chronische Blasenentzündung. Mittlerweile habe ich ein WC, arbeite nicht dauernd allein, kann in der Pause dreissig Minuten sitzen, und ganz so kalt ist es in der Molkiabteilung nicht. Also ja, es ist besser.

FALSCHES SCHAM. Wenn der Körper zwick, erzählt er seine Geschichte. Er hat vieles ausgehalten und toleriert. Doch auch psychisch haben diese Bedingungen Spuren hinterlassen. Ich bin empfindsamer und fordernder geworden. Ich toleriere nicht mehr alles. Wenn ich anderen von meinem Einstieg in die Arbeitswelt erzähle, fallen manchen fast die Augen aus dem Kopf, oder viele erzählen mir ihre ebenfalls schlimmen Erlebnisse. Einmal kam die Reaktion: Man spricht doch nicht über so was Unangenehmes wie in den Eimer pinkeln, das will niemand hören! Doch genau deshalb spreche ich darüber. Das sind Dinge, die man nicht sieht, wenn man irgendwo etwas konsumiert. Man sieht nicht, wie es dieser arbeitenden Person hinter der Kasse, am Tresen oder am Eingang geht. Je mehr wir darüber reden, desto eher und schneller lassen sich die Bedingungen ändern. Nicht uns muss es unangenehm sein, sondern allen, die so etwas zulassen: den Arbeitgebern.

Auch die Kantone «schuldenbremsen» Von chronisch schlechten Budgetierungen

Was der Bund kann, können sie schon lange. Mit Hilfe der Schuldenbremse budgetieren die Kantone sich arm, um zum Beispiel bei den Prämienverbilligungen zu knausern. Und schliessen dann massiv im Plus ab. Seit Jahren. Systematisch.

CLEMENS STUDER

Um über 7 Milliarden Franken haben die Kantone die Rechnungen 2022 besser abgeschlossen als budgetiert. Diese Zahl stammt vom marktradikalen Thinktank Avenir Suisse. Dieser hat die Budget-Schindlerei der Kantone als Thema entdeckt. Jahre nach dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB), der die Kantonsfinanzen Jahr für Jahr analysiert (rebrand.ly/kantonsfinanzen-analyse). Während Avenir Suisse jedoch von «Steuerrückerstattung» für die Reichen träumt, verlangt der SGB seit Jahren, dass die Kantone wenigstens nicht mehr bei den Prämienverbilligungen sparen.

BUNDESTRICK FÖDERALISIERT

Die meisten Kantone haben – wie der Bund (siehe Spalte rechts) eine «Schuldenbremse». Diese sind im Detail unterschiedlich ausgestattet, führen aber zum gleichen Effekt: Um die Steuern von Reichen und Firmen zu senken, ist Geld da, für die nötigen Ausgaben im Interesse der Mehrheit etwa in den Bereichen Bildung, Langzeitpflege oder Prämienverbilligungen fehlt aber angeblich das Geld. Denn die seit Jahren chronisch «überraschend» erzielten Überschüsse fliessen fast immer in den Schuldenabbau beziehungsweise in einen absurden Vermögensaufbau.

Im vergangenen Herbst hat der SGB für die Jahre 2021 und 2022 ausgerechnet: Die Kantone hätten allein mit den Rechnungsüberschüssen ihre Ausgaben für Prämienverbilligungen bei weitem mehr als verdoppeln können!

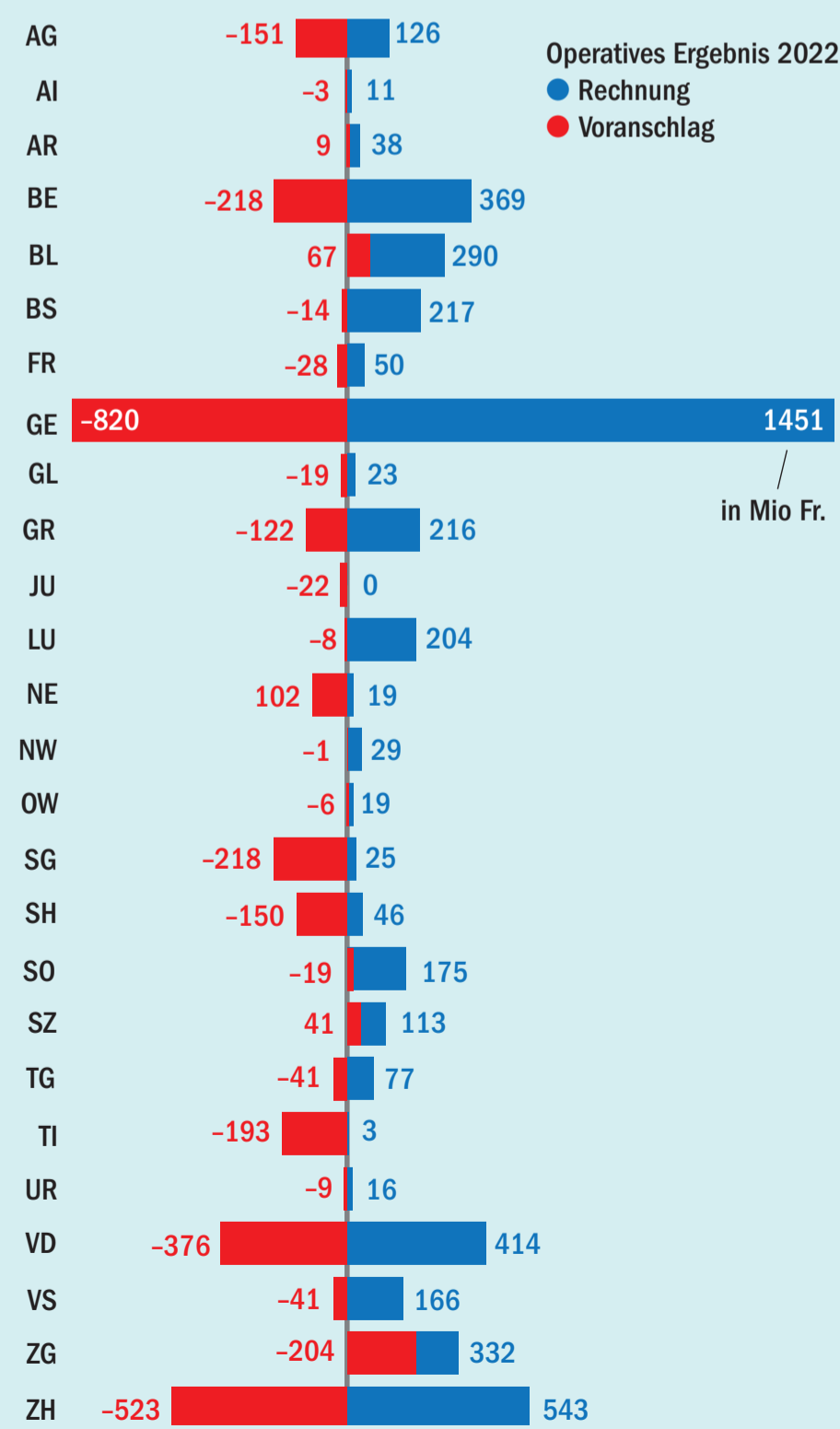
WENIGER VERBILLIGUNGEN

Doch das Gegenteil ist passiert. Und noch dreister: Nicht einmal das Geld, das sie für Prämienverbilligungen vom Bund bekommen, geben alle Kantone vollständig weiter. Und 21 Kantone haben nicht einmal das – meist schon schmale – Budget ausgeschöpft, das ihnen die Parlamente zur Verfügung gestellt haben. Im Kanton Zürich zum Beispiel zahlte der Regierungsrat der Bevölkerung rund einen Fünftel des Budgets für Prämienverbilligungen nicht aus. Konkret bedeutet das: Eine vierköpfige Familie mit einem Bruttoeinkommen von 80 000 Franken hätte 820 Franken mehr Prämienverbilligung erhalten, wenn der Kanton nicht geknausert hätte. Und wenn im Jahr 2022 sämtliche Kantone alle für Prämienverbilligungen budgetierten Mittel ausgeschöpft hätten, wären zusätzlich 234 Millionen Franken an bedürftige Versicherte ausbezahlt worden.

WEITER WIE BISHIER?

Obwohl jetzt selbst Marktradikale die systematische Missbudgetierung kritisieren, ist nicht von einer Besserung auszugehen. Auch für das laufende Jahr haben 17 von 26 Kantonen ein Defizit budgetiert. Die Wahrscheinlichkeit und die Erfahrung aus den vergangenen Jahren legen nahe: Auch diese Defizite werden sich spätestens mit den Rechnungsabschlüssen «überraschend» in Überschüsse verwandelt haben.

So rechnen sich die Kantone arm



ZIEMLICH DANEBEN: Die Kantone malen gern schwarz, wenn es um die Budgets geht. Die Rechnungsabschlüsse zeigen aber, dass mehr Geld für das Volk da wäre. GRAFIK: WORK

Steuer ist nicht Steuer, und längst nicht alle bezahlen, was sie sollten

Wer schnallt hier wem den Gürtel enger?



PROMINENT: Ob der Träger dieses Gürtels ihn auch enger schnallen muss? Eher nicht. Es handelt sich um jenen des Multimillionärs Arnold Schwarzenegger. FOTO: KEYSTONE

Mit Steuern finanziert der Staat seine Ausgaben. Doch mit welchen Steuern für wen welche Ausgaben wofür? Das ist die entscheidende Frage. Und hier übervorteilen die Besitzenden die Arbeitenden immer aufs neue.

CLEMENS STUDER

Um seine Aufgabe zu erfüllen, braucht das Gemeinwesen Geld. Darum erhebt der Staat unterschiedlichste Steuern. Es gibt direkte Steuern auf Einkommen, Vermögen und teilweise auf Kapitalertrag. Und es gibt indirekte Steuern, die den Verbrauch, Bezug oder Besitz von Gütern und Dienstleistungen belasten. Oder eine staatliche Dienstleistung «weiterverrechnen». Zum Beispiel die Abfallentsorgung. Und dann gibt es viele Ausnahmen und Sonderregelungen.

RABATTE FÜR DIE REICHEN

Wer mehr als 9,99 Prozent an einer Firma besitzt, bekommt einen massiven Steuerrabatt auf ausbezahlte Dividenden. Bei den Bundessteuern sind es 30 Prozent, bei den Kantonen bis 50 Prozent. Das führt dazu, dass es sich für Firmenbesitzende lohnt, sich statt eines entsprechenden Lohns die Firmenprofite als Dividenden auszuzahlen. Denn die Beiträge an die AHV sparen sie dabei auch gleich noch. Auf die Spitze treibt dieses System zum Beispiel SVP-Nationalrätin und EMS-Mitglied Magdalena Martullo-Blocher. Sie bezahlt sich einen verhältnismässig «bescheiden Lohn» von rund einer Million Franken im Jahr aus. Zusammen mit ihren Schwestern kassiert sie allerdings mehr an Dividenden, als alle EMS-Mitarbeitenden zusammen verdienen.

FALLE KOPFSTEUERN

Das Gegenteil direkter und progressiver Steuern sind Kopfsteuern und Gebühren. Denn diese sind

für alle gleich hoch: Die sogenannten Personalsteuern zum Beispiel, die Gemeinden erheben, müssen auch jene bezahlen, die über keinerlei steuerbares Einkommen verfügen. Die grösste und ungerechteste Kopfsteuer sind jedoch die Krankenkassenprämien. Denn während in anderen Ländern die Gesundheitskosten aus Steuereinnahmen oder aus Lohnprozenten finanziert werden, drückten die Schweizer Bürgerlichen zur Einführung des Krankenkassenobligatoriums 1996 die Kopfprämien durch. Das bedeutet: UBS-CEO Sergio Ermotti, der für 9 Monate Arbeit 14 Millionen Franken einsackt, bezahlt gleich viel Prämie wie der Vorarbeiter auf dem Bau, der für ein Jahr Arbeit weniger Lohn erhält als Ermotti in einem Tag. Offiziell sollte die Belastung der Haushaltsbudgets durch Krankenkassenprämien mit individuellen Prämienverbilligungen auf einem halbwegs erträglichen Niveau gehalten werden. Doch die bürgerlichen Mehrheiten in den Kantonen drücken sich um ihre Verantwortung (siehe Artikel links).

Sergio Ermotti bezahlt gleich viel Prämie für die Krankenkasse wie ein Vorarbeiter auf dem Bau.

Ähnlich wie Kopfsteuern können «verursachergerechte Gebühren» wirken. Grundsätzlich ist nichts dagegen zu sagen, wenn Teile der Bevölkerung, die eine staatliche Dienstleistung ganz besonders beanspruchen, diese auch bezahlen. Gegen Grundbuch- und Handelsregistergebühren ist aus dieser Optik wenig einzuwenden. Schon schwieriger wird es bei den Entsorgungsgeldern für Haushaltsabfälle. Denn eigentlich ist die Müllabfuhr ein Service public, der aus Steuergeldern finanziert werden sollte. Hingegen ist Abfallvermeidung und Abfalltrennung gesellschaftlich erwünscht. Eine «Sackgebühr» kann also eine positive Verhaltensänderung bewirken. Das Problem: Gebührensäcke kosten für alle gleich viel. Während diese Ausgabe für eine alleinerziehende Verkäuferin mit Teilzeitpen-

FALLE «VERURSACHERPRINZIP»!

sum spürbar ist, kann der Abzocker-Manager weiterhin Kraut und Rüben samt Batterien und Altglas in seinen Gebührensack werfen, weil er die Ausgaben dafür kaum spürt. Ähnliches gilt für andere sogenannte Lenkungsabgaben wie jene auf den CO₂-Ausstoss. Wenn sie nicht vollständig zurückerstattet werden, belasten sie weniger Kaufkräftige stärker als Reiche.

sum spürbar ist, kann der Abzocker-Manager weiterhin Kraut und Rüben samt Batterien und Altglas in seinen Gebührensack werfen, weil er die Ausgaben dafür kaum spürt. Ähnliches gilt für andere sogenannte Lenkungsabgaben wie jene auf den CO₂-Ausstoss. Wenn sie nicht vollständig zurückerstattet werden, belasten sie weniger Kaufkräftige stärker als Reiche.

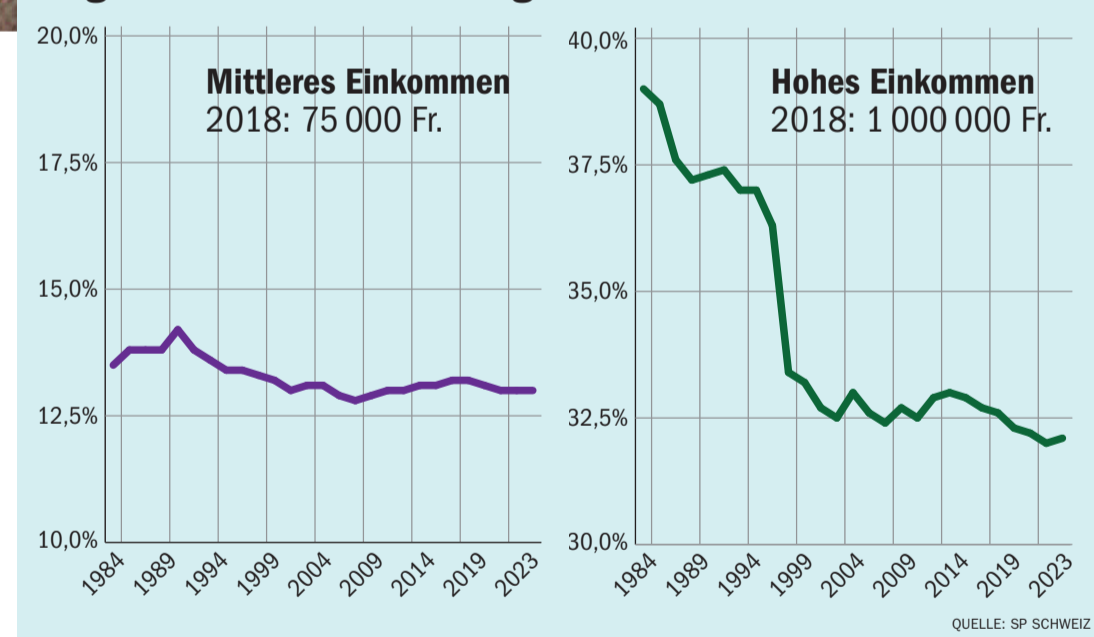
FALLE «STEUERPARADIES»

So regelmässig wie Ostern und Weihnachten berichten die Medien über «Steuerparadiese» und «Steuerhöhlen». Und das schon so lange und so hartnäckig, dass die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer schon selber glaubt, im Kanton Schwyz sei das Paradies und in der Westschweiz wohne der Steuerteufel. Dabei hätten diese Ranglisten ganz andere Reihenfolgen, würden zum Beispiel nach dem verbleibenden Anteil des Einkommens für die Mehrheit gefragt. Wo also auch Mieten, Kita-Gebühren und Krankenkassenverbilligungen eine Rolle spielen. Oder ganz einfach die Steuereintrittsschwelle und die Ausgestaltung der Steuerprogression. Ein kleines Beispiel: In der vermeintlichen Steuerhölle Genf bezahlt eine Witwe mit 20 000 Franken Einkommens der Mehrwertsteuer unterworfen als bei Best- und Superverdienern. Das ist auch der Grund dafür, dass die bürgerlichen Parteien zusätzliches Geld für die AHV über die Mehrwertsteuer generieren wollen und nicht über Lohnbeiträge. Denn da müssen Abzocker-Manager mehr bezahlen, als sie herausbekommen. Bei über 90 Prozent der Menschen ist es genau umgekehrt.

FALLE «KONSUMSTEUERN»

Rauchen ist ungesund. Darum werden Tabakerzeugnisse zusätzlich besteuert (warum gleichzeitig auch der Tabakanbau subventioniert wird, ist ein anderes Rätsel helvetischer Finanzpolitik). Rauchen ist für Arme wie Reiche gleich ungesund, doch dieses ungesunde Verhalten wird bei Ärmeren mit der Tabaksteuer im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit härter bestraft als bei Reichen. Das Gleiche gilt für die Alkoholabgabe. Am deutlichsten wird diese Ungleichheit bei der Mehrwertsteuer. Weil Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen

Ungleiche Steuerbelastung seit 1984



REICH BESCHENKT: Seit 1984 müssen die Supperreichen in der Schweiz immer weniger von ihrem Einkommen für die Allgemeinheit abgeben.

einen grösseren Teil ihrer Einkünfte unmittelbar wieder verkonsumieren (müssen), ist ein grösserer prozentualer Anteil ihres verfügbaren Einkommens der Mehrwertsteuer unterworfen als bei Best- und Superverdienern. Das ist auch der Grund dafür, dass die bürgerlichen Parteien zusätzliches Geld für die AHV über die Mehrwertsteuer generieren wollen und nicht über Lohnbeiträge. Denn da müssen Abzocker-Manager mehr bezahlen, als sie herausbekommen. Bei über 90 Prozent der Menschen ist es genau umgekehrt.

WENN SCHON DIREKT

Die Stossrichtung fortschrittlicher Steuerpolitik ist deshalb klar:

- Steuern sind auf alle Art von Einkommen zu erheben, und zwar mit einer eher hohen Eintrittsschwelle, dafür einer steilen Progression.
- Bei Kopf-, Konsumsteuern und Lenkungssteuern ist Vorsicht geboten. Und die ungerechteste Kopfsteuer «Krankenkassenprämie» muss gedeckelt werden.

- Kapitaleinkommen sollten in der Tendenz stärker besteuert werden als Arbeitseinkommen. Aktuell ist es umgekehrt.
- Erbschaften über einer gewissen Grösse erst recht. Aktuell wird pro Jahr mehr steuerfrei vererbt, als an AHV-Renten ausbezahlt wird. 75 Prozent dieser Milliarden kassieren 10 Prozent der Erbenden.

Was die Rechten wollen, ist ebenfalls klar: Sie wollen einzig noch Löhne, Renten und Konsum besteuern. Kapital und Einkünfte daraus sollen steuerfrei sein (oder bleiben).

HÄNDE WEG VON UNSEREM GÜRTEL!

Mit Steuern finanziert der Staat seine Ausgaben. Das ist die Binsenweisheit. Mit welchen Steuern für wen welche Ausgaben wofür bleibt die entscheidende politische Frage. Man sollte sie nie vergessen, wenn die bürgerlichen Mehrheiten in Regierungen, Parlamenten und Medien wieder unsere Gürtel enger schnallen wollen, um die der Konzerne und Superverdienenden um weitere zwei Löcher weiten zu können.

Schuldenbremse Bürgerliche bremsen den Fortschritt

Seit 20 Jahren kennt die Schweiz auf Bundesebene die «Schuldenbremse». Mit ihrer Hilfe verhindert die bürgerliche Mehrheit Investitionen, die ihr nicht passen. Für die Rettung der Banken, Steuerenkungen für Reiche, Armee und Landwirtschaft ist dagegen immer Geld da.

CLEMENS STUDER

Die Erzählung tönt gut: Wie jeder private Haushalt müsse auch der Bund schauen, dass Ende Monat quasi nicht mehr ausgegeben als eingenommen wurde. Tönt irgendwie logisch. Und ist total falsch. Doch dank dauernder Wiederholung haben sie bürgerliche Ökonomen und Politikerinnen erfolgreich in viele Köpfe gepflanzt. So erfolgreich, dass eine Mehrheit der Stimmentenden 2001 Ja sagte zur Verankerung der «Schuldenbremse» in der Bundesverfassung. 2003 wurde sie zur Freude des damaligen FDP-Finanzministers Kaspar Villiger einge-
EX-FINANZMINISTER: Kaspar Villiger.
FOTO: KEYSTONE
ber feierten marktradikale Ökonomen mit bürgerlichen Politikerinnen und Politikern Jubiläum. Auch die aktuelle Finanzministerin Karin Keller-Sutter kam nicht aus dem Rühmen heraus. Sie verkörpert die Konstanz der bürgerlichen Finanzpolitik hervorragend. Wenn es um die Interessen der Lohnabhängigen und von Rentnerinnen und Rentnern geht, wollen die Bürgerlichen kein Geld haben. Für den Finanzplatz aber, die Armee, die Bauern und für Steuergeschenke an Konzerne und Superreiche stellen sie mit leichter Hand enorme Summen zur Verfügung. Das hat eine lange Geschichte, die Wirtschaftshistoriker und Unia-Präsidentsekretär Philipp Müller vor einem Jahr hier nachgezeichnet hat (rebrand.ly/finanzplatz).

ZUM GLÜCK ERST 2003

Angebliches und hehres Ziel, mit dem die Schuldenbremse dem Volk verkauft wurde und das heute noch munter angeführt wird: Wir dürfen den kommenden Generationen keine Schulden überlassen, weil sonst deren politischer Spielraum eingeschränkt würde. Tönt irgendwie logisch. Und ist total falsch. Von der Verschuldung unserer Vorfahren für die Infrastrukturprojekte unserer Vorfahren – Eisenbahn etwa und Wasserkraft – profitieren bis heute einige Generationen. Und vor allem: So wie die bürgerliche Mehrheit den Verfassungsauftrag der Schuldenbremse umgesetzt hat, wurde sie definitiv zur Fortschrittsbremse.

PROGRAMMIERTER SOZIALABBAU

Die Bundes-Schuldenbremse funktioniert vereinfacht so: Macht der Bund finanziell vorwärts – entsprechend pessimistisch budgetieren hilft! –, müssen Überschüsse zwingend für den Schuldenabbau verwendet werden. Sie dürfen nicht in den Folgejahren investiert werden. Defizite hingegen müssen in den folgenden Jahren ausgeglichen werden. So kann die bürgerliche Parlamentsmehrheit fortschrittliche Anliegen einfach bodigen. Und die Schweiz hat zwar eine weltrekordtiefe Schuldenquote. Dafür zum Beispiel weder genügend bezahlbare Kita-Plätze noch ausreichend Prämienverbilligungen, noch investiert sie genügend in den ökosozialen Umbau. Gibt die bürgerliche Parlamentsmehrheit dagegen für ihre Liebhaber mehr Geld aus, geraten die Sozialausgaben unter Druck. Das ist von rechts durchaus erwünscht. Schuldenbremse-Bejublerin Karin Keller-Sutter macht's vor: Für die zusätzlichen Armeeaussgaben will sie bei den Witwen- und Kinderrenten und bei der Arbeitslosenversicherung kürzen.

Migros schliesst M-Electronics-Filialen Pfui, Migros!

Die Migros will ihre M-Electronics-Fachmärkte noch dieses Jahr verkaufen. Doch zahlreiche Filialen sind schon zu oder werden bald geschlossen. Die Migros ist aber überzeugt, dass die Schliessungen den Verkaufsprozess nicht stören.

IWAN SCHAUWECKER

Es sind ungewisse Zeiten für die 840 Mitarbeitenden von M-Electronics. Denn im Februar kündigte die Migros den Verkauf des Elektronikfachhändlers und von SportX an. (work berichtete: rebrand.ly/migros-abbau). Ein Migros-Mediensprecher sagte gegenüber work, dass der Verkaufsprozess bereits weit fortgeschritten sei. Doch für Dut-



AUSVERKAUF: Die Migros will ihre Fachmärkte loswerden. FOTO: KEYSTONE

zende M-Electronics-Mitarbeitende bei der Migros-Genossenschaft Aare kommt der Verkauf der Fachmärkte zu spät.

GESTAFFELTER ABBAU. Aus internen Dokumenten, die dem «Blick» zugespielt wurden, geht hervor, dass in den nächsten Wochen sechs M-Electronics-Filialen geschlossen werden. Der M-Electronics-Shop im Berner Westside hat bereits am 13. April dichtgemacht, und Ende Monat folgt die Filiale im Brugg-Center bei Biel. In den nächsten Wochen sollen dann die

Bei den Mitarbeitenden herrscht eine grosse Unsicherheit.

Standorte Ofringen AG, die Filiale in Worb BE, M-Electronics im Einkaufszentrum Sälipark in Olten und der M-Electronics-Shop in Münsingen BE verschwinden. Diese Schliessungen seien aber bereits vor dem beabsichtigten Verkauf von M-Electronics beschlossen worden, sagt die Migros. «Die angegebenen Standorte sind nicht Teil der Verkaufsverhandlungen und stören den Prozess somit nicht», teilte der Konzern gegenüber der «Berner Zeitung» mit.

ZUSAMMEN KÄMPFEN. Anne Rubin ist bei der Unia mitverantwortlich für den Detailhandel. Sie sagt, dass für einige der betroffenen Mitarbeitenden ein neuer Job bei der Migros gefunden wurde, bei manchen aber noch nicht. Generell herrsche eine grosse Unsicherheit, und der Wechsel in den Verkauf im Supermarkt sei für viele M-Electronics-Mitarbeitende keine zufriedenstellende Lösung. «Auch die Lernenden machen sich Sorgen, weil sie nicht wissen was mit ihnen passiert, wenn M-Electronics verkauft wird», fügt Rubin an. Die Unia fordert, dass die Migros keine Entlassungen vornimmt und dass für die Mitarbeitenden gute Lösungen in anderen Geschäftsbereichen der Migros gefunden werden. Angesichts der Rekordumsätze soll die Migros zudem auf die Schliessung von weiteren Filialen bei Do It + Garden verzichten.

Thierry Burkart will die Familienstiftungen des «Ancien Régime» zurück Ein Herrenreiter feudalisiert die FDP

Einst jagten Freisinnige die Feudalherren zum Teufel. Jetzt will ihr Präsident ihre Familienstiftung wieder einführen. Das ist nicht mehr «nur» die ordinäre bürgerliche Steuervermeidungswut, sondern purer Neo-Feudalismus. Und die Mehrheit des Parlaments macht mit.

CLEMENS STUDER

Als die Radikalen in der «freisinnigen Grossfamilie» ebenso wie in der damals noch jungen modernen Schweiz den Ton angaben, war klar: Die Familienfideikommisse gehören abgeschafft. Sie wurden mit dem Zivilgesetzbuch von 1907 verboten und dieses Verbot vom Bundesgericht 1945 bestätigt. Solche Familien-

Die Bürgerlichen reden wieder einmal von KMU, dabei meinen sie die Superreichen.

stiftungen dienten den Patriziern dazu, ihre Vermögen über Generationen weiterzugeben und ihren Nachkommen lohnfähigkeitslos ein Leben im Luxus zu ermöglichen. Beziehungsweise jenen Nachkommen, die sich im Sinne des stiftenden Patriarchen dieses Privilegs würdig erwiesen. Frauen wurde gerne ausgeschlossen. Diesen alten Zopf des abgesetzten «Ancien Régime» schnitten die damaligen Freisinnigen ab.

MUFFIGE PERÜCKE

Heute möchten sie sich diese muffige Perücke des Feudalismus noch so gerne wieder aufs Haupt setzen. Sie sagen es natürlich nicht so. Laut FDP-Präsident Thierry Burkart geht es nur darum, Schweizerinnen und Schweizer davor zu bewahren, für ihre Familienstiftung ins Ausland gehen zu müssen. Nach Liechtenstein etwa oder nach Österreich. Es gehe auch in keiner Weise darum, Steuern zu sparen. Sondern um Rechtssicherheit. Nicht nur den Linken fehlt da der Glaube. Auch die Urner Mitte-Stände-



DER FEUDALE: FDP-Präsident Thierry Burkart. FOTOMONTAGE: WORK

rätin Heidi Z'graggen hat da ihre Zweifel. Im Ständerat sagte sie: «Reiche Familien, und hier geht es um sehr reiche Familien, haben ein Problem, das sich den allermeisten Leuten nie stellen wird: Sie wollen sicher sein, dass das eigene Vermögen unter allen Umständen in der Familie bleibt und dass nur die eigenen Nachkommen davon profitieren können, am besten noch steuerlich optimiert.» Sie stimmte dann folgerichtig auch Nein.

DER EWIGE GARAGIST

Ganz anders als die bürgerliche Mehrheit im Parlament. Und natürlich ging es wieder einmal um die KMU, nicht um die Superreichen. Das ist ein beliebter Trick der Rechten, wenn es darum geht, den Superreichen weitere Steuerschlupflöcher zu öffnen. Wie zum Beispiel bei der Unternehmenssteuerreform II. Vor 16 Jahren ging es

bei dieser laut dem damaligen FDP-Finanzminister Hans-Rudolf Merz angeblich um Steuerausfälle von 80 Millionen Franken, die der Metzgerin und dem Garagisten zugute kämen. Eine dreiste Unwahrheit, wie später sogar das Bundesgericht feststellte – ohne jedoch die Abstimmung wiederholen zu lassen. Diese ging am 24. Februar 2008 mit einem knappsten Ja von 50,5 Prozent aus. Unterdessen sind der Allgemeinheit durch dieses «KMU-Gesetz» (Zitat Merz) Dutzende von Milliarden Franken verloren gegangen, die unversteuert in den Taschen der Superreichen verschwanden. Und zusätzlich fehlen der AHV deswegen auch einige Milliarden.

Doch der jetzt von SVP, FDP, GLP und Mitte überwiesene Vorstoss von Burkart geht über die übliche Klientelpolitik für Reiche und Superreiche der Bürgerlichen hinaus. Sie

ist ein unübersehbares Zeichen für die Refeudalisierung der bürgerlichen Parteien auch in der Schweiz. Eine dünne Schicht von extrem privilegierten Superreichen, die (Vor-)Rechte, politischen Einfluss und vor allem ihre Besitztümer vererben. Im Jahr 2022 wurden in der Schweiz 88 Milliarden Franken vererbt. Das war fast das Doppelte aller ausgezahlten

Das liberale Credo wird als Trick der Reichen entlarvt, sich die Armen vom Leib zu halten.

AHV-Renten. Während sich in den vergangenen drei Jahrzehnten das Bruttoinlandprodukt ungefähr verdoppelte, hat sich das Erbschaftsvolumen verfünffacht. Rund 75 Prozent der vererbten Vermögen gehen an nur 10 Prozent der Erbenden. Und für diese einflussreiche Minderheit macht die bürgerliche Parlamentsmehrheit Politik. Der Genfer SP-Nationalrat Christian Dandrès fasste Burkarts Motion so zusammen: «FDP-Liberale Fraktion liquidiert mit diesem Vorschlag das, was ihr von ihrem liberalen Erbe noch geblieben ist.» Das liberale Credo, dass dank eigener Leistung reich werden kann, wer sich nur entsprechend reinhängt, ist für immer mehr Menschen als das entlarvt, was es immer war: im besten Fall eine Illusion, im schlechten Fall ein übler Trick der Reichen, sich die Ärmern vom Leib zu halten.

UND DANN FASANENJAGD?

Dank der «Schweizer Illustrierten» wissen wir seit kurzem, dass sich FDP-Präsident Thierry Burkart – neben profanem Ausreiten – neu auch im Dressurreiten übt. Er versuche, «ein- bis dreimal pro Woche zu trainieren», erklärte Burkart dem Fachmagazin für alles, was glänzt, glitzert und blendet. Wenn der FDP-Präsident ob dieses ambitionierten Trainingsprogramms rasche Fortschritte macht, wäre eventuell die Fasanenjagd ein ebenso passender Zeitvertreib. Die Pirschjagd haben die liberalen Ahnen dem Adel einst ja ebenso entrissen wie die Familienfideikommisse. Aber wer weiss, vielleicht lässt sich ja auch da noch was machen.

UBS-Manager machen weiter, was sie wollen... ... und Keller-Sutter macht munter mit

Die UBS ist und bleibt ein enormes Risiko für die Schweiz. Die bürgerlichen Politikerinnen und Politiker wollen daran nichts ändern. Neustes Beispiel: Karin Keller-Sutter, FDP-Finanzministerin.



Karin Keller-Sutter FOTO: KEY

CLEMENS STUDER

Vor rund einem Jahr riskierte FDP-Finanzministerin Karin Keller-Sutter über 250 Milliarden Franken Volksvermögen, um dafür zu sorgen, dass die UBS die taumelnde Credit Suisse zum Schnäppchenpreis übernehmen konnte. Ihr Vorgänger Ueli Maurer von der SVP hatte Wochen davor noch

geraten, man solle «die CS jetzt mal in Ruhe machen lassen». Die Aufregung war gross, bürgerliche Politikerinnen und Politiker geisselten plötzlich, was sie vorher nicht nur toleriert, sondern aktiv ermöglicht hatten. Doch den Worten folgten keine Taten. Die Finanzin-

dustrie gab die Postordnung durch. So einfach ist das.

339 SEITEN FÜR NICHTS

Jetzt legt die von der internationalen Finanzindustrie hochgerühmte Schweizer Finanzministerin Karin Keller-Sutter einen 339seitigen Bericht vor mit 22 Massnahmen. Sie sollen angeblich verhindern, dass die Managerkaste der letzten «Schweizer» Grossbank wieder das Volk in Geiselschaft nimmt für ihre Zockereien. Natürlich werden sie das nicht. Alles ist sehr unverbindlich, und vor allem ist nichts dabei, was die Grossbanker kratzen würde. So wenig, wie sie das «Too big to fail»-Regime kratzte, das nach der Staatsrettung der

UBS gezimmert worden war. Es konnte die faktische CS-Pleite nicht verhindern. Es war so untauglich, wie es alle Ökonomen und Ökonomen prophezeit haben, die nicht am Tropf der Finanzindustrie hängen. Und es sollte auch untauglich sein, weil sich die Bankmanager und ihr Aktionariat nicht dreinreden lassen wollten. So einfach ist das.

GELIEFERT WIE BESTELLT

Die bürgerliche Mehrheit im Parlament wird schärfere Regelungen – zum Beispiel beim Eigenkapital oder bei den Boni – nicht durchsetzen. Sie wird brav die Anliegen der Finanzindustrie durchwinken. Schliesslich wissen sie, wo ihr

Geld herkommt. Wie wenig ernst die Banker ihre Politiker nehmen, zeigt sich auch daran, wie unverfroren sie selbst die kleinste Bitte ihrer

Das Parlament wird keine scharfen Regeln durchsetzen.

Politikerinnen und Politiker ignorieren – und ihre neusten Boni-Exzesse wenige Tage vor dem vermeintlichen «Regulierungswurf» öffentlich machen. Wie das Volk schimpft, braucht sie nicht zu kümmern. Am Schluss setzen SVP, FDP, GLP und Mitte sowieso durch, was die Finanzindustrie ihnen aufträgt. So einfach ist das.

FÜR DIE MIETERINNEN UND MIETER: Linda Rosenkranz hat den Grosskonzernen den Kampf angesagt. FOTO: MARCO ZANONI



Die oberste Mieterin im grossen work-Interview

«Missbrauch des Mietrechts muss aufhören»

Linda Rosenkranz (44) kämpft als Generalsekretärin des Mieterinnen- und Mieterverbands Schweiz gegen explodierende Mieten und unverschämte Profite der Immobilienkonzerne. Mit einer Volksinitiative will sie für eine bessere Kontrolle der Mietpreise sorgen.

IWAN SCHAUWECKER

work: Am 1. April sind die Mieten für viele Menschen in der Schweiz erneut gestiegen. Wehren sich Ihre Mitglieder gegen diese Entwicklung?

Linda Rosenkranz: Die Mieterinnen und Mieter haben in der zweiten Jahreshälfte 2023 fast 46 Prozent mehr Mietzins erhöhungen angefochten als in der ersten Jahreshälfte, das sind gut 25000 neue Verfahren. In über 90 Prozent dieser Fälle waren sie bei der Schlichtung erfolgreich, das heisst, die Dunkelziffer der missbräuchlichen Mietzins erhöhungen muss sehr hoch sein. Beim Anfechten des Anfangsmietzins sind die Neumieterinnen und -mieter allerdings immer noch zurückhaltend, im letzten Jahr haben das nur 1000 Haushalte gemacht.

Was tut der Mieterinnenverband gegen diesen Missbrauch?

Eine Wohnung darf bei einem Mieterinnenwechsel nicht grundlos teurer vermietet werden. Aber viele Neumieter kennen weder das Mietrecht noch den Vormietzins. Wir wollten hier mit einer sogenannten Formularpflicht – also der Pflicht zur Offenlegung des Vormietzins – mehr Transparenz schaffen, aber die bürgerliche Mehrheit im Parlament hat diesen Vorschlag gerade in der Frühlingssession hochkant versenkt! Gemäss dem schweizerischen Mietrecht dürfen Immobilienbesitzerinnen und -besitzer aktuell nicht mehr als 3,75 Prozent Rendite mit Wohnungen erzielen, aber das wird nicht kontrolliert, und die Immobilienfirmen nutzen das schamlos aus.

Dazu gibt es jetzt die neusten Zahlen...

Im Jahr 2023 hat jeder Miethaushalt in der Schweiz im Durchschnitt 360 Franken pro Monat zu viel bezahlt. Das macht für die Hausbesit-

«Das Mietgesetz in der Schweiz wird nicht kontrolliert, und die Immobilienfirmen nutzen das aus.»

zer und Immobilienkonzerne einen überhöhten Profit von 10,4 Milliarden Franken. Und das geht schon seit vielen Jahre so (work berichtete: rebrand.ly/miet-abzocke). Diese übersetzten Renditen kommen vor allem Firmen wie zum Beispiel Swiss Life, Mobimo oder Allreal zugute, die das über Dividenden ans Aktionariat ausschütten. Eine gigantische Umverteilung.

Wann hat diese Umverteilung von unten nach oben begonnen?

Es gab Zeiten, da wurde in der Schweiz jeder neue Mietvertrag vom Bundesamt für Wohnungswesen abgestempelt. In den Jahrzehnten von 1918 bis 1971 galt oft ein Mietnotrecht. Mit Hausbesitz sollten weder Gewinne noch Verluste gemacht werden, das war damals ein Konsens in der Schweizer Politik. Deshalb haben wir auch das beste Mietrecht in Europa, das übersetzte Renditen verbietet und Wohnungen zur Kostermiete plus gedeckelter Rendite garantieren sollte. Aber seit 20 Jahren dominierte eine andere Logik: Seit der Aushöhlung der Lex Koller im Jahr 2005 und der Finanzkrise im Jahr 2008 ist der Schweizer Wohnungsmarkt zu einer Profitmaschine geworden, der auch die Mieten und vor allem die Bodenpreise massiv verteuert.

Der Mieterinnen- und Mieterverband will jetzt mit einer Initiative gegen die zu hohen Renditen vorgehen. Was will diese Initiative?

Die Idee ist klar: Überhöhte Mietzinse und Renditen sind missbräuchlich, und wir wollen, dass es in der Schweiz eine Instanz gibt, welche die Durchsetzung des Mietgesetzes ga-

rantiert. Wir werden den Initiativtext voraussichtlich diesen Sommer an unserer Generalversammlung beschliessen und anschliessend mit der Unterschriftensammlung starten.

Menschen ohne Schweizer Pass können diese Initiative nicht unterschreiben, sind aber besonders von überhöhten Mieten betroffen, im Schnitt zahlen sie 10 Prozent mehr Miete. Die Wohnungen sind oft auch kleiner und lärmiger. In welcher Weise vertritt der Mieterverband ihre Interessen?

Der Wohnraum in der Schweiz muss für alle Menschen aller Einkommensklassen bezahlbar sein und auch qualitativ stimmen – schon

«Überhöhte Renditen sind missbräuchlich. Wir wollen mit der Initiative erreichen, dass das Gesetz auch durchgesetzt wird.»

lange ächzt auch der Mittelstand unter den explodierenden Mieten. Aktuell will die bürgerliche Mehrheit im Parlament bei der Revision des Umweltschutzgesetzes den Lärmschutz lockern. Wir setzen uns gegen diese Verschlechterung des Gesetzes ein. Gerade wenn verdichtet gebaut wird, ist es wichtig, dass der Wohnraum qualitativ hochwertig ist.

Wo ist diese qualitative Verdichtung mit bezahlbarem Wohnraum in den letzten Jahren besonders gut geglückt?

Die Siedlung Stöckacker Süd in Bern finde ich ein gutes Beispiel. Es wurde zwar günstiger Wohnraum abgerissen, aber die Gebäude waren in einem sehr schlechten Zustand und asbestbelastet. Der Boden gehört der Stadt, die jetzt eine fröhliche, bunte und lebenswerte Siedlung mit 146 Wohneinheiten, einschliesslich Kita und Beiz gebaut hat. Die Siedlung ist auch sehr gut an den öffentlichen Verkehr angebunden, und Schulen sind ganz in der Nähe. Es hat Alterswie auch behindertengerechte Wohnungen und WGs. Sehr viele private Neubauprojekte vernachlässigen den öffentlichen Raum und verhindern damit nachbarschaftliche Begegnungen und gute Beziehungen.

Und der Hauseigentümergebiet? Gibt es da Hoffnung auf eine Art sozialen Frieden für das Wohnungswesen?

Der Hauseigentümergebiet (HEV) vertritt Privatpersonen, die ein Haus besitzen. Doch die gegenwärtige Politik des HEV dient vor allem den Konzernen, die auf dem Wohnungsmarkt immer mächtiger werden und auch Private als Besitzer verdrängen. Eigentlich müssten wir zusammen mit dem HEV auf einen Wohnfrieden hinarbeiten, wo wir die Probleme des aktuellen Wohnungsmarktes erkennen und gemeinsam Lösungen suchen. Aber solange der Missbrauch des Mietrechts und die Dominanz der Konzerne nicht anerkannt werden, sind wir leider noch weit von einer solchen Zusammenarbeit entfernt.

Aktionsplan: Ein reiner Papiertiger

Ende Februar präsentierte Bundesrat Guy Parmelin den «Aktionsplan Wohnungsknappheit». Der Mieterverband Schweiz ist enttäuscht. Der Aktionsplan ist ein Papiertiger mit Massnahmen ohne Verbindlichkeit.

EINFLUSS. Bei der Ausarbeitung des Aktionsplans sei es lediglich um die Förderung der Bautätigkeit gegangen. Eine Recherche des Onlineportals Watson zeigt im Detail auf, wie die Immobilienlobby und Baufirmen den Aktionsplan beeinflussen. (isc)

EU-Wahlen Im Flieger mit Kandidat Schmit

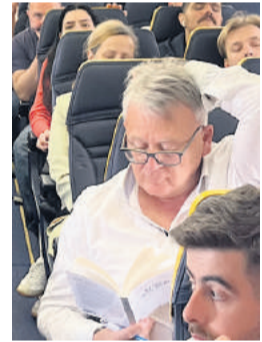
Sonntagmorgen, 7. April. Ich fliege von Bukarest nach Charleroi, Belgien. Im gleichen Flieger: Nicolas Schmit, EU-Beschäftigungskommissar und sozialdemokratischer Spitzenkandidat für die kommenden EU-Wahlen. Schmit ist auf dem Rückweg von einer Wahlkampfveranstaltung in Rumänien. Ich bin auf dem Weg zu einer Demonstration der europäischen Gewerkschaften in Brüssel gegen die drohenden Kürzungen im Gesundheitswesen. Um uns herum sind viele müde rumänische Arbeiter wie Daru neben mir. Er ist mit einem Minibus durch die Nacht zum Bukarester Flughafen gefahren.



Roland Erne war Chemielaborant und GBJ-Jugendsekretär. Seit 2017 ist er Professor für Europäische Integration und Arbeitsbeziehungen am University College Dublin.

nachdem er seine Eltern in einem Dorf an der moldawischen Grenze besucht hat.

FALSCHER GLAUBE. Schmit willigt ein, ein paar Fragen für work zu beantworten. Ich zücke mein Handy und fange an: «Was sind Ihre Prioritäten?» Schmit: «Der Aufbau eines demokratischen, sozialen und starken Europa. Für mich ist es sehr wichtig, unsere Demokratie im Inneren zu stärken, denn diese wird von aussen angegriffen durch den Krieg in der Ukraine. Aber auch von autoritären Phantasien innerhalb der EU. Zweitens fordere ich eine allgemeine Sozialklausel. Eine Energiewende geht nicht ohne soziale Gerechtigkeit. Wir haben bereits begonnen, die soziale Dimension der EU mit der Mindestlohnrichtlinie, der Plattformrichtlinie und anderen Initiativen zu stärken. Aber wir müssen sicherstellen, dass es jetzt keinen sozialen Stillstand gibt. Drittens muss die EU auch mehr Autonomie zeigen. Europa muss mehr in seine Industrie investieren, und dies muss immer mit guten Arbeitsplätzen und guten Löhnen verbunden sein.»



IM FLIEGER: Nicolas Schmit. FOTO: ROLAND ERNE

Ich antworte: «Das klingt alles gut. Aber ich frage mich, ob Kommission und Rat der EU nicht mitverantwortlich sind für die aktuellen Demokratietheorien in Europa. Denken wir nur an die unsozialen Interventionen der EU nach der Finanzkrise von 2008 in Irland oder Griechenland.» Schmit: «Europa ist in eine neoliberale Falle getappt. Europas Politik wurde sehr stark von der neoliberalen Ideologie inspiriert, in dem Glauben, dass die Märkte das Wichtigste sind. Ich glaube, dass wir in den letzten Jahren eine Art Wendepunkt erreicht haben. Aber es ist nicht sicher, was als nächstes kommt. Es besteht immer die Möglichkeit eines Rückschritts. Ich setze mich deshalb dafür ein, dass wir die soziale Dimension weiter ausbauen, denn die Dinge ändern sich sehr schnell.»

«Europa ist in eine neoliberale Falle getappt.»

NICOLAS SCHMIT

GLEICHE FEHLER. Ein paar Stunden später stehe ich vor dem Europäischen Parlament. Gesundheitsgewerkschafter aus ganz Europa protestieren gegen die Kommerzialisierung von Gesundheitsleistungen. Am nächsten Tag eröffnet der linke Europaabgeordnete Marc Botenga eine Konferenz des Europäischen Parlaments zum selben Thema mit Verweis auf die Titelseite der belgischen Zeitung «Le Soir»: «Der Entwurf der neuen EU-Fiskalregeln bedeutet, dass 90 Prozent von Europa nicht in der Lage sein werden, die sozialen und klimatischen Ziele zu erreichen.» Damit es in der EU vorwärts- und nicht rückwärtsgeht, müssen die progressiven, linken und grünen Kräfte gestärkt werden. Deshalb sind die bevorstehenden EU-Wahlen die mit Abstand wichtigsten Wahlen in Europa in diesem Jahr.

Berufsrevolutionär, Bestsellerautor, Bombenleger: Zum 90. Geburtstag von Jean Ziegler

«Ich glaube an die Auferstehung»

Bücher sind seine Waffen, moralischer Zorn treibt ihn an. Soziologe Jean Ziegler ist für manche ein rotes Tuch, für viele ein Held. Immer unbequem, immer widersprüchlich: stur und charmant, unbeirrbar und offen, Marxist und Katholik, bürgerlich geborener Linker, Genfer aus Thun. work hat den prominenten Schweizer Autor und work-Kolumnisten zum grossen Geburtstagsgespräch getroffen.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

work: Herr Ziegler, Sie werden bald 90, herzliche Gratulation!
Jean Ziegler: Ja, gopferdeckel! Aber wir müssen über wichtigere Dinge sprechen. Über Gaza, über den Hunger...

Dieser Tage erscheint die aktualisierte Neuauflage Ihres Buches von 1999 «Wie kommt der Hunger in die Welt». Hunger tötet, damals wie heute. Ist das nicht zum Verzweifeln?

Ob der kleinbürgerliche Mensch Ziegler aus Genf daran verzweifelt, spielt keine Rolle. Hunger ist ein absoluter Skandal unserer Zeit! Noch immer stirbt alle fünf Sekunden ein Kind an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. Wenn ich dagegen nichts tun würde, könnte ich nicht mehr in den Spiegel schauen. Ich will nicht Komplize dieser Morde sein.

Das ist Ihr Mantra: Jeder Mensch, der an Hunger stirbt, wird ermordet.

Heute entscheidet die Kaufkraft über den Zugang zu Nahrung. Wir brauchen ein Menschenrecht, das diesen Zugang garantiert. Die weltweite Landwirtschaft könnte problemlos zwölf Milliarden Menschen ernähren, also weit mehr als die heutige Weltbevölkerung von acht Milliarden. Hunger ist kein Naturgesetz, sondern gemacht.

Wenn ich nichts dagegen tun würde, könnte ich nicht mehr in den Spiegel schauen.

Zehn transkontinentale Grosskonzerne kontrollieren Produktion und Transport, Preise und Verteilung von 85 Prozent der Nahrungsmittel. Sie entscheiden also, wer zu essen hat und überlebt, wer hungert und stirbt. Das ist die kannibalische Weltordnung.

Das Uno-Kinderhilfswerk Unicef berichtet von einer Hungersnot in Gaza. Wie schätzen Sie die Lage dort ein?
Israel blockiert vollständig die Wasser-, Nahrungs- und Medikamentenlieferungen nach Gaza. Tausende Kinder sind bereits gestorben. Aber ich muss da etwas ausholen.

Bitte!

Am 7. Oktober überfielen Hamas-Kämpfer Israel. Sie töteten 1200 Menschen und entführten über 200 Geiseln. Es gibt keine Entschuldigung für diese Taten – weder politisch noch religiös. Noch am selben Tag schlug Israel zurück. Artikel 51 der Uno-Charta bestätigt das Recht auf Selbstverteidigung. Gleichzeitig aber begann Israel den fürchterlichen Vernichtungskrieg gegen die unschuldige Zivilbevölkerung von Gaza. Die Uno zählt weit über 30000 Tote und 270000 Schwerverletzte, 10000 Menschen werden noch vermisst. 70 Prozent der Opfer sind Frauen und Kinder. Israel begeht in Gaza Völkermord nach Artikel 6 der Völkermordskonvention von 1948. Und die USA machen sich zur Komplizin. Aber auch die Schweiz. Es gibt einen Kooperationsvertrag zwischen dem israelischen Waffenhersteller Elbit Systems und dem Schweizer Rüstungskonzern Ruag. Dabei geht es um die gemein-

same Weiterentwicklung der Kampfdrohne «Hermes 900». Elbit ist auch am 1.6 Milliarden Franken teuren Projekt TKA (Telekommunikation der Schweizer Armee) beteiligt. Das ist eine Schande für die Schweiz.

Die Uno hat eine Resolution für Waffenstillstand in Gaza verabschiedet. Ohne Wirkung. Wie geht es den Vereinten Nationen?

Nur der weltweite Aufstand des Gewissens könnte sie vor dem endgültigen Zerfall bewahren.

Diesem «Aufstand des Gewissens» fühlen Sie sich verpflichtet?

Ich bin unglaublich privilegiert, lebe in einem freien Land, kann publizieren, bin gesund. Als Uno-Sonderberichterstatter habe ich fürchterliche Dinge gesehen, die ich nie vergessen werde. Das treibt mich um, gibt mir ein Gefühl von Verantwortung.

In Ihrem Geburtsjahr 1934 war die Welt eine andere. Ist sie heute ein besserer Ort?

Nein. So gross wie heute war die mörderische Ungleichheit noch nie. Die 500 grössten transkontinentalen Konzerne der Welt kontrollieren 52,8 Prozent des Weltsozialprodukts. Diese Konzerne ha-

Ich habe fürchterliche Dinge gesehen, die ich nie vergessen werde. Das treibt mich um.

ben eine ideologische, militärische, finanzielle und politische Macht, wie sie nie ein Kaiser oder ein König oder ein Papst je hatte. Ihre einzige Strategie ist Profitmaximierung in möglichst kurzer Zeit.

In meiner Wahrnehmung war «der Ziegler» schon immer da. Als Anwalt der Hungernden und Unterdrückten, aber auch als «Nestbeschmutzer», immer unbequem. Wie wurde aus Hans «der Ziegler»?

Ich bin in Thun in einem bürgerlichen, liebevollen Milieu aufgewachsen. Im Winter fuhr ich zweimal pro Woche am Viehmarkt vorbei, da waren die Verdingkinder, mit Holzschuhen und zerrissenen Kleidern, unternährt. Und daneben, im Gasthof, die Grossbauern, die es sich gutgehen liessen. Auf meine Fragen antwortete mein Vater, ein gläubiger Calvinist und Richter, das sei «gottgewollt». «Mach dini Sach!» sagte er zu mir, die Welt könne ich nicht ändern. Das konnte ich nicht akzeptieren. Ich habe mich fürchtbar schlecht benommen, mich mit meinem Vater zerstritten. Später bin ich nach Paris durchgebrannt.

Dort begegneten Sie dem Philosophen Jean-Paul Sartre und der Philosophin Simone de Beauvoir.

Ja, das war prägend! Der warmherzige, grosszügige Sartre hat mir die Welt erklärt. Ich war Mitglied der kommunistischen Studentenbewegung Clarté, wir haben die algerischen Befreiungskämpfer unterstützt. Mit einer Solidaritätsbrigade von Clarté war ich auch auf Kuba. Wir hätten Zuckerrohr schneiden sollen, waren jedoch keine grosse Hilfe. Aber in der Küche des Hotels Habana Libre diskutierten wir mit Raúl und Fidel Castro, Armando Hart und Che Guevara.

An Ches Seite wollten Sie in die Revolution ziehen.

Ja. Er war 1964 Chef der kubanischen Delegation an der Zuckerrohrkonferenz in Genf und ich sein Chauffeur. Am Abend vor seiner Abreise sagte ich: «Comandante, ich will mit euch gehen.» Doch er hat mich im Hotel Intercontinental zum Fenster geführt. Dort blickten wir auf die Leuchtschriften der Banken und Konzerne in der Bucht von Genf. Er sagte: «Hier bist du geboren, das ist das Gehirn des Monsters. Hier musst du kämpfen.» Dann drehte er sich um und ging weg.

Und Sie waren am Boden zerstört.

Rückblickend weiss ich, Che hat mir das Leben gerettet. Ich wäre wohl längst verscharrt irgendwo in Guatemala, Venezuela oder Bolivien.



GETRIEBEN: Jean Ziegler wird auch mit 90 Jahren nicht müde, gegen die Ungerechtigkeiten dieser Welt anzuschreiben.

FOTO: LAURENT GUIRAUD/TRIBUNE DE GENEVE

Neuauflage: Zieglers Globalisierungskritik

Warum sterben Menschen an Hunger, während anderswo Nahrungsmittel vernichtet werden? Kinderfragen, die den Finger in die Wunde legen, nimmt Jean Ziegler zum Anlass für seinen Klassiker der Globalisierungskritik. Er fordert radikales Umdenken und kritisiert die mörderische Diktatur des globalen Finanzkapitals.



Wie kommt der Hunger in die Welt Antworten auf die Fragen meines Sohnes. Penguin-Verlag, 192 Seiten. Aktualisierte Neuauflage.

Und er hat mir den Weg der subversiven Integration gezeigt: in die Institutionen eintreten und ihre Kraft für die revolutionären Ziele nutzen.

Sie haben einmal gesagt, nur «Idealist» sei für Sie eine schlimmere Beleidigung als «Sozialdemokrat». Trotzdem waren Sie fast dreissig Jahre für die SP im Nationalrat...

Immer habe ich versucht, meine Kraft als Parlamentarier, als Professor an den Universitäten und später in der Uno für die Revolution zu nutzen. Diese Strategie verfolge ich noch heute, zum Beispiel indem ich mit work spreche, der Zeitung der grossen Gewerkschaft Unia.

Und was ist mit dem Idealisten?

Ein Idealist ist jemand, der im Himmel Turnübungen macht. Der Mensch ist, was er tut. Sartre sagt: «Den Feind erkennen, den Feind bekämpfen.»

Wer ist der übelste Feind?
Die Finanzoligarchie. Wir leben unter der brutalen Weltiktatur des Finanzkapitals.

Sie haben dazu beigetragen, dass das Bankgeheimnis aufgeweicht wurde, indem Sie die Rückgabe des Nazi-Raub-

goldes an die jüdischen Besitzerinnen und Besitzer gefordert haben...

... und das Bankgeheimnis ist noch lange nicht tot! Der wirkliche Skandal ist ja, dass Ultrareiche in Steuerparadiesen ihre riesigen Vermögen verstecken können. Raymond Kendall, der ehemalige Interpol-Chef, hat gesagt: «Wenn ein Geldebetrag dreimal die Identität wechselt, kann man den Ursprung nicht mehr feststellen.» Doch vor zwei Jahren hat es das eidgenössische Parlament abgelehnt, die Anwältinnen und Anwälte und Treuhänder dazu zu verpflichten, die wahren Besitzer der versteckten Gelder zu offenbaren.

Der Schweizer Finanzplatz hilft also bei der Plünderung kräftig mit?

Die Schweizer Bankenoligarchie ist mit Blut- und Fluchtgeld reich geworden. Zum Beispiel der kongolesische Diktator Mobutu: Er hat 2,2 Milliarden Schweizerfranken in den Genfer Banken gebunkert, dafür gibt es in Kongo kaum funktionierende Spitäler. Ich habe dazu beigetragen, etwas Transparenz zu schaffen.

Als Uno-Mitarbeiter lebten Sie fast zwei Jahre in Kongo. Danach berichteten Sie Sartre darüber.

Er sagte: «Das müssen Sie schreiben!» Er selbst kannte Afrika kaum. Ich schrieb den Text auf französisch, Simone de Beauvoir redigierte ihn. Und änderte meinen Namen zu Jean, weil Hans kein Name sei. Dieser Artikel, publiziert in der Zeitschrift «Temps Modernes», und die Fürsprache von Sartre haben mir die Tür zu den grossen Verlagen geöffnet.

Ihrer Frau Erica Deuber, Kunsthistorikerin und Kommunistin, verdanken Sie unendlich viel, sagen Sie immer wieder.

Und Bücher wurden zu Ihrer Waffe. Was haben Sie damit bewirkt?

Bis vor gut 50 Jahren war die Theorie von Malthus weit verbreitet. Dieser britische Pfarrer trat im 18. Jahrhundert die Meinung, dass Hunger zwar ein Elend, aber gottgewollt sei, um das Bevölkerungswachstum zu regulieren. Diese Theorie hat den Kolonialisten gedient, als Rechtfertigung ihrer mörderischen Ausbeutungspolitik. Meine Bücher zeigen, dass Hunger menschengemacht ist und auch von Menschen aus der Welt geschafft werden könnte, mit ein paar einfachen Reformen. Was fehlt, ist der Wille.

Ich lebe schon seit jungen Jahren in einer panischen Angst vor der Zeit, die vergeht, vor der Endlichkeit.

Bücher zeigen, dass Hunger menschengemacht ist und auch von Menschen aus der Welt geschafft werden könnte, mit ein paar einfachen Reformen. Was fehlt, ist der Wille.

Ihre Bücher haben Ihnen auch grosse Probleme bereitet.

Ja, nach Aufhebung meiner parlamentarischen Immunität hatte ich neun Prozesse am Hals in fünf verschiedenen Ländern. Ich habe alle verloren. Ich musste sehr viel Geld bezahlen, mein Lohn wurde gepfändet. Mein Haus gehört zum Glück meiner Frau Erica, sonst wäre ich obdachlos. Schlimmer als die Prozesse waren aber die Drohungen gegen meine Familie und zwei Sabotageversuche an meinem Auto.

Es ist die totale Leidenschaft, seit dem ersten Tag. Ich rede ständig mit ihr, jeden Gedanken, den ich habe, alle Bücher, die ich schreibe, sind mit ihr zusammen entstanden.

In Ihren work-Kolumnen fragen Sie oft, «Wo ist Hoffnung?». Wo ist Hoffnung, Herr Ziegler?

Es entsteht eine neue planetarische Zivilgesellschaft mit den unglaublich vielfältigen sozialen Widerstandsbewegungen. Sie funktionieren nicht nach einem Parteiprogramm, ihr einziger Motor ist der kategorische Imperativ nach Kant: «Die Unmenschlichkeit, die einem anderen angetan wird, zerstört die Menschlichkeit in mir.»

Zum Beispiel?

Die Frauenbewegung «MeToo». Weltweit haben sich Frauen gegen Gewalt und Diskriminierung zusammengeschlossen. Oder die Klimabewegung. Dort sind Widerstandsfrenten entstanden, unerwartet und stark.

Ihr ganzes Leben haben Sie gearbeitet, um dem kannibalischen Kapitalismus gerechtere Verhältnisse abzutrotzen. Was treibt Sie an?
Die Kürze des Lebens!

Sagt der Neunzigjährige...

Ich lebe schon seit jungen Jahren in einer panischen Angst vor der Zeit, die vergeht, vor der Endlichkeit. Jeder Tag ist ein unerwartetes Wunder.

Aber was gibt Ihnen die Kraft, seit fast 90 Jahren jeden Tag aufs neue zu kämpfen?
Ich bin überzeugt, dass mein Leben einen Sinn hat. Es kann kein Zufall sein, dass ich auf der Welt bin. Auch die Geschichte hat einen Sinn: Sie ist die Menschwerdung des Menschen.

Ein religiöser Antrieb, also?
Nein, eine Evidenz.

1973 schrieb Sie: «Um die Angst vor dem eigenen Tod wenigstens teilweise zu mindern, gibt es nur einen Weg, den ich mühsam zu beschreiben versuche: Jeden Tag – durch Gedanken, Taten und Träume – so viel Glück für sich und die anderen, so viel Sinn zu erschaffen, dass am Ende des Lebens dieses Leben seiner eigenen Negation so viel Sinn wie möglich entgegenzustellen vermag.» Was denken Sie ein halbes Jahrhundert später darüber?

Es gibt so viel Liebe auf dieser Welt. Der Guerrero, der sein Leben hingibt für die Gerechtigkeit, der politische Gefangene, der unter der Folter schweigt, um die Gefährten zu schützen. Die Liebe der Eltern für ihre Kinder. Die Liebe zu einer Frau oder zu einem Mann. Diese Liebe muss von irgendwoher kommen. Es scheint mir nicht möglich, dass bei all dieser Liebe das Leben im Nichts endet. Ich glaube an die Auferstehung. Der deutsche Pfarrer Dietrich Bonhoeffer wurde am 9. April 1945 auf Geheiss von Hitler hingerichtet. Am Vorabend schrieb er in seinem letzten Brief: «Morgen werde ich getötet, aber es wird nicht das Ende meines Lebens sein. Ich werde erwartet.»

PROFESSOR ZIEGLER

DER JEAN AUS GENF

Jean Ziegler, geboren 1934 in Thun, lehrte bis zu seiner Pensionierung 2002 Soziologie an der Universität Genf und als ständiger Gastprofessor an der Sorbonne in Paris. Bis 1999 war er SP-Nationalrat, von 2000 bis 2008 Uno-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung und von 2009 bis 2019 Vizepräsident des Beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrats, als dessen Berater er heute noch tätig ist.

AUTOR. Ziegler hat 16 Bücher geschrieben, darunter zahlreiche internationale Bestsellers, zum Beispiel «Die Schweiz, das Gold und die Toten» oder «Die Schweiz wäscht weisser. Die Finanzdrehzscheibe des internationalen Verbrechens».

Unia-Mitglieder über Diktatur, Kolonialismus und Revolution

Als Portugal in neuen Farben strahlte

48 Jahre lang herrschte in Portugal eine Diktatur. Doch am 25. April 1974 geschah das Unglaubliche: Fortschrittliche Offiziere und Soldaten brachten in einem minutiös geplanten Putsch das ganze faschistoide Regime zum Sturz – und zwar binnen weniger Stunden. Weite Teile der Zivilbevölkerung bejubelten den fast unblutigen Coup und steckten den Soldaten Nelken in die Gewehrläufe. Gleichzeitig trat die Arbeiterschaft eine veritable Revolution los und trieb die Demokratisierung in allen Bereichen voran. Heute ist der 25. April der Nationalfeiertag der Republik Portugal. Auch in der Unia ist die Erinnerung an die Nelkenrevolution hellwach und sehr divers – kein Wunder bei über 26 000 portugiesischen Mitgliedern!

«Von meinem Onkel fehlt bis heute jede Spur»



Alexandrina Farinha (63), Konsultssekretärin, Genf

«Am 25. April 1974 war mein erster Streik! Ich war noch Schülerin in einem kleinen Dorf in der Region Alentejo. Es war unsere Lehrerin, die uns das Streiken beibrachte. Von uns hatte ja niemand eine Ahnung. Unser Horizont war sehr beschränkt, denn Portugal war komplett abgeschottet, ein völlig rückständiges Land, in dem die Regierung alles kontrollierte: Radio, Zeitungen, Fernsehen, Bildung. Bei uns in der Provinz war es noch schlimmer. Viele Mädchen gingen bloss vier Jahre zur Schule, die Analphabetenrate war hoch, die Leute arm, auch wir. Mein Vater ging bei Sonnenaufgang in die Fabrik und kehrte erst nach Sonnenuntergang wieder heim. Meine Mutter machte, was es gerade gab. Leben hiess arbeiten und noch mehr arbeiten. Entsprechend früh starb man. Mit 45 galt man bereits als alt!

Echte Gewerkschaften gab es nur im Untergrund. Denn Kritik war gefährlich. Wer sich beschwerte, riskierte, von der Nationalgarde abgeholt und umgebracht zu werden. Andere wurden Opfer des Verschwindenlassens. Von meinem Onkel fehlt bis heute jede Spur. Aber am meisten Tote gab es in den Kolonialkriegen, vor allem im heutigen Angola, in Moçambique oder in Guinea-Bissau. Soldaten wurden massenhaft eingezogen und dort verheizt. In meinem Dorf hatte es deshalb fast keine jungen Männer mehr. Sie waren entweder im Militär oder davor ins Ausland geflohen. Unsere Revolution begann denn auch in den Kolonien. Die Soldaten selbst wollten diese sinnlosen Kriege beenden. Und so blies plötzlich ein ganz anderer Wind. Von einem Tag auf den anderen erstrahlte Portugal in neuen Farben. Plakate, Flugblätter, Fahnen überall. Zudem riesige Menschenmassen auf der Strasse. Und dann die Musik! Endlich spielte das Radio all die verbotenen Lieder. Da kamen Hunderte neue Songs aufs Mal, eine unglaubliche Vielfalt. Ich war hell begeistert von all dem und stürzte mich voller Tatendrang ins Getümmel.» (jok)

«Leben hiess arbeiten und noch mehr arbeiten. Entsprechend früh wurde gestorben. Mit 45 galt man bereits als alt!»

Am 25. April 1974 war mein erster Streik! Ich war noch Schülerin in einem kleinen Dorf in der Region Alentejo. Es war unsere Lehrerin, die uns das Streiken beibrachte. Von uns hatte ja niemand eine Ahnung. Unser Horizont war sehr beschränkt, denn Portugal war komplett abgeschottet, ein völlig rückständiges Land, in dem die Regierung alles kontrollierte: Radio, Zeitungen, Fernsehen, Bildung. Bei uns in der Provinz war es noch schlimmer. Viele Mädchen gingen bloss vier Jahre zur Schule, die Analphabetenrate war hoch, die Leute arm, auch wir. Mein Vater ging bei Sonnenaufgang in die Fabrik und kehrte erst nach Sonnenuntergang wieder heim. Meine Mutter machte, was es gerade gab. Leben hiess arbeiten und noch mehr arbeiten. Entsprechend früh starb man. Mit 45 galt man bereits als alt!

«Meine Mutter sass im Konzentrationslager»



Angela Tavares (48), Gewerkschaftssekretärin, Siders VS

«Für mich bedeutet der 25. April vor allem Freiheit, also etwas, das meine Eltern lange nicht hatten. Meine Familie stammt aus den Kapverden. Das war früher eine Kolonie Portugals. Es herrschte Armut und sogar Hunger. Und weil meine Mutter als junge Frau Dinge gesagt hatte, die dem Regime nicht passten, wurde sie ins Geheimdienstgefängnis von Tarrafal gesteckt. Das war ein Konzentrationslager für linke politische Gefangene und Aktivisten der anticolonialen Unabhängigkeitsbewegung. Später gelang ihr die Flucht nach Lissabon, wo sie dann auch die Revolution mitmachte. Es muss eine einmalige Volksfeststimmung geherrscht haben. Meine Mutter erzählte, wie sie mit den aufständischen Soldaten getanzt und auch etwas über den Durst getrunken hatte. Als sie in den Morgenstunden nach Hause kam, trug sie nur noch einen Schuh.» (jok)

Revolutionsjubiläum: Die Unia feiert in Bern

Auf der ganzen Welt finden um den 25. April Jubiläumstreffen für die Nelkenrevolution von 1974 statt. Auch die Unia organisiert einen Anlass. Zeitzeugin Alexandra Farinha und Zeitzeuge António dos Santos Pinto berichten vom Leben unter der Diktatur. Der Journalist Daniel Oliveira spricht über die Errungenschaften der Revolution und die politischen Gefahren der Gegenwart. Im Anschluss Diskussion, Apéro und Musik von Sänger Abel Fava.

Samstag, 27. April, 14 bis 18 Uhr, Unia-Zentralsekretariat, Weltpoststrasse 20, Bern (Übersetzungen in Portugiesisch, Deutsch, Französisch und Italienisch vorhanden)

«Ich sang aus voller Kehle mit!»



Ana Pica (60), Gewerkschaftssekretärin, Oberengstringen ZH

«Der 25. April zeigt, dass sich das Volk aus eigener Kraft befreien kann. 1974 war ich erst ein zehnjähriges Mädchen. Doch als die Leute massenhaft auf die Strasse gingen und feierten, war auch ich dabei. Bei der Revolutionshymne «Grândola, vila morena» sang ich aus voller Kehle mit. Mein Stiefbruder war zuvor im Kolonialkrieg in Angola gefallen. Und meine Eltern waren überzeugte Sozialisten. Ich habe sehr wohl begriffen, dass sie unter der Diktatur extrem aufpassen mussten. Besonders mein Vater hatte immer für die Freiheit gekämpft, aber auch ums nackte Überleben. Wir stammen aus dem Alentejo, einer mausarmen Agrarregion im Süden. Für manche meiner Kolleginnen war das Mensa-Essen in der Schule die einzige richtige Mahlzeit am Tag. Meine Familie hatte es etwas besser. Denn mein Vater war Schmuggler und brachte begehrten Kaffee, Tabak oder Parfums aus Spanien. Damals herrschten eine Handvoll Grossgrundbesitzer über unsere Region. Ihre Villen wurden in der Revolution mit Hakenkreuzen beschmiert und ihre brachliegenden Felder besetzt. So wütend war das Volk!» (jok)

«Unsere Freiheit ist nicht vom Himmel gefallen»

«Also bei uns im Dorf hat man von der Revolution nicht viel gespürt. Ich komme aus dem nördlichen Landesteil, und der unterscheidet sich komplett vom Alentejo, dem damals aufständischen Zentrum. Dort waren die Leute Landarbeiter und unter der Knute von wenigen Grossgrundbesitzern. Bei uns dagegen waren alles Kleinbauern, die selbst einen Flecken Land besaßen. Mein Vater hatte Reben, Oliven, einen Gemüsegarten und ein paar Tiere. Damit kam unsere siebenköpfige Familie gut über die Runden. Aber klar, auch bei uns laurerte die Polizei überall, und man musste aufpassen, was man sagt. Und auch bei uns konnte die Generation meiner Eltern mehrheitlich weder schreiben noch lesen. Die Diktatur wollte halt, dass die Leute arbeiteten statt studierten. Denn je weniger ein Volk weiss, desto besser kann man es kontrollieren. Heute ist die extreme Rechte wieder auf dem Vormarsch. Auch viele meiner Landsleute in der Schweiz haben die ausländerfeindliche Chega-Partei gewählt. Dabei sind wir hier doch selber Migranten! Wir müssen also wieder mehr zeigen, dass unsere Freiheiten und Rechte nicht vom Himmel gefallen, sondern hart erkämpft worden sind. Das haben viele vergessen, gerade bei den Jungen!» (jok)



João Carvalho (54), Baumaschinist, Genf

«Der Geheimdienst hat uns ständig beschattet»



António dos Santos Pinto (85), pensionierter Elektroingenieur, Zürich

«Die Diktatur unter António de Oliveira Salazar prägte mein Leben früh, denn ich bin in der damaligen Kolonie Angola geboren. Dort habe ich die Matura gemacht. Doch Universitäten gab es keine – weil die Kolonialherren das so wollten. Es gab aber jedes Jahr Stipendien für fünf Schüler, die dann in Portugal studieren konnten. Weil ich Klassenbester war, kam ich dafür in Frage. Doch die Verwalter haben alles getan, dass ich als Schwarzer abblitzte und ein weisser Mitschüler an meiner Stelle das Stipendium erhielt. Nur mit Hilfe meiner Lehrerin, die beim Sozialamt vermittelte, erhielt ich doch noch einen Studienplatz in Porto.

Allerdings legte mir ein Beamter erneut Steine in den Weg. Er war ein sogenannter Mischling und stand in der rassistischen Klassenhierarchie über mir. Die Portugiesen hatten diese Hierarchie, die bis heute nachwirkt, ja in all ihren Kolonien installiert. Zuoberst rangierten die Weissen, dann kamen die Mischlinge und zuletzt wir Schwarze. Diese Gruppen waren dann weiter unterteilt. Bei uns Schwarzen gab es «Assimilierte» und «Indigene», letztere konnten als «Contratados» zur Arbeit gezwungen werden, was nichts anderes hiess, als dass sie zu Sklaven gemacht werden konnten. Ich gehörte zu den «Assimilierten». Wir erhielten das Bürgerrecht. Im Gegenzug durften wir nur Portugiesisch sprechen und schreiben. Wir mussten die europäische Kultur übernehmen, Militärdienst leisten, zum katholischen Glauben wechseln. Wir durften keine afrikanische Musik mehr hören und nur noch am Tisch mit Messer und Gabel essen. All das wurde bei uns zu Hause kontrolliert.

Ende 1960 schaffte ich es doch noch nach Portugal. Dort wurden wir Afrikaner ständig vom Geheimdienst beschattet, zumal in Angola gerade der Unabhängigkeitskampf begonnen hatte. Und wenn die Polizei drei Schwarze auf der Strasse antraf, trieb sie die Gruppe auseinander.

An der Uni war es nicht besser. Einmal wollte mich der Rektor zwingen, eine Rede zu halten. Ich sollte sagen, dass Angola für immer zu Portugal gehören werde. Das konnte ich natürlich nicht. Schliesslich hatte ich schon als Schüler eine klandestine Widerstandsgruppe gegründet. Also sagte ich, ich sei ein schlechter Redenschreiber. Der Rektor entgegnete, dass sowieso er den Text verfasse. Zur Eskalation kam es aber nicht, denn mit einer Gruppe anderer afrikanischer Studierender ergriff ich rechtzeitig die Flucht nach Frankreich. Dort wollte man uns aber nicht behalten. Denn Frankreich war selber noch eine Kolonialmacht und führte Krieg gegen die Unabhängigkeitsbewegung in Algerien. Über ein evangelisches Netzwerk um das Hilfswerk Heks gelangten wir schliesslich in die Schweiz. Nur weil diese Organisation für uns bürgerte, durften wir hierbleiben.

Nach 15 Jahren Krieg wurde Angola am 11. November 1975 unabhängig. Ohne den anticolonialen Widerstandskampf hätte es keine Nelkenrevolution gegeben. (jok)



SCHLECHT GELAUNT: Der mächtige Steinlöwe vor dem portugiesischen Parlamentsgebäude in Lissabon muss mit ansehen, wie die Rechten die Macht übernehmen. FOTO: KEYSTONE

Auswanderungsnation Portugal Schweiz ist Zielland Nummer eins

Über eine Viertelmillion Menschen aus Portugal leben in der Schweiz. Wer sind diese Leute, die heute bei uns die drittgrösste Ausländergruppe stellen?

JONAS KOMPOSCH

Wenn an Stammtischen über «die Ausländer» gefachsimpelt wird, ist selten von Portugiesinnen und Portugiesen die Rede. Und das, obwohl sie mit aktuell über 260 000 Landsleuten die drittgrösste Ausländergruppe sind – nach den Italienerinnen und den Deutschen, aber vor den Franzosen und den Kosovarinnen. Sogar das Bundesamt für Migration gestand, dass über die portugiesische Diaspora «wenig bekannt» sei. Das Amt gab deshalb eine Studie in Auftrag, deren Resultate aufhorchen lassen.

ZUERST NUR OPPOSITIONELLE

Die portugiesische Einwanderung in die Schweiz ist ein relativ junges Phänomen. Die ersten Immigranten kamen um 1960 und vor allem nach Genf. Es waren vorwiegend Intellektuelle und von der Diktatur verfolgte Oppositionelle. 1980 lebten erst 10 000 Portugiesinnen und Portugiesen in der Schweiz. 2010 waren es schon zwanzig Mal mehr. Seit 2017 schrumpft die Community leicht. Dies vor allem, weil die erste Generation nun im Pensionsalter ist und mehrheitlich heimkehrt. Dennoch bleibt die Schweiz das wichtigste Zielland. Aus keinem anderen Land der Welt fliesst

Portugal ist das Land mit der höchsten Auswanderungsrate in Europa.

mehr Geld nach Portugal. 2023 schickten hier lebende Portugiesinnen und Portugiesen 1,08 Milliarden Euro in ihre Heimat, so viel wie noch nie. Und jedes Jahr kommen rund 10 000 neue Perspektivsuchende in die Schweiz. Nur Frankreich und Spanien verzeichnen ähnlich hohe Zuwanderungsraten aus Portugal.

Abflauen dürfte dieser Zustrom nicht so bald. Denn laut neusten Zahlen des Lissabonner Observatoriums für Emigration wollen immer noch dreissig Prozent der 15- bis 39-jährigen auswandern. Schon heute ist Portugal das Land mit der höchsten Auswanderungsrate in Europa und einer der höchsten in der Welt. Insgesamt leben rund 2,3 Millionen Portugiesinnen und Portugiesen im Ausland. Davon sind 70 Prozent unter 39-jährig.

JEDER VIERTE MANN BAUBÜZEER

Auch in der Schweiz liegt der portugiesische Altersschnitt unter jenem der Gesamtbevölkerung, entsprechend höher ist der Anteil an Berufstätigen. Aber auch die Arbeitslosenquote ist höher, was vor allem mit der Sprachbarriere und dem Ausbildungsgrad zusammenhängt: 2009 kam die erwähnte Bundesstudie zum Schluss, dass portugiesische Eltern «einen sehr niedrigen Bildungsstands» hätten im Vergleich zu anderen Migrationsgruppen. Schuld sei die Salazar-Diktatur. Diese führte den obligatorischen Schulunterricht erst 1960 ein. Allerdings endete die Schulpflicht bereits für 12-jährige. Erst die Nelkenrevolution 1974 modernisierte das Bildungswesen. Die Folgen überdauern Generationen und zeigen sich auch in einem eingeschränkten Jobangebot: Portugiesische Männer finden in der Schweiz hauptsächlich auf dem Bau Arbeit (fast jeder vierte), in der Industrie und der Landwirtschaft. Die Frauen arbei-

Schock bei Wahlen: Rechter Rekord in der Schweiz

In den vergangenen acht Jahren schwang in Portugal die Sozialistische Partei (PS) das Zepter, teils mit Unterstützung der Kommunisten und Linksaussonparteien. Diese Ära ist vorbei. Die wegen Korruptionsvorwürfen unter Druck geratene Regierung setzte auf den 10. März vorgezogene Parlamentswahlen an. Der Schuss ging nach hinten los: Die rechtskonservative Demokratische Allianz überholte die PS knapp. Als eigentliche Siegerin ging jedoch die selbsternannte «Anti-System-Partei» Chega (dt.: «es reicht!») hervor. Sie konnte ihre Sitze mehr als vervierfachen und ist mit neu 18 Prozent Wähleranteil die drittstärkste Kraft. Frontmann von Chega ist André Ventura, ein populärer Ex-Fussballkommentator.

JUNGE PROTESTWÄHLER. Am meisten punktete Ventura bei jungen Leuten – und in der Schweiz! Hier machten 33 Prozent der Wählenden ihr Kreuz bei Chega, was dem weltweit besten Chega-Resultat entspricht. Nur noch in Luxemburg wurden die Ultrarechten ebenfalls stärkste Kraft, holten dort aber «nur» 19 Prozent. Immerhin: Bei genauer Betrachtung relativiert sich der Schweizer Chega-Triumph. Denn nur jede und jeder dritte Wahlberechtigte ist überhaupt an eine der drei Urnen in Genf, Bern oder Zürich gegangen. Zudem wurden ein Drittel der abgegebenen Stimmen wegen nicht vorschriftsgemässer Wählerregistrierung für ungültig erklärt. Unter dem Strich hat deshalb von den gut 260 000 Portugiesinnen und Portugiesen in der Schweiz nur eine Minderheit von 16 000 extrem rechts gewählt. (jok)

ten primär im Hotel- und Gastgewerbe, in der Reinigung oder im Verkauf. Innerhalb dieser Branchen wiederum besetzen Portugiesinnen und Portugiesen häufig unqualifizierte oder Hilfsarbeitsstellungen. Das wiederum schlägt sich in einem Durchschnittseinkommen nieder, das deutlich unterhalb von jenem der Schweizerinnen und übrigen EU-Einwanderer liegt.

FOLKLORE HOCH IM KURS

Die neueste Einwanderungsgeneration bringt nun teils deutlich höhere Bildungsabschlüsse mit. Das spürt auch die Arbeiterinnen- und Arbeitergewerkschaft Unia: Ihre gut 26 000 portugiesischen Mitglieder machen nach den Schweizerinnen und Schweizern die grösste Nationengruppe aus. Bei den organisierten Bauarbeitern sind die Portugiesen mit 33 Prozent sogar die grösste Gruppe. Doch dieses Verhältnis verschiebt sich allmählich. Nicole Niedermüller von der Unia Zürich-Schaffhausen sagt: «Die Jungen, die bei uns auf dem Bau nachkommen, stammen heute eher aus Ost- und Südosteuropa. Die jungen Portugiesen gehen vermehrt in andere Branchen.»

Ob junge oder ältere Generationen – eines scheinen alle zu teilen: die starke Verbundenheit mit dem Heimatland. Susana Pereira ist Unia-Juristin und Vizepräsidentin des Centro Lusitano Zürich, eines der grössten portugiesischen Vereine. Sie bestätigt: «Meine Landsleute hier sind sehr patriotisch.» Viele Jugendliche würden in Folklore-Gruppen mittanzen. In vielen Stuben laufe ausserdem täglich portugiesisches Fernsehen. Letzteres aber sieht Pereira durchaus auch kritisch: «Dort kann man ständig entnehmen, wie schlecht es dem Land geht.» Das habe der rechten Chega-Partei geholfen – und gerade in der Diaspora Spuren hinterlassen (siehe Box).

Geschichtspräsidentin Raquel Varela (45) erklärt die Nelkenrevolution «Für die Bourgeoisie war es ein Albtraum!»



Die Nelkenrevolution war mehr als ein genialer Militärputsch für die Demokratie. Raquel Varela spricht sogar vom radikalsten sozialrevolutionären Prozess im Europa der Nachkriegszeit. Warum darüber heute kaum mehr gesprochen wird und was hinter dem jüngsten Wahlsieg der extremen Rechten steckt, erklärt die Historikerin im grossen work-Interview

JONAS KOMPOSCH

work: Frau Varela, Sie sagen, die Nelkenrevolution habe in Afrika begonnen. Bitte erklären Sie das!
Raquel Varela: Ich sage sogar, die portugiesische Revolution begann nicht mit dem berühmten Militärputsch vom 25. April 1974, sondern schon 1961 – und zwar mit einem Streik von Baumwollpflückerinnen und -pflückern in Angola. Das waren Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter eines belgisch-portugiesischen Konsortiums. Die portugiesische Kolonialverwaltung reagierte brutal auf den Streik. Die Luftwaffe attackierte zwanzig Dörfer mit Napalm-Bomben.

Wie bitte?

Über 10 000 Menschen verbrannten. Es war dieses Massaker, das den anticolonialen Befreiungskampf in Angola definitiv entfachte. Und wenig später griffen die Unterdrückten auch in den Kolonien Guinea-Bissau und Moçambique zu den Waffen. Dieser Widerstand befeuerte den Umsturz in der portugiesischen Armee. In den 13 Kriegsjahren gegen die anticolonialen Erhebungen entzogen sich 200 000 Männer dem Dienst, 8000 desertierten sogar, 9000 kamen ums Leben. Und je schwieriger die Lage für Portugal wurde, desto mehr Auftrieb erhielten die demokratisch gesinnten Militärfraktionen. Am 25. April 1974 gelang ihnen schliesslich der Putsch in der Heimat.

Was waren das für Militärs, die da plötzlich gegen die Diktatur aufstanden?

Keine Angehörigen der alten Militäreliten, sondern junge Offiziere von mittlerer Ranghöhe und kleinbürgerlicher Herkunft. Sie wurden in den Kolonien stationiert und mussten dort schmutzige und verlustreiche Manöver befehlen. Sie verstanden bald, dass dieser Krieg nicht zu gewinnen war, sondern einer politischen Lösung bedurfte. Dazu war die Diktatur aber niemals bereit. Mit ihrem Putsch beabsichtigten die Offiziere eine politische Revolution hin zur bürgerlichen Demokratie.

Das Volk wollte aber mehr als bürgerliche Demokratie!

Tatsächlich wurde der Putsch sofort zum Türöffner für den radikalsten sozialrevolutionären Prozess in Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Hunderttausende Menschen traten in den Streik, Millionen beteiligten sich an Demonstrationen, obwohl die Putschisten eine

«Die Frauen waren in der Diktatur unterdrückt, aber gleichzeitig hatten sie als Arbeiterinnen beträchtliche Macht.»

Ausgangssperre verordnet hatten, Hunderte Fabriken wurden in Beschlag genommen und in Arbeiterselbstverwaltung übergeführt, das Landproletariat besetzte einen Viertel aller Agrarflächen und gründete darauf Kooperativen, in den Städten besetzten Familien aus den Slums Tausende leerstehende Häuser. Und landesweit machte etwa ein Drittel der Bevölkerung bei Arbeiterräten oder Nachbarschaftskomitees mit.

Von diesem Teil der Revolution hört man nicht mehr viel.

Klar, die heutige Bourgeoisie hat kein Interesse, die arbeitende Klasse zu erinnern, wozu sie fähig ist. In vielen Unternehmen gaben nach dem Putsch die Lohnabhängigen den Tarif durch. Sie führten die Betriebe demokratisch und nicht selten ganz ohne einen Chef. Für die Bourgeoisie – auch für jene im Ausland – war das ein Albtraum, das schlimmste Ereignis nach der US-Niederlage in Vietnam!

Gefreut haben dürfte sich dafür die kommunistische Partei, die eben erst aus der Illegalität aufgetaucht war.

Nur bedingt. Denn die portugiesische KP hatte kein Interesse an einem revolutionären Prozess von unten. Sie wollte den Kapitalismus in Portugal nicht abschaffen, sondern regulieren. Denn die Partei befolgte die Weisungen der Sowjetunion – und die hielt sich an die Machtverteilung in Europa, wie sie an der Jalta-Konferenz 1945 beschlossen worden war. Demnach gehörte Portugal zum kapitalistischen Westen. 1948 wurde Portugal sogar Gründungsmitglied der Nato. Eine Intervention des Westens wollte die KP unbedingt verhindern und versuchte daher, den Gärprozess in den Betrieben zu kontrollieren und die vielen Streiks und Besetzungen einzuhegen.

Welche Rolle spielten dabei die Gewerkschaften?
Sie waren ja schon in den 1930er Jahren verboten oder in faschistisch-ständestaatliche Verbände umgewandelt worden. Ende der sechziger Jahre, als der gesundheitlich schwer angeschlagene Langzeitdiktator António de Oliveira Salazar von seinen Getreuen entmachtet worden war, gab es eine kurze Tauwetterphase. Doch bald wurde wieder alles unterdrückt. Vereinigungsfreiheit gab es erst nach dem 25. April 1974. Die KP machte sich sofort daran, die Gewerkschaftszentralen zu besetzen und dort die Macht zu übernehmen. Auch bei der Gründung des Gewerkschaftsbunds Intersindical war die KP führend. Diese Organisation zählte bald über 1 Million Mitglieder.

Da sind die Mitglieder der Arbeiterräte nicht mitgezählt?
Genau. In den Arbeiterräten waren noch viel mehr Leute Mitglied. Dort hatten sie auch mehr Macht als in den Gewerkschaften. Diese Räte waren selbstverwaltete, direktdemokratische Gremien, in denen die Mandatierten jederzeit von der Basis aberufen werden konnten. Über 5000 solcher Räte gab es im ganzen Land, eine heute kaum vorstellbare Dimension! Es kam deshalb zu einer dualen Machtverteilung, wie sie in Revolutionen typisch ist: einerseits die Macht des Staates, der Institutionen und der Gewerkschaften, andererseits die Macht der Arbeiterräte.

In Ihrem Buch über die Nelkenrevolution bezeichnen Sie Salazars Portugal als die «rückständigste Nation Europas».
Wir hatten die höchste Sterberate bei Kindern und Müttern in ganz Europa, zudem die tiefsten Löhne. Ein Drittel der Leute konnten weder schreiben noch lesen. Es gab Zensur, politische Polizei, nur Staatsmedien, nur eine Partei, keine freien Wahlen und kein allgemeines Wahlrecht. Die Stellung der Frau war katastrophal. Ohne Erlaubnis des Ehemanns durfte sie nicht verreisen. Er durfte dafür ihre Briefe öffnen. Und Scheidungen waren für Katholiken verboten.

Aber auch in der Revolutionshymne «Grândola, vila morena» ist nur vom «Land der Brüderlichkeit» die Rede. Wo waren denn die Schwestern?

Oh, die Frauen waren sehr wichtig in der Revolution. Und zwar in den Arbeiterräten und besonders in den Nachbarschaftsräten. Es waren Frauen, die 1974 entschieden, dass es nun an Kitas geben werde. Es waren auch Frauen, die neue Gesundheitszentren einrichteten. Oder die das öffentliche Transportwesen ausbauten. Die Liste ist lang. Wichtig zu wissen ist, dass die Frauen in der Diktatur zwar extrem unterdrückt waren, aber gleichzeitig als Arbeiterinnen beträchtliche Macht hatten. Denn nirgendwo waren so viele Frauen berufstätig wie in Portugal. Dies aus dem simplen Grund, dass Aber-tausende Männer ausgewandert oder im Militärdienst waren.

Die Diktatur ist seit fünfzig Jahren Geschichte. Doch bei den Parlamentswahlen im vergangenen März ging die extreme rechte Partei Chega als Wahlsiegerin hervor. Warum?

Das Wahlergebnis war ein Schock. Die extreme Rechte ist jetzt die drittstärkste Kraft. Das bringt demokratische Errungenschaften durchaus in Gefahr. Aber nicht nur in Portugal, sondern in ganz Europa. Denn die Konzentration des Reichtums in den Händen der wenigen verschärft die sozialen Spannungen. Und darauf antworten die Reichen und ihr Staat klassischerweise autoritär.

Immerhin war die extreme Rechte in Portugal bis anhin jahrelang völlig unbedeutend. Im europäischen Vergleich war das quasi einzigartig. Wie erklärt sich das?

Das sind die Auswirkungen der Nelkenrevolution! Nach 1974 hatte Portugal eine riesige revolutionär-linke Bewegung. Und auch die KP wurde zu einer der wichtigsten kommunistischen Parteien Europas. Doch mit der Unterstützung der Linksaussonparteien und der KP für die sozialdemokratische Regierung ab 2017 begann der Niedergang. Die Regierung änderte nämlich leider nichts an den arbeitnehmerfeindlichen Gesetzen, die uns die Troika (Europäische Kommission, Europäische Zentralbank und Internationaler Währungsfonds, Anm. d. Red.) während der Schuldenkrise 2010 bis 2014 diktiert hatte. Dann gab es viele Streiks, doch die sozialdemokratische Regierung reagierte mit harschen Anti-Streik-Gesetzen. All das führte zu einer Demoralisierung vieler Linker, sie gingen nicht mehr an die Urnen. Die Schwäche der Linken hat der Rechten einen Raum zur Entfaltung gegeben.

Aber die sozialistische Partei hat doch einiges erreicht: Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosigkeit ist massiv gesunken.

Von diesem Boom profitieren nur ganz wenige. 70 Prozent der Lohnabhängigen müssen Überstunden leisten oder einen Zweitjob annehmen, um über die Runden zu kommen. Der nationale Mindestlohn liegt bei rund 700 Euro. Dabei kam eine Studie schon 2019 zum Schluss, dass mindestens 1300 Euro nötig wären, um den Grundbedarf zu decken. Seither ist es aber zu einer horrenden Inflation gekommen. Und die Reallohne sinken schon seit dreissig Jahren. Katastrophal ist die Situation im öffentlichen Sektor. Dringend benötigte Spitäler müssen schliessen, und Tausende Schülerinnen und Schüler haben keine Lehrpersonen. Und mit der neuen konservativen Regierung wird es sicher nicht besser werden.



RAQUEL VARELA, PROFESSORIN UND TV-PROMI: Raquel Varela (45) ist Professorin für Geschichte an der neuen Universität Lissabon und eine der renommiertesten Historikerinnen in den Gebieten soziale Konflikte, Arbeit und Arbeiterbewegung. Ihr Buch «A People's History of the Portuguese Revolution» (2019, auf portugiesisch und englisch) zählt zu den Standardwerken über die Nelkenrevolution. In Portugal ist Varela landesweit bekannt, da sie regelmässig in politischen TV-Debatten auftritt. FOTO: RAQUELCARDIERAVARELA.WORPRESS.COM

Drahtzieher hinter dem Auftragsmord in Brasilien festgenommen Marielle Franco: Anatomie eines Mordes

Vor sechs Jahren wurde die linke Politikerin Marielle Franco in Rio de Janeiro ermordet. Jetzt ist klar: die Auftraggeber waren zwei Politiker, gedeckt hat sie der Polizeichef von Rio de Janeiro. Es geht um Rassismus, Korruption, Mafia-Clans und viel Geld.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Es ist der 14. März 2018 in Rio de Janeiro, Brasilien. Die linke Stadträtin Marielle Franco sitzt mit ihrer Mitarbeiterin Fernanda Chaves im Auto, am Steuer ihr Fahrer Anderson Gomes. Plötzlich fallen Schüsse, aus einem vorbeifahrenden Auto wird dreizehnmal auf Marielle Franco geschossen. Sie ist sofort tot, ihr Chauffeur erliegt wenig später seinen Verletzungen. Wie durch ein Wunder überlebt Chaves.

Marielle Francos Tod traf Brasilien mitten ins Herz, ihre Ermordung sorgte weltweit für einen Aufschrei. Der Anschlag war ein Anschlag auf alle Frauen (work berichtete: rebrand.ly/franco-mord).

HOFFNUNGSTRÄGERIN

Aufgewachsen in einem Armenviertel von Rio, schaffte es die alleinerziehende, lesbische Afrobrasilianerin in den Stadtrat von Rio. Dort leitete sie die Frauenkommission. Sie forderte die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, kämpfte gegen Rassismus und den offenen Drogenkrieg, in den auch immer wieder gewalttätige Polizisten und korrupte Militärs verwickelt sind.

Jetzt, sechs Jahre später, wurden die mutmasslichen Drahtzieher hinter dem Mord gefasst. Es sind dies der damalige Polizeichef von Rio, Rivaldo Barbosa, sowie Chiquinho Brazão, Abgeordneter des Nationalkongresses, und sein

Bruder Domingos, Mitglied des Rechnungshofes des Bundesstaates Rio de Janeiro. Marielle Franco stand ihnen im Weg. Denn sie war besonders im Westen der Stadt aktiv, der Einflussphäre der Brazão-Brüder und ihrer zwielfichtigen Organisationen. Franco wollte dort die soziale Nutzung von Wohngebieten durchsetzen, entgegen den Interessen der Brazão. Und sie stimmte im Stadtrat gegen die Legalisierung von illegalen Bauten.

SCHOCK FÜR DIE WITWE

Die Brüder Brazão stehen an der Spitze eines einflussreichen Politiker-Clans. Sie wurden mehrmals wegen Korruption verurteilt, sassen auch schon im Gefängnis. Und sie haben enge Verbindungen zu den Milizen. Diese sind eine Art Mafia, die vom Inneren des Staates aus organisiert ist. Korrupte Polizeibeamte arbeiten dabei Hand in Hand mit der Politik, wie etwa der Ex-Polizeichef von Rio, Rivaldo Barbosa. Für Marielle Francos Angehörige und für ganz Brasilien ist das ein Schock. Hatte doch der damalige Polizeichef kurz nach der Ermordung Francos den Angehörigen blumig versprochen, die Aufklärung dieses Verbrechens sei für ihn «Ehrensache». Jetzt wurde bekannt, dass Barbosa schon Jahre zuvor an der Planung des Mordes beteiligt gewesen war. Er soll den Brazão-Brüdern garantiert haben, dass sie nicht verurteilt würden. Vom ersten Tag an behinderte er die Ermittlungen, sorgte zum Beispiel dafür, dass Videoaufnahmen vom Tatort verschwanden.

Francos Witwe, Monica Benicio, sagte nach der Festnahme in den Medien: «Wir verstehen nun, dass die Polizei nicht nur fahrlässig gehandelt hat. Es lag nicht nur an einem «Misserfolg», dass wir sechs Jahre lang Schmerzen hatten. Die ganze Zeit, während sie den Fall lösen wollten,

waren sie als Komplizen mitschuldig.» Das sei auch ein Angriff auf die Demokratie.

waren sie als Komplizen mitschuldig.» Das sei auch ein Angriff auf die Demokratie.



IKONE: Dieses Wandbild in Rio erinnert an die ermordete Politikerin Marielle Franco. FOTO: KEYSTONE

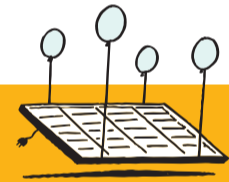
KILLER UND BOLSONARO-FREUND

Der Anschlag auf die linke Politikerin war von langer Hand geplant. Die Brazão-Brüder hatten einen Spitzel in ihrer Partei für Sozialismus und Freiheit (PSOL) eingesetzt und den Auftragskiller Ronnie Lessa samt Chauffeur engagiert. Diese beiden wurden bereits kurz nach dem Auftragsmord gefasst, und Lessa hat den Anschlag gestanden, über die Hintergründe jedoch fünf Jahre lang geschwiegen. Jetzt hat er ausgepackt, mit Aussicht auf eine kürzere Haftstrafe und andere Begünstigungen. Pikant: Lessa und Brasiliens Ex-Präsident Jair Bolsonaro kannten sich gut. Der

Auftragskiller und der rechtsextreme Politiker waren befreundet und lebten in derselben geschlossenen Wohnanlage.

Marielle Francos Ermordung geschah zwar noch unter Bolsonaros Vorgänger, doch er selbst tat nichts, um die Aufklärung voranzubringen. So wurde «Quem mandou matar Marielle?» (Wer hat den Mord an Marielle befohlen?) zum Schlachtruf der Frauen und der afrobrasilianischen Bevölkerung. Erst als der linke Lula da Silva 2022 erneut Präsident wurde (work berichtete: rebrand.ly/lula-presidente), kam Bewegung in die Sache. Er versprach, Marielles Ermordung endlich aufzuklären, und ernannte in einem symbolischen Akt Marielles Schwester zur Ministerin für ethnische Gleichberechtigung.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik



Agri-Solarstrom: Wandern solare Anlagen von den Voralpen ins Mittelland?

Der Solarstrom wird sich gegen Windenergie und Atomkraft ziemlich sicher durchsetzen. So oder anders. Entweder in der Schweiz oder im Ausland für die Schweiz. Und das neue Stromgesetz, über das wir am 9. Juni abstimmen, wird diesen Prozess befeuern.

Aus gewerkschaftlicher Sicht ist es sicher sinnvoll, wenn wir den Strom, den wir verbrauchen, erstens in der Schweiz produzieren. Mit guten Arbeitsplätzen. Und dies zweitens möglichst umweltfreundlich und günstig zugleich tun. Das ist auch möglich:

Grund 1: Der Preis der Solarmodule hat sich in den letzten 18 Monaten noch einmal halbiert. Dieser Trend wird weitergehen, weil China über gigantische Überkapazitäten verfügt.

Grund 2: Der Wirkungsgrad der Solarmodule erhöht sich laufend. Wir sollten 2030 fast 30 Prozent Wirkungsgrad erreichen. Das heisst: Auf der gleichen Dach- oder Freifläche können wir dann viel mehr Strom produzieren als heute. Das senkt die Installationskosten.

Grund 3: Die Aufständungen für Freiflächenanlagen werden immer raffinierter und in Kombination mit den steigenden Wirkungsgraden der Solarmodule pro installierte Kilowatt-Leistung billiger.

Grund 4: Neue stationäre Salz-Batterien werden den Markt fluten. Sie brauchen praktisch keine seltenen Erden und Metalle mehr. Sie sind zudem viel billiger als die heutigen Lithium-Ionen-Batterien. Und halten erst noch viel länger. Damit können wir den Tag-und-Nacht-Ausgleich der Solarenergie dezentral realisieren. Aufpreis: lächerliche 1 bis 2 Rappen pro Kilowattstunde.

Noch sind Fragen offen: Wird die Umwandlung von Sommerstrom in Wasserstoff billiger und energetisch effizienter? Vielleicht. Rechnen sich nächstens grosse Speicher, die den Sommerstrom als Wärme in den Winter transferieren? Vielleicht. Diese Hoffnungen sind erlaubt, aber nichts ist sicher. Bleiben wir also mit den Füßen auf dem Boden.



Ackerbau: Der Jahresertrag wird bei einem festen Anstellwinkel von 20° und einer Ausrichtung von 30° Südwest mit bifazialen Modulen simuliert. Nennleistung: 612 kWp, spezifische Jahresleistung 1200 kWh/kWp, **Flächenertrag von 735 MWh/ha.**



Dauergrünland: Vertikale Module in Ost-West-Aufständung. Nennleistung: 293 kWp/ha. Spezifische Jahresleistung: 1000 kWh/kWp, **Flächenertrag von 293 MWh/ha/a.**



Dauerkulturen: Anlagen mit semitransparenten Modulen. Nennleistung: 737 kWp/ha. Spezifische Jahresleistung: 1170 kWh/kWp, **Flächenertrag von 862 MWh/ha/a.**

AGRI-SOLARSTROM: So produktiv sind Solaranlagen auf offenen Ackerflächen, dauergrünen Wiesen oder auf Dauerkulturen.

Neue Atomkraftwerke kosten pro produzierte Kilowattstunde mindestens 12 Rappen. Macht 20 Rappen für nicht regulierten Winterstrom und 4 Rappen für Sommer-Bandenergie.

Wir haben in der Schweiz 600 lokale Verteiler von Strom. Praktisch alle sind im Eigentum der öffentlichen Hand. Geschätzte 3000 Verwaltungsräte (Verwaltungsrätinnen gibt es nur wenige) kassieren Tantiemen und lassen sich von den grossen Stromproduzenten über den Tisch ziehen. Sie haben den Strom zu viel zu hohen Preisen eingekauft. Und von Wirtschaftsminister Guy Parmelin keine Strompreisbremse verlangt.

Wenn das neue Stromgesetz durchkommt, werden nicht innovative lokale Verteiler massiv unter Druck kommen. Und zwar von sogenannten Elektrizitätsgemeinschaften. Produzenten und KonsumentInnen von Strom können sich zusammenschliessen. Und das lokale Netz zu Sondertarifen nutzen. Um diese Graswurzelrevolution zu fördern, hat das Parlament im März den Weg für eben solche lokale Elektrizitätsgemeinschaften (LEG) geebnet. Wer also künftig zu spät kommen wird, den bestraft das Leben. Deshalb könnten und müssten die 600

Verteiler zu den Motoren des ökologischen Umbaus werden, wenn sie überleben wollen. Aber wie soll das gehen?

Baustein 1: In fast jedem Verteilgebiet gibt es halbwegs geeignete landwirtschaftliche Flächen, die wir für die Produktion von Strom (sogenannter Agri-Solarstrom) nutzen können. Dies wird mit dem neuen Stromgesetz erleichtert. Die Produktion von Strom würde dort nicht mehr als 6 Rappen pro Kilowattstunde kosten. Inklusiv dezentraler Speicher.

Baustein 2: Neuere Studien belegen, dass 30 Prozent dieses Agri-Solarstroms im Winter anfallen. Wenn wir den Sommerstrom mit 4 Rappen berechnen wie bei der Atomenergie, dann kostet die Kilowattstunde Agri-Winterstrom nur 10 Rappen. Halb so viel wie der Winterstrom aus Atomkraftwerken.

Baustein 3: Wer seinen Solarstrom auf den unteren Spannungsebenen einspeist, zahlt viel weniger an die Mittel- und Hochspannungsnetze. Und kann, da als Versorgerin und Versorger ganz dem Service public verpflichtet, diesen Preisvorteil an Haushalte und Unternehmen weitergeben. Und hält sich so erst noch die Elektrizitätsgesellschaften vom Hals.

LINKS ZUM THEMA:

● rebrand.ly/stromversorger
In der NZZ lesen wir: «Nicht begeistert von den vom Parlament geschaffenen Energiegemeinschaften ist die Strombranche. Erstaunlich ist die Skepsis nicht. Denn für die lokalen Stromversorger ist es erst einmal ein Verlustgeschäft. Sie verkaufen weniger Strom.»

● rebrand.ly/agri-strom-studie
Wer mitreden will, muss diese spannende Studie lesen. Wir können pro Jahr auf offenen Ackerflächen, auf dauergrünen Wiesen und auf Dauerkulturen 50 Milliarden Kilowattstunden Winterstrom produzieren. 25 Milliarden Kilowattstunden reichen aus, um die Schweiz klimaneutral mit Strom zu versorgen. Diese Studie ist vorsichtig, zu vorsichtig, was die Preise angeht.

● rebrand.ly/energie-thun
Der Wohnsitz von Bundesrat Albert Rösti ist Uetendorf BE. Uetendorf wird von der Energie Thun AG versorgt. Zu absurd hohen Strompreisen! Die Energie Thun gehört zu 100 Prozent der Stadt Thun. Uetendorf müsste den Aufwand probieren. Mittels Energiegemeinschaften und Agri-Solaranlagen. Oder wenigstens damit drohen.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: www.workzeitung.ch

MITTENDRIN: Sonia Melo von der Organisation «Sezonieri» sucht den Kontakt zu den Erntehelferinnen und -helfern direkt auf dem Feld. FOTO: ZVG/SEZONIERI



ORGANISATION 10 JAHRE SEZONIERI

2013 gab es einen wilden Streik von 70 Landarbeitern und Landarbeiterinnen, die für den grössten Gemüsebauern in Tirol arbeiteten. Sie kamen überwiegend aus Rumänien, hatten sich ohne Unterstützung der Gewerkschaft selbst organisiert und die Arbeit niedergelegt.

ENTSTEHUNG: Die österreichische Produktionsgewerkschaft (Pro-Ge) wollte eine Unterstützungskampagne ins Leben rufen. Und hat Aktivisten und Aktivistinnen sowie Nonprofitorganisationen ins Boot geholt. Daraus entstand die Organisation Sezonieri (rumänisch für Saisonarbeiter).

Sonia Melo macht sich für Landarbeitende stark

«Die Ausbeutung auf den Feldern hat System»

Wer bestimmt die Preise von Gemüse und Früchten im Supermarkt? Und welchen Anteil erhält die Pflückerin? Viel zu wenig, sagt Sonia Melo, die sich mit der Organisation Sezonieri in Österreich für die Rechte der Erntehelferinnen und -helfer einsetzt.

JOHANNES GRESS*

work: Wie kommen die Preise für Kohl, Rübli oder Kartoffeln zustande?

Sonia Melo: Das ist kompliziert. Gerade in Österreich haben wir im Handel eine sehr hohe Machtkonzentration, es gibt nur drei Handelsketten: Rewe, Spar und Hofer. Das sind die drei grossen Abnehmer. Sie diktieren die Preise. Das Problem ist, und das zeigen auch viele Statisti-



«Wir haben als Konsumentinnen einen gewissen Spielraum.»

SONIA MELO, ORGANISATION SEZONIERI

ken, dass über 50 Prozent des Verkaufspreises eines Produkts an den Handel gehen. Wir haben anhand eines Bundes Radieschen versucht, den Anteil zu berechnen. Das ist sehr kompliziert, aber wir konnten ermitteln, dass die Landarbeiterinnen und -arbeiter etwa 3 Prozent des Verkaufspreises erhielten, der Handel 55 Prozent.

Wie viel müssten denn die Erntearbeiter und -arbeiterinnen verdienen?

Meist verdienen sie in Österreich viel weniger als das, was der Kollektivvertrag vorschreibt. Der Vertrag schreibt Mindestlöhne zwischen

7 und 8 Euro pro Stunde vor, je nach Bundesland und Region. Ich habe noch nie Landarbeitende getroffen, die das verdienen. Häufig wird für Unterkunft und Verpflegung viel zu viel abgezogen, es werden keine Sonderzahlungen gemacht und keine Überstundenzuschläge, Nachtzuschläge, Sonntagszuschläge bezahlt. An sich sind die Regelungen nicht so schlecht – das Problem ist, dass sie nicht eingehalten werden.

Woran liegt das?

Als wir 2014 mit der Sezonieri-Kampagne begannen, lag der Fokus unserer Arbeit auf Aufklärung. Wir haben festgestellt, dass die meisten Landarbeiterinnen und -arbeiter keine Ahnung haben von ihren Arbeitsrechten. Heute merken wir, dass die meisten zwar um ihre Rechte wissen, aber die Ausbeutung trotzdem in Kauf nehmen, weil sie den Job brauchen und Angst haben, ihn zu verlieren. Viele haben einfach keine Alternativen.

Ist Unterbezahlung und Ausbeutung die Ausnahme oder flächendeckend der Fall?

Ausbeutung ist die Regel. Die Bauernvertreter reden sehr gerne von einzelnen schwarzen Schafen, aber de facto hat das System.

Aber auch die Bauern stehen unter Druck.

In Österreich gibt einen grossen Unterschied zwischen Kleinbetrieben und Grossbetrieben. Bei den Kleinen ist es tatsächlich so, dass sie unter Druck stehen. In den letzten 30, 40 Jahren wurden die landwirtschaftlichen Betriebe in Österreich immer weniger, aber sie wurden immer grösser. Die Kleinen können bei den vom Handel diktierten Preisen nicht überleben, nur Grossbetriebe mit hohen Stückzahlen und modernen Maschinen schaffen es bei solchen Preisen, konkurrenzfähig zu bleiben.

Welche Verantwortung tragen die Konsumentinnen und Konsumenten?

Das ist ein schwieriges Thema: Ich finde, wir alle haben als Konsumentinnen und Konsumenten einen gewissen Spielraum. Unsere Kaufent-

scheidung ist wichtig, aber ich finde nicht, dass wir die Verantwortung haben, durch unsere Kaufentscheidung das System zu verändern. Die Verantwortung sollte bei den Produzierenden und der Politik liegen.

Die Sezonieri-Kampagne wird von der Produktionsgewerkschaft (Pro-Ge) unterstützt. Was können Sie, was die Gewerkschaft nicht kann?

Unser Hauptziel ist, das Thema auf die Agenda der Gewerkschaft zu bringen. Einerseits tut sich der Österreichische Gewerkschaftsbund mit Migrantinnen und Migranten nicht leicht, historisch, aber eigentlich bis heute. Da ging es oft darum, den Arbeitsmarkt für «unsere Leute» zu schützen. Andererseits sind Gewerkschaften heute sehr institutionalisiert, die arbeiten von Montag bis Freitag – aber bei Landarbeiterinnen und -arbeitern muss die Gewerkschaftsarbeit am Sonntag stattfinden. Das ist der einzige Tag, an dem sie freihaben. Es braucht Leute, die aus dem Büro raus auf die Felder gehen und dort mit ihnen reden. Das macht die Gewerkschaft nicht – wir schon!

Was machen Sie, wenn Sie auf die Felder gehen?

In den meisten Regionen in Österreich sind landwirtschaftliche Felder offen, da kannst du einfach reingehen. In Wien haben wir das Problem, dass es meist Gewächshäuser sind und wir nicht einfach reinkönnen. Deswegen bieten wir seit letztem Jahr jeden Sonntag Deutschkurse in der Nähe der Gewächshäuser an und versuchen so, miteinander ins Gespräch zu kommen. Das ist niederschwellig und kostenlos. Nach dem Deutschkurs fragen wir, wie es ihnen bei der Arbeit gehe, geben ihnen Infos zum Arbeitsrecht oder unterstützen sie bei Problemen.

Mit Corona hat die Gesellschaft festgestellt, dass wir ohne Migrantinnen und Migranten nicht ernten können. Hält diese Einsicht an?

Leider nicht. Während Corona war eine kurze Zeit eine Wertschätzung da. Plötzlich musste

man Leute aus der Ukraine und Rumänien einfliegen, da angeblich nur sie diese Arbeit machen konnten. Aber diese Aufmerksamkeit war sehr kurz und genauso schnell wieder weg. Dass Leute da ein paar Meter vor der Haustür für 5 Euro pro Stunde arbeiten, ist wieder aus dem Bewusstsein verschwunden. Jetzt erleben wir gerade eine Teuerung, und natürlich, ich verstehe das, kaufen die Leute im Supermarkt billige Produkte. Eigentlich haben wir wieder einen Schritt zurück gemacht.

Sezonieri gibt es mittlerweile seit zehn Jahren. Was hat sich in diesen zehn Jahren verbessert?

Leider viel zu wenig. Was wir beispielsweise in Tirol oder im Burgenland merken, weil wir dort seit vielen Jahren aktiv sind: Viele Bäuerinnen und Bauern haben Angst vor schlechter Publicity, und deswegen halten sie die Mindeststandards ein. Da kommen wir wieder auf die Abhängigkeit von wenigen Grosshändlern zurück: Wenn du einen schlechten Ruf hast, hast du bald keine Abnehmer mehr. Teil unserer Arbeit ist es daher, Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Niemand in Österreich kann heute sagen: Ich habe noch nie etwas von Ausbeutung in der Landwirtschaft gehört. Das ist zumindest ein kleiner Erfolg.

Was bräuchte es konkret, um etwas zu verbessern?

Ich finde, es gibt einiges, was man politisch machen könnte, um die Situation zu verbessern. Das Wichtigste ist: mehr Kontrollen, unangekündigte Kontrollen. In Simmering bekommen wir von den Leuten erzählt, dass sie im Vorhinein schon immer von Kontrollen erfahren. Die nicht angemeldeten Arbeiterinnen und Arbeiter gehen dann «eine Runde spazieren». Das hat mit einer «Kontrolle» nichts zu tun.

*Johannes Gress ist freier Journalist in Wien. Seine Themen sind Arbeit, Migration, prekäre Beschäftigung, Gewerkschaften und Umwelt. Er ist leitender Redaktor der Zeitschrift «politix» vom Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, an der er zurzeit seine Dissertation zur Rolle des Staates in der ökologischen Krise schreibt.



Schon ab 1 Franken Startkapital professionell anlegen.

Als Mitglied von Unia profitieren Sie zudem von weiteren attraktiven Konditionen. Mehr unter cler.ch/unia

Diese Angaben dienen ausschliesslich Werbezwecken. Für die Strategiefonds verweisen wir auf den Prospekt und das Basisinformationsblatt. Sie können diese kostenlos auf unserer Website unter cler.ch sowie in Papierform in allen Geschäftsstellen der Bank Cler, bei der Fondsleitung oder bei der Depotbank beziehen.

Zeit, über Geld zu reden.

Bank Banque Banca CLER

Kriegs-
hetze
to go?



Nicht
mit
uns!

Kauf am Kiosk!

montags bis freitags 2,80 CHF samstags 3,10 CHF



DIE TAGESZEITUNG junge Welt



Hoffnungsträger Patrice Lumumba führte die vor-malige belgische Kolonie Kongo in die Unabhängigkeit. Belgien und die USA sorgten für seine Absetzung und Ermordung. Vorabdruck, Rezension auf Seite 15. Von Gerd Schumann SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MONTAG, 11. MÄRZ 2024, NR. 60 · 2,10 EURO (DE), 2,40 EURO (AT), 2,80 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Kontern Vatikan appelliert: Ukraine-Krieg beenden. US-Thinktank sieht Kiew »die Zeit davonlaufen«
Kugeln Union will TAURUS weiter im Bundes-tag debattieren. London und
Kürzen Haushalt 2025: Finanzminister Lind-ner will überall »sparsam«
Kappen Spanien verbietet »Worldcoin«. Behörde

150 Jahre Clara Ragaz: Kämpferin für Frieden und Freiheit

Mehr Care, weniger Krieg

Als Pazifistin kritisierte Clara Ragaz die bürgerliche Frauenbewegung. Als Feministin schrieb sie den Sozialisten das Frauenstimmrecht auf die Fahne. Und als Sozialistin weigerte sie sich, für billigen Pazifismus eine gerechte Wirtschaftsordnung aufzugeben.

ANNE-SOPHIE ZBINDEN

Clara Ragaz würde dieses Jahr 150 Jahre alt. Clara «who»? Clara Ragaz-Nadig, geboren 1874 in Chur, war eine der bedeutendsten Schweizer Frauenrechtlerinnen und Pazifistinnen des frühen 20. Jahrhunderts. Sie stammte aus bürgerlichem Hause, war als ausgebildete Lehrerin in England, Frankreich, im Engadin und schliesslich in Zürich tätig. Ihr Mann Leonhard Ragaz war Theologie-

Der Ausschluss der Frauen von der politischen Teilhabe war für Ragaz ein Skandal.

professor an der Uni Zürich, kündigte jedoch diesen Posten, weil er für diese «verbürgerlichte Kirche» keine Pfarrer mehr ausbilden wollte. So zog die Familie 1921 mit ihren zwei Kindern ins Zürcher Arbeiterquartier Aussersihl. Dort, an der Gartenhofstrasse 7, erinnert noch ein kleines Schild mit Aufschrift «Bei Nacht hier klingeln» an die Geschichte des Hauses als Anlaufstelle für Menschen in Not. Clara und Leonhard Ragaz organisierten gratis Rechtshilfe, Kurse und Konzerte. Die christliche Ethik bedeutete für das Paar Engagement für eine gerechte Gesellschaft, für den Frieden und für das Recht der Frauen auf politische Partizipation.

BEWAFFNETER WIDERSTAND
Prägend für Clara Ragaz' Wirken war der Zürcher Generalstreik der Arbeiterinnen und Arbeiter von 1912. Zudem kannte sie die Situation der Heimarbeiterinnen sehr gut und kämpfte gegen die Strukturen, die zu Prostitution führten. 1913 trat sie der Sozialdemokratischen Partei bei, trat aber 1935 wieder aus, weil diese die militärische Landesverteidigung unterstützte. Als legitim erachtete sie hingegen einen bewaffneten Widerstand zur Verteidigung von Freiheit und Demokratie wie zum Beispiel im Spanischen Bürgerkrieg.

SKANDAL

Der Ausschluss der Frauen von der politischen Teilhabe war für Ragaz ein Skandal. Als die Basler und Zürcher Männer den Frauen 1920 das Stimmrecht verwehrten, empörte sie sich: «Wir



CLARA RAGAZ: «Wir müssen uns von der Idee befreien, die Welt, wie sie die Männer für uns und für sich eingerichtet haben, sei die einzige zu Recht bestehende» (Bild aus dem Jahr 1901). FOTO: SOZIALARCHIV

sind tief betrübt, dass der Geist der Demokratie eine so schmachvolle Niederlage erlitten hat.» Es gelte, sich von der Idee zu befreien, «die Welt, wie sie die Männer für uns und für sich eingerichtet haben, sei die einzige zu Recht bestehende.»

WELTBRAND

Den Ersten Weltkrieg bezeichnete Clara Ragaz als «Weltbrand»: Inflation, Massenentlassungen, private Profite der Waffenindustrie sowie die Mobilisation von Soldaten für den Grenzschutz brachten besonders die Arbeiterinnen in Notlagen, es herrschte eine Hungersnot. An der Generalversammlung des Verbandes für das Frauenstimmrecht 1915 kritisierte sie die bürgerlichen Frauenorganisationen, die zwar die Not durch Wohltätigkeit milderten, aber den Krieg nie grundsätzlich in Frage stellten. Als Schlüssel zur Friedensförderung benannte sie schon damals Care-Arbeit, wie die Philosophin Geneva Moser in einem Aufsatz über Ragaz schreibt (rebrand.ly/clara-ragaz-nadig). Die hauptsächlich von Frauen geleistete Sorgearbeit und ihre Rahmenbedingungen spielen eine zentrale Rolle in der Friedensförderung. Denn dort, wo soziale Sicherheit bestehe, brauche es kei-

National und International: Ragaz war eine Pionierin

Clara Ragaz-Nadig (1874–1957) war neben ihrem sozialen Engagement für die Arbeiterinnen im Zürcher Quartier Aussersihl auch Pionierin der professionellen sozialen Arbeit. 1907 trat sie der Union für Frauenbestrebungen bei, der Vorläuferin des Zürcher Stimmrechtsvereins. Von 1929 bis 1946 war sie Vizepräsidentin der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, 1915 gründete und präsidierte sie deren Schweizer Sektion. Clara Ragaz hielt international zahlreiche Vorträge zu Pazifismus und Feminismus, organisierte 1919 den Frauenfriedenskongress in Zürich und übersetzte Texte ins Deutsche, unter anderem von Leo Trotzki. (asz)

nen Krieg. «Wir müssen um eine Wirtschaftsordnung kämpfen, die Brot und Land, Macht und Recht wieder gleichmässiger verteilt», sagte Ragaz.

150 Jahre Clara Ragaz – Infos zur Wanderausstellung und anderen Anlässen gibt es unter dem Link: neuewege.ch/clara-ragaz-jubilaeum.

Belarus-Aktionstag Unschuldig hinter Gittern

In den Kerkern von Belarus schmoren noch immer rund fünfzig Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter. Meist verurteilt wegen «Extremismus», sitzen sie Strafen von bis zu 15 Jahren Gefängnis ab. Diktator Alexander Lukaschenko liess die unabhängigen Gewerkschaften zerschlagen, weil diese sich gegen die Beteiligung am russischen Krieg gegen die Ukraine ausgesprochen hatten. Jüngst klassifizierte das Regime auch die gewerkschaftliche Exilorganisation Solidarnast und sämtliche ihrer Verlautbarungen als «extremistisch». Solidarnast gibt aber nicht auf, sondern ruft für den 19. April zu einem internationalen Aktionstag auf: Freiheit für alle belarussischen Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter!

Mehr Infos und eine aktuelle Gefangenenliste unter www.solidarnast.info/de.

Rauchende Köpfe Kiffen und die Gewerkschaft

Deutschlands Hanffreunde sind im Hoch. Denn seit dem 1. April ist das Kiffen – mit Einschränkungen – legal. Schon jetzt auf einem schlechten Trip ist deswegen die Bier- und Schnapsopposition von der CDU. Sie halluziniert vom Niedergang der



FOTO: KEYSTONE

Wirtschaft. Viel nüchterner nimmt es die Industriegewerkschaft Metall. Sie hat in einem unterhaltsamen Ratgeber die wichtigsten Fragen geklärt, die sich puffenden wie abstinenten Arbeitenden und ihren Betriebsräten jetzt stellen. Übrigens: Schon viel weiter ist das Bewusstsein in den USA. Dort versteht sich die Handelsgewerkschaft UFCW längst auch als «Cannabis and Medical Marijuana Workers Union». Sie vertritt laut Eigenangaben mehrere Zehntausend Beschäftigte der florierenden US-Hanfindustrie.

QR-Code: Marihuana-Ratgeber der IG-Metall reinziehen unter rebrand.ly/metall-cannabis.

workxl der wirtschaft

Daniel Lampart



DEN LOHNRÜCKSTAND ENDLICH AUFHOLEN

In den letzten Jahren wurde alles teurer. Auch die Krankenkassenprämien schossen steil in die Höhe. Nur bei den Löhnen ging es kaum voran. Nach Abzug der Teuerung sind die Löhne heute ungefähr gleich hoch wie im Jahr 2016. Es droht ein verlorenes Jahrzehnt. Wenn man die Krankenkassenprämien noch dazu zählt, haben die Schweizer Haushalte heute weniger Geld zur Verfügung als damals.

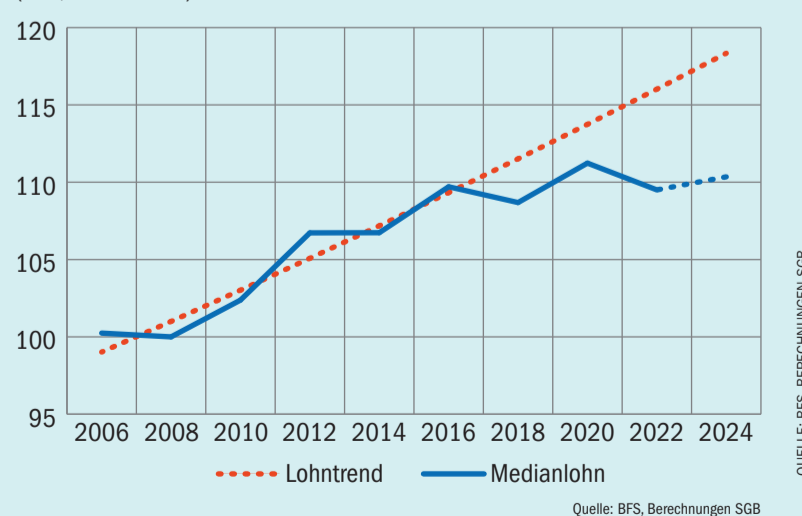
FALSCH. Gewisse Arbeitgeber argumentieren mit den Krisen der letzten Jahre. Die Covid-Krise habe Umsatz gekostet. Und der Ukrainekrieg habe die Kosten in die Höhe getrieben, so dass kein Geld für Lohnerhöhungen mehr vorhanden gewesen sei. Doch diese Argumente sind mehrheitlich falsch. Die Covid-Krise hat nur einen Teil der Branchen getroffen. Die Löhne sind jedoch fast überall zu wenig gestiegen. Auch das Argument mit dem Kostenschock hinkt. Denn die Firmen

haben ihre Kostensteigerungen mehrheitlich an die Kundschaft weitergegeben. Nicht wenige haben sogar die Preise erhöht, um mehr Gewinn zu machen. Die Margensituation der Firmen ist gut, wie das auch Statistiken der Nationalbank oder der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich zeigen.

KRITIK. In der Vergangenheit wuchsen die Reallöhne im Einklang mit der Arbeitsproduktivität um rund 1 Prozent pro Jahr. Das hat sich leider geändert. Ab Ende 2021 wurde nicht einmal die Teuerung ausgeglichen. Etwas, was in der Schweizer Sozialpartnerschaft früher eine Selbstverständlichkeit war. Die heutigen Arbeitgeber erhalten teilweise sogar Kritik von ihren pensionierten Vorgängern: Zu ihrer Zeit sei es selbstverständlich gewesen, dass – wenn die Firmen höhere Preise verlangen – auch die Löhne erhöht würden. Positiv ist, dass die Löhne im laufenden Jahr erstmals wieder stärker

Indexierte Medianlöhne und Lohntrend

(real, 2008 = 100)



steigen als die Preise. Es gibt ein Reallohn-Plus von 0,5 bis 1 Prozent. Doch das reicht bei weitem noch nicht. In der kommenden Lohnrunde muss die Lohnlücke geschlossen

werden. Es braucht spürbare Reallohnerhöhungen.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

«Die Unsichtbaren» Dunkle Seite der Erdbeere

Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation leben weltweit rund 28 Millionen Menschen in moderner Sklaverei. Auch die Arbeitsrealitäten der Erdbeerpflücker und -pflückerinnen im südspanischen Huelva grenzen oft an Sklaverei. Ein Grossteil dieser Schwerstarbeit erledigen Menschen aus Afrika, Osteuropa und Lateinamerika. Viele haben keinen legalen Aufenthaltsstatus und schlafen in Slums neben den Plantagen. Bei Widerstand droht ihnen Gewalt, nicht selten werden sogar ihre Hütten niedergebrannt. Wie dieses Ausbeutungssystem funktioniert und wer davon profitiert, zeigt jetzt der Zürcher Regisseur Sven Rufer in einem Dokfilm, der so richtig unter die Haut geht.

Die Unsichtbaren – moderne Sklaverei in Europa von Sven Rufer, Schweiz 2024, 65 Minuten. Gratis streamen unter dieunsichtbaren.ch.



Federica Colella von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

Das offene Ohr

Sabbatical I: Kann die Firma meine Ferien kürzen?

Ich beabsichtige, dieses Jahr von Juli bis Dezember eine Auszeit zu nehmen. Ist mein Chef berechtigt, meinen Ferienanspruch für dieses Jahr aufgrund eines solchen Sabbaticals zu kürzen?

FEDERICA COLELLA: Ja. Von Sabbatical spricht man im Zusammenhang mit einer unbezahlten Auszeit, die in der Regel zwischen drei und zwölf Monaten liegt. Ein solcher Urlaub ist gesetzlich nicht geregelt. Rechtlich gesehen besteht der Arbeitsvertrag im Prinzip fort, wobei die Hauptverpflichtungen der Parteien des Arbeitsvertrags ausgesetzt sind: Der Arbeitnehmer ist von der Arbeitspflicht befreit und der Arbeitgeber dementsprechend von der Lohnfortzahlungspflicht. Es können allerdings auch andere Lösungen zwischen Arbeitnehmenden und Firmen vereinbart werden: Zum Beispiel kann ein Teil des Gehalts weiterbezahlt



LÄNGERE AUSZEIT: Ihre Gewerkschaft kann Ihnen helfen, sich auf ein Sabbatical vorzubereiten. FOTO: ADOBE STOCK

werden. Einige GAV oder Betriebsordnungen sehen spezielle Regelungen für Sabbaticals vor, auf die Sie gegebenenfalls Bezug nehmen sollten. Für ein Sabbatical gilt grundsätzlich, dass die Arbeitnehmenden durch eigenes Verschulden an der Arbeit gehindert werden. Was den Anspruch auf bezahlte Ferien betrifft, kann dies dazu führen, dass der Ferienanspruch für jeden vollen Monat der Abwesenheit um einen Zwölftel gekürzt werden kann. In Ihrem Fall ist der Arbeitgeber also berechtigt, den Ferienanspruch um die Hälfte zu kürzen.

Sabbatical II: Kann mich meine Firma während der Auszeit entlassen?

Angenommen, mein Arbeitgeber stimmt zu: kann er mich während meines Sabbaticals oder bei meiner Rückkehr entlassen?

FEDERICA COLELLA: Leider ja. Ein Sabbatical ist kein Zeitraum, in dem es dem Arbeitgeber gesetzlich untersagt ist, den Arbeitnehmer zu entlassen, wie es zum Beispiel während einer Krankheitsperiode, während des Mutterschaftsurlaubs oder auch während des Militärdienstes der Fall ist. Allerdings spricht man bei Kündigungen im juristischen Jargon von «empfangsbedürftigen» Handlungen. Das heisst: Damit eine Kündigung wirksam wird, muss sie innerhalb der Kündigungsfrist beim Arbeitnehmer ankommen. Einige Arbeitsverträge sehen darüber hinaus die Einhaltung einer bestimmten Form vor, zum Beispiel mit einem eingeschriebenen Brief. Im Falle eines Sabbaticals befinden sich die Arbeitnehmenden häufig auf Reisen, was im Hinblick auf die Zustellung der Kündigung problematisch sein kann. Im Streitfall muss das Unternehmen beweisen, dass die Kündigung unter Einhaltung der Kündigungsfrist erfolgt ist. Um Streitigkeiten zu vermeiden, sollte dieser Aspekt in einer Vereinbarung geregelt werden. Auch dieser Aspekt wird manchmal im voraus im Arbeitsvertrag, in der Betriebsordnung oder in einem GAV geregelt. Da ein Sabbatical zahlreiche weitere arbeitsrechtliche und versicherungsrechtliche Auswirkungen haben kann, sollten Sie es sorgfältig vorbereiten. Sie können sich dafür an Ihre Gewerkschaft wenden.

Nützliches für alle hier lebenden EU-Bürgerinnen und -Bürger zu den im Juni anstehenden Wahlen

EU-Wahlen: So beteiligen Sie sich aus der Schweiz



WORKTIPP LÄNDERÜBERSICHT

DAS EUROPAPARLAMENT: EU-Bürgerinnen und -Bürger können bestimmen, wer sie für die nächsten fünf Jahre in diesem wichtigen EU-Gremium vertritt. FOTO: SHUTTERSTOCK

Nicht alle EU-Bürgerinnen und -Bürger, die in der Schweiz leben, können von hier aus an der Wahl teilnehmen. Nicht möglich ist es neben Italien auch für Menschen aus Bulgarien, Irland, Malta, der Slowakei und Tschechien. In diesem Jahr ist es Bürgerinnen und Bürgern aus Griechenland und Zypern, die im Ausland leben, zum ersten Mal möglich, mitzuzustimmen. Was sie tun müssen, um sich an der Wahl zu beteiligen, finden sie in der Übersicht, die Infos für alle EU-Länder enthält: rebrand.ly/europawahl_uebersicht.

Waren sie noch nie mindestens während dreier Monate in derselben deutschen Gemeinde wohnhaft, ist das Bezirksamt Mitte von Berlin zuständig. Der Antrag muss schriftlich oder persönlich bei der zuständigen Gemeinde deponiert werden (per Mail ist nicht zulässig), und zwar bis spätestens 21 Tage vor der Wahl (19. Mai). Die Stimmabgabe erfolgt schriftlich. Infos: rebrand.ly/europawahl_D.

FRANKREICH. Bis am 3. Mai muss sich in der französischen Botschaft oder in den Konsulaten

in der «liste électorale consulaire» registrieren, wer aus dem Ausland wählen will. Die Stimmabgabe kann in den von den Konsulaten eingerichteten Wahllokalen oder in Frankreich per Vollmacht erfolgen. Infos: rebrand.ly/europawahl_F.

ITALIEN. Italienische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger müssen in die Gemeinde in Italien reisen, wo sie als Wählende registriert sind. Sie erhalten von der Gemeinde etwa einen Monat vor der Wahl automatisch eine entsprechende Benachrichtigung. Infos: rebrand.ly/europawahl_I.

NIEDERLANDE. Niederländerinnen können sich auf der Website der Gemeinde Den Haag dauerhaft als Auslandswählende registrieren. Danach erhalten sie automatisch vor jeder Wahl ihren Briefwahlschein und den Rückumschlag per Post. Falls sie nicht registriert sind und an der EU-Wahl teilnehmen möchten, müssen sie sich bis am 25. April anmelden. Infos: rebrand.ly/europawahl_NL.

ÖSTERREICH. Um an den Europawahlen teilzunehmen, müssen sich Auslandsösterreicher und -österreicherinnen für die Aufnahme in die sogenannte Wähler-evidenz anmelden. Alle zehn Jahre muss der Antrag erneuert werden. Die Stimmabgabe erfolgt schriftlich per Wahlkarte. Infos: rebrand.ly/europawahl_AT.

POLEN. Polnische Staatsangehörige in der Schweiz müssen sich spätestens drei Tage vor der EU-Wahl in der Botschaft in Bern registrieren – persönlich, schriftlich oder per Mail. Die Stimmabgabe muss anschliessend am Wahltag persönlich in der Botschaft erfolgen. Infos: rebrand.ly/europawahl_PL.

PORTUGAL. Portugiesinnen und Portugiesen können in den Wahllokalen der Botschaft oder in einem der Konsulate wählen. Seit August 2018 werden portugiesische Staatsangehörige, die sich bei der Botschaft in Bern oder bei ei-

FÜR ARBEITNEHMENDE WARUM SOLLTE ICH WÄHLEN?

Mit der Wahl des Europäischen Parlaments werden für die nächsten Jahre die politischen Machtverhältnisse in einem der wichtigsten Gremien der Europäischen Union bestimmt. Daher ist es wichtig, die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien zu wählen und damit politische Parteien zu unterstützen, die sich für die Anliegen der Arbeitnehmenden in ganz Europa einsetzen.

UNIKUM. Das Europaparlament ist das weltweit einzige direkt gewählte internationale Gremium. Seine Vertreterinnen und Vertreter können zum Beispiel neue EU-Rechtsvorschriften mitgestalten und beschliessen. Sie stimmen auch über neue Handelsabkommen ab, kontrollieren die EU-Organe und prüfen die Verwendung von Steuer-geldern. Die 720 Abgeordneten werden seit 1979 alle fünf Jahre in europäischen Wahlen von den EU-Bürgerinnen und -Bürgern gewählt. Über neue Gesetze entscheidet das Europaparlament gemeinsam mit dem Rat der Europäischen Union, der von den Ministerien der EU-Länder gebildet ist. Das EU-Parlament kann zudem die EU-Kommission – das ist die Exekutive der Union – über ein Misstrauensvotum absetzen. (mk)

SPANIEN. Spanische Bürgerinnen und Bürger können ihre Stimme entweder mit eingeschriebenem Brief an die Wahlbehörde schicken oder im Wahllokal des zuständigen Konsulats abgeben. Die Anmeldefrist, um in das aktuelle Wählerverzeichnis aufgenommen werden zu können, ist bereits vorbei. Alle registrierten Personen erhalten automatisch den Wahlantrag zugeschickt. Diesen müssen sie zusammen mit einer Kopie der spanischen Ausweisdokumente an die Delegación Provincial de la Oficina del Censo Electoral schicken. Anschliessend werden den Wählenden die Wahlunterlagen zugeschickt. Infos: rebrand.ly/europawahl_ES.

Gegen solche Formulierungen in Ihrem Arbeitszeugnis sollten Sie sich wehren So entlarven Sie die Geheimcodes!



GUT STUDIEREN: Das Arbeitszeugnis ist wichtig für Ihre berufliche Zukunft. Es lohnt sich daher, spezielle Formulierungen zu entdecken. FOTO: GETTY IMAGES

Ihr Arbeitszeugnis enthält Beurteilungen, die man sowohl positiv als auch negativ auslegen kann? Das ist unzulässig.

MARIA KÜNZLI Ein Arbeitszeugnis ist eine wichtige Sache: Es kann einem den beruflichen Abgang bei einer Stelle versüssen oder enorm vermiesen. Ein gutes Zeugnis erhöht die Chancen auf einen guten Job, ein schlechtes kann sie zunichte machen oder zumindest verkleinern. Gemäss Gesetz (rebrand.ly/arbeitszeugnis) haben Sie das Recht, von Ihrer Chef-in oder Ihrem Chef jederzeit ein Zeugnis zu verlangen. Ein Schlusszeugnis muss Informationen über die Art und Dauer des Arbeitsverhältnisses enthalten und über Leistung und Verhalten der Arbeitnehmerin oder des Arbeitnehmers Auskunft geben. Es muss vollständig, wahr und fair sein und die wichtigen Funktionen und Tätigkeiten nennen. Auch negative Bewertungen sind erlaubt, aber sie müssen in einen Gesamtzusammenhang gestellt werden und wohlwollend formuliert sein. Doch was hat es mit den ominösen «Codes» auf sich? Sie sollen der neuen Arbeitgeberin oder dem neuen Arbeitgeber durch die Blume die Wahrheit über eine Person mitteilen – ohne dass diese überhaupt registriert, dass im Zeugnis etwas Negatives steht. Solche Codes sind unzulässig, weil sie gegen den Grundsatz von Klarheit sowie Treu und Glauben verstossen. Dennoch tauchen sie immer wieder auf.

Deshalb sollten Sie die gängigsten Formulierungen, die positiv klingen, aber sich negativ interpretieren lassen, kennen:

HAT SICH BEMÜHT. Der Klassiker. Er oder sie «hat sich bemüht» bedeutet eigentlich – sofern nicht näher präzisiert – dass die Leistungen ungenügend waren. Dazu gehören Formulierungen wie «bemühte sich, die übertragenen Arbeiten zu erledigen». Auch Formulierungen wie «hat sich im Rahmen seiner/ihrer Fähigkeiten eingesetzt» oder «hat sich angestrengt» können so interpretiert werden, dass die Leistungen nicht zufriedenstellend waren.

BEI KOLLEGEN BELIEBT. Bei solchen Aussagen müssen Sie darauf achten, was nicht geschrie-

ben wird. Jemand, der bei den Gspänli beliebt ist, war womöglich nur bei den Gspänli beliebt und ist bei der Chef-in oder beim Chef angeekelt? Solche Auslassungen lassen Raum für Interpretationen. Es müsste also heissen: «war bei Kolleginnen und Kollegen wie auch bei Vorgesetzten gleichermaßen beliebt». Hatten Sie in Ihrem Job Kundenkontakt? Dann müssen in einem solchen Satz auch die Kundinnen und Kunden erwähnt werden.

FEHLENDE ANGABEN. Auch wenn Informationen bewusst weggelassen werden, lassen sich Schlüsse daraus ziehen. Fehlen zum Beispiel Angaben zur Leistung und zum Verhalten, kann man es so interpretieren, dass Leistung wie auch Ver-

halten unbefriedigend waren. Wird nur das eine beschrieben, nicht aber das andere, wird letzteres wohl als ungenügend beurteilt. Heisst es zum Beispiel: «war freundlich, hilfsbereit, stets loyals», aber die Leistung wird nicht erwähnt, könnte gemeint sein: netter Typ, aber im Job unbrauchbar.

FORMULIERUNGEN. Das Arbeitszeugnis sollte möglichst keine Formulierungen wie «in der Regel» oder «grundsätzlich» enthalten. Verstärkende Formulierungen sind hingegen sehr gewünscht: Steht in Ihrem Zeugnis «sehr gut» statt nur «gut», «zur vollen Zufriedenheit» statt «zur Zufriedenheit», «überdurchschnittlich» statt «zufriedenstellend», ist alles paletti.

UNFAIRES ZEUGNIS WIE WEHREN?

Sie fühlen sich mit dem Arbeitszeugnis unfair beurteilt? Dann sollten Sie das Gespräch mit Ihrer Chef-in oder Ihrem Chef suchen. Machen Sie konkrete Verbesserungsvorschläge. Nützt das nichts, sollten Sie ein Schlichtungsverfahren einreichen. Kommt es im Schlichtungsverfahren zu keiner Einigung, können Sie, sofern Sie eine Klagebewilligung erhalten, gerichtlich klagen. Brauchen Sie Unterstützung? Wenden Sie sich als Unia-Mitglied an das Gewerkschaftssekretariat Ihrer Region: rebrand.ly/unia-sekretariate.

Stiftinnen und Stifte fragen – die Unia rät Behinderung: Werde ich speziell unterstützt?

Ich beginne bald mit meiner Ausbildung. Welche Unterstützungen gibt es, damit ich die Hindernisse, die mit meiner Behinderung zusammenhängen, überwinden kann?

deine Behinderung bestätigt. Bekommst du einen positiven Bescheid, werden spezifische Massnahmen getroffen, um dir zu helfen. Das können spezielle Hilfsmittel während der Prüfungen sein wie die Gewährleistung von zusätzlicher Zeit oder besondere Vorkehrungen. Der Nachteilsausgleich wird nicht im eidgenössischen Fähigkeitszeugnis, im eidgenössischen Berufsattest oder in der eidgenössischen Berufsmaturität erwähnt. »



Félicia Fasel, Jugendsekretärin.

Hast auch du eine Frage an die Unia-Jugendsekretärin? Schreib an lehre@unia.ch.

WORKLESERFOTO



Wo sind meine Fischerkollegen?

WANN 23. April 2023

WO Ghana Beach, Lomé in Togo

WAS Von der Bootsspitze aus hat der junge Mann die Übersicht
Eingesandt von Richard Nussbaumer, Zürich

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, gewinnen Sie 100 Franken! Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben. Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

WORKPOST



WORK 4 / 28.3.2024: PRÄMIEN-EXPLOSION ENDLICH STOPPEN!

Für unsere Kinder

Das Ja zur 13. AHV-Rente war ein grosser Erfolg. Jetzt müssen wir alles daransetzen, auch bei der Prämieninitiative Erfolg zu haben. In meinem Bekanntenkreis (die meisten Ü65) ist jedenfalls klar: Das nützt uns, aber vor allem auch unseren Kindern im Erwerbsalter.

BRUNO KÄPPELI, PER E-MAIL

Platzieren

Natürlich werden bei einem Ja zur Prämienentlastungsinitiative die Kosten im Gesundheitswesen nicht sinken. Aber: Um die Kostenexplosion müssen sich bei einem Ja endlich jene kümmern, die auch die Mittel dazu haben. Nämlich die Politikerinnen und Politiker in Bern, die seit 20 Jahren in ihrer Mehrheit die Interessen der Profiteure vertreten. Platzieren wir die Prämienexplosion bei ihnen! Bis

28. März 2024 **work 7**



ISRAEL REGIERT IN BERN
Amnon Nussbaumer, gebürtig in Gaza-Stadt, ist Schweizer Bürger seit über 20 Jahren. Er ist Besitzer der Auslandsfirma «Ceryx Alain Protégés» und seit Jahrzehnten aktives Mitglied der sozialdemokratischen Partei des Kantons Genève. Seine Frau ist gebürtige Genferin, seine Tochter Lavinia eine bekannte Rechtsanwältin. Drei seiner Schwestern und zwei seiner Brüder leben in der Hölle von Gaza.
Zur Erinnerung: Auf den Terrängen der Hamas-Kämpfer und Bürger in Südpalästina regiert Israel seit vier Monaten mit einem demoralisierenden Kaufkraftverfall. Dabei haben die israelischen Bombardements über 31 000 Tote und über 300 000 Schwerververletzte gekostet.
SCHWEDEN: Oktober 2023: Amnon Nussbaumer erreicht bei den Behörden für seine Familie am Familienzusammenführung. Diese ist ein gesetzlich verbotesen Schritt. Es geht um die Rettung vor Tod und Verwundung der drei Schwestern und zwei Brüder des Schweizer Bürgers Nussbaumer und um ihre Kinder. Alle Gesuche wurden gestoppt und eingeregelt.

jetzt trifft es ja immer nur uns Prämienzahlerinnen und -zahler. Also: Sagen wir Ja zur Prämieninitiative. Damit haben wir «Normalos» ein bisschen mehr Geld im Portemonnaie, und vor allem machen wir «denen in Bern oben» endlich Beine.

PIERRE C. GRUBER, PER E-MAIL

WORK 4 / 28.3.2024: OBELIX PROTESTIERT LAUTSTARK IN ZÜRICH

Obelix dankt

Ich hatte bei unserer Demonstration in Zürich das Gefühl, bei meiner Familie zu sein. Es war wie zu Hause. Ich war mit Menschen zusammen, die das ungerechte und verachtende Behandeln von Arbeitenden aus reiner Geldgier genau so sehr hassen wie ich. Danke, Unia!

ALAIN BIRMELE (OBELIX), VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 4 / 28.3.2024: 400 FRANKEN FÜR EINE ABSTELLKAMMER

Bestrafen!

Das allgemeine Gesetz gegen Abzocker ist in der Schweiz einfach

«soooo weich» und überhaupt nicht wirksam. Solche Abzockerfirmen müsste man wirklich hart bestrafen. Und zwar ohne Ausnahme!

ELISABETH HURNI, SPIEZ BE

WORKZEITUNG.CH / 10.4.2024: GEPRELLTE BAUBUEZER AUS BULGARIEN

Sauerei? Nein!

Ihr bezeichnet die Ausbeutung der Bauarbeiter als eine «Sauerei». Aber bitte: Verunglimpft doch keine Schweine. Wenn schon, handelt es sich hier um eine «Menscherei».

MARKUS MAURER, VIA FACEBOOK

Mehr Kontrolle

Und das ist nur das Spitzchen der Eisberge. Vertrauen ist gut. Aber Kontrolle ist besser.

RENÉ SCHWYZER, VIA INSTAGRAM

WORK 4 / 28.3.2024: PFLEGERIN, NATIONALRÄTIN, GRECHNERIN

Ehrlich

Endlich einmal eine Politikerin, die offen zugibt, nicht überall Expertein zu sein. Das ist sympathisch. Und kein Zeichen von Schwäche, im Gegenteil.

SONJA BERTSCHI, PER E-MAIL

WORK 4 / 28.3.2024: IMMER WIEDER SONNTAGS

Klares Nein!

...übrigens, eine Ausdehnung der Öffnungszeiten der Konsumtempel geht nicht mit einer Erhöhung der Kaufkraft einher, höchstens mit zusätzlichen Einsatzstunden von

Kreditkarten. Alles, was in diese Richtung zielt, ist deshalb klar abzulehnen!

OSCAR GROEFLIN, VIA WORKZEITUNG.CH

WORKZEITUNG.CH / 1.4.2024: DER ORANGE RIESE HAT EIN RIESENPROBLEM

Den Laden boykottieren

Gut so, ist die Migros von diesem Sockel gestürzt. Dieses Image stimmt(e) schon lange nicht mehr. Da sie in ihrem Elfenbeinturm nur klare Botschaften versteht, hilft nur ein Boykott. Als Zugehöriger der Generation «Migros-Kind» ist das für mich ein schmerzhafter Entscheid.

ADRIAN FLÜKIGER, VIA WORKZEITUNG.CH

WORK 3 / 8.3.2024: ZWANGSARBEIT BEI BÜHRLE

Skrupellos

Unglaublich, was den Mädchen von der Kirche, der Fürsorge und diesem skrupellosen Waffenhändler/Kunstsammler angetan wurde. Ich hoffe, die schmoren alle in der ... Das erinnert mich an die Heime in Irland, wo die Frauen auch in Wäschereien so misshandelt wurden. Die katholische Kirche ist einfach das allerletzte.

ASTRID BLAAS, VIA FACEBOOK

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an redaktion@workzeitung.ch oder an work@redaktion.leserbriefe.ch, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16

KINDLICHE BERUFSWÜNSCHE:



Fiona Hofer (38): In 60 Sekunden ready für den Einsatz

«Wenn Kinder involviert sind, ist es belastend»

Ein Grossbrand oder eine Katze auf dem Baum? Feuerwehrfrau Fiona Hofer weiss nie, was sie in einer Schicht erwartet. Und sagt, genau das sei das Schöne an ihrem Beruf.

MARIA KÜNZLI | FOTOS RAJA LÄUBLI

Bei Alarm müssen die Feuerwehrmänner und -frauen in 60 bis 75 Sekunden losgefahren sein. Das heisst: sofort in die Fahrzeughalle, eine der Stangen hinabrutschen, Schutzkleider anziehen, ins Fahrzeug und los.

In 60 Sekunden vom Schlaf- in den absoluten Wachzustand, in 60 Sekunden von der Übung zum Ernstfall, ohne Aufwärmphase. Fiona Hofer ist das gewohnt. Die 38jährige ist eine von rund 230 Berufsfeuerwehrmännern und -frauen bei Schutz & Rettung Zürich. Und sie ist der Typ Mensch, den man bei einem Notfall gerne um sich hätte. Sie wirkt tough und gleichzeitig herzlich, selbstbewusst und mitfühlend. Und sie hat bestimmt immer einen frechen Spruch parat, um eine angespannte Situation aufzulockern.

Seit 2017 arbeitet Hofer hauptberuflich bei der Berufsfeuerwehr. «Ich liebe meinen Job und fühle mich sehr wohl hier», erzählt sie entspannt bei einem Kaffee in der Wache Süd in Zürich. Sie ist gerade in der 48stündigen Pause zwischen zwei Schichten. Wie eine Familie sei das Team. «Eine Schicht dauert 24 Stunden, da lernst du einander automatisch gut kennen.» Wenn jemand zum Beispiel Liebeskummer habe, könne er das vielleicht an einem normalen Arbeitstag noch überspielen. «Aber bei 24 Stunden geht das nicht mehr.»

KEIN KINDHEITSTRAUM. Fiona Hofer machte zuerst eine Schreinerlehre und studierte danach Bauingenieurin. Es sei nicht ihr Kindheitstraum gewesen, Feuerwehrfrau zu sein. Interessiert habe sie die Feuerwehr zwar schon länger, aber sie sei oft umgezogen, und daher habe es sich erst mal nicht ergeben, bei der Milizfeuerwehr mitzumachen. Als sie im Alter von 30 Jahren wieder nach Wildberg im Zürcher Tösstal zog, wo sie aufgewachsen war, war die Zeit reif. Seitdem engagiert sie sich in der Freizeit in der freiwilligen Feuerwehr ihres Wohnorts. «Bei der Milizfeuerwehr haben mich zwei Kollegen, die bei der Berufsfeuerwehr arbeiteten, auf die Idee gebracht, mich für den Lehrgang zu bewerben.»

Sie setzte sich gegen mehr als hundert Bewerberinnen und Bewerber durch und bekam einen der damals sechs freien Plätze in Zürich. Es folgten anderthalb Jahre Ausbildung, die richtig streng waren, so Hofer. Einerseits körperlich, man müsse sich aber auch viel Wissen aneignen, zum Beispiel über Chemie, erste Hilfe

und Brandbekämpfung. Während der Ausbildungszeit bekommen die Studierenden einen vollen Lohn, bei der Zürcher Berufsfeuerwehr sind das 5200 Franken brutto. Heute verdient sie 6000 Franken brutto bei 90 Prozent.

KATZEN. Viele Leute hätten eine falsche Vorstellung davon, was Feuerwehrmänner und -frauen tun, sagt Fiona Hofer. «Um Feuerlöschen geht es nur bei rund einem Fünftel aller Einsätze.» Die Feuerwehr werde zum Beispiel auch gerufen bei Gas- oder Ölgeruch, bei Wasserschäden, Chemieunfällen, bei Unweterschäden, verirrtten Bienenvölkern und zur Unterstützung der Sanität. Das Klischee der Katze auf dem Baum komme tatsächlich regelmässig vor. «Da muss ich manchmal schmunzeln. Wenn zwanzig Leute um den Baum rumstehen und auf die Katze einreden. Da würde ich auch nicht herunterkommen.»

An einem neuen Arbeitstag checkt Fiona Hofer als erstes die ihr zugeteilte Dienstnummer. Diese definiert ihre Rolle für die Schicht, zum Beispiel Fahrerin des Tanklöschfahrzeugs. «Als Fahrerin sperre ich den Schadenplatz ab. Danach bin ich dafür verantwortlich, dass die Wasserpumpe läuft. Und ich gebe Werkzeuge aus dem Auto an die Zuständigen weiter.» Fiona Hofer kann jede Rolle einnehmen, die ihrem Dienstgrad als Gefreite entspricht, darunter auch ChefIn eines Zweierteams oder Rohrführerin. In jeder Schicht gibt es ein Zeitfenster für Übungseinsätze, und es müssen anderthalb Stunden Sport gemacht werden. «Daneben gibt es verschiedene Ressorts und Ämtli. Wenn

ich zum Beispiel Hausdienst habe, wärme ich das Essen auf, das geliefert wird. Oder jemand muss auf der Strassenkarte im System markieren, welche Strassen zurzeit gesperrt sind.» Natürlich sind alle Ämtli hinfällig, wenn ein Alarm reinkommt.

SPATZ. Als Feuerwehrfrau müsse man teamfähig sein, sportlich, keine Höhenangst haben und auch in hektischen Momenten Ruhe bewahren, sagt Hofer. An ihrem Beruf mag sie neben dem Familiären das Unvorhersehbare und die Abwechslung. Man wisse nie, was in einer Schicht

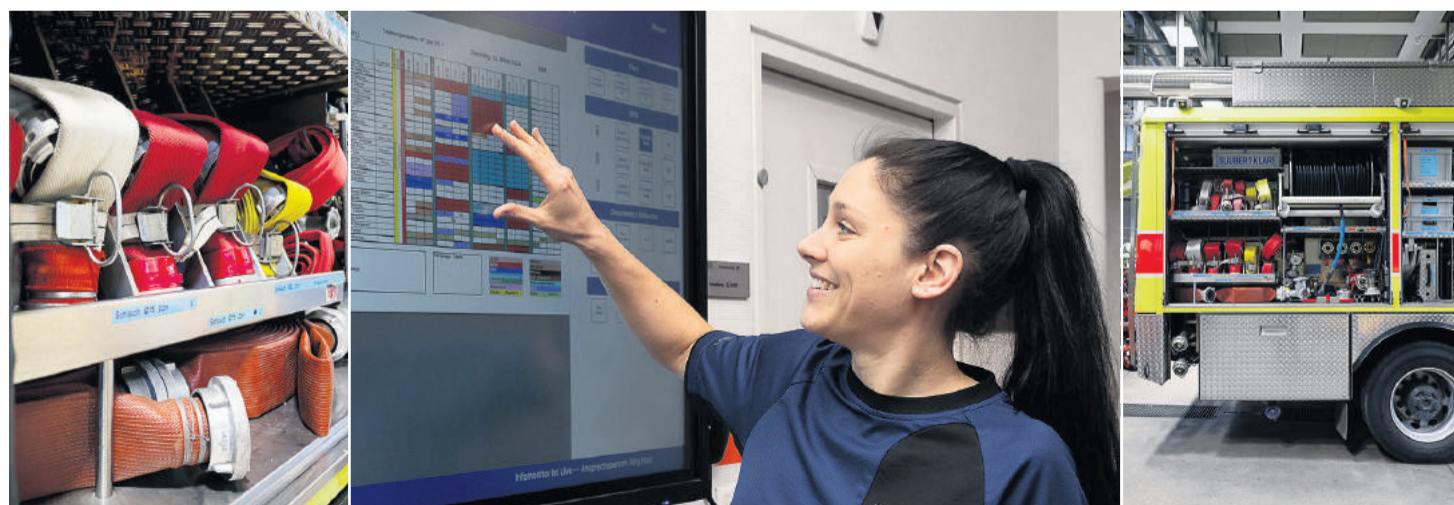
passiere. Manchmal müssten sie zehnmal ausrücken, manchmal nie. «Einige Einsätze sind belastend. Zum Beispiel, wenn Kinder involviert sind. Das sind Bilder, die hängenbleiben. Dann hilft es, das Erlebte im Team aufzuarbeiten.» Es gebe aber auch skurrile und lustige Vorfälle. «Einmal kam die Meldung rein, es befinde sich ein Habicht im Coop. Während der Hinfahrt haben wir uns diesen Greifvogel mit zwei Metern Spannweite vorgestellt, wie er im Coop herumfliegt.» Vor Ort stellte sich heraus: Es war kein Habicht in Aktion, sondern ein Spatz im Einkaufskorbchen.



FIONA HOFER
IMMER IN ACTION

Langeweile kennt Fiona Hofer nicht. Neben ihrem 90-Prozent-Pensum bei Schutz & Rettung Zürich engagiert sie sich bei der freiwilligen Feuerwehr und arbeitet im Stundenlohn in einem Ingenieurbüro. Daneben ist sie als Ausbilderin und in der Rechnungsprüfungskommission ihrer Gemeinde tätig. Mehrmals pro Woche treibt Hofer Ausdauersport: «Ein bisschen velolen, ein bisschen rennen», wie sie sagt. Ihre Zeit könne sie frei einplanen, sie sei zurzeit Single und habe nicht vor, eine Familie zu gründen

AKZEPTIERT. Mit ihr sind es zehn Frauen, die am Standort Zürich bei der Berufsfeuerwehr arbeiten. Im Team sei das Geschlecht kein Thema. «Ich glaube, diese Zeiten sind vorbei. Wir werden gleichbehandelt und akzeptiert wie die Männer.» Einen Unterschied gebe es aber: Das Medieninteresse an Feuerwehrfrauen sei massiv höher als an -männern.



ZWEITES ZUHAUSE: Auf der Wache überprüft Fiona Hofer jeweils als erstes, für welche Arbeiten sie eingeteilt ist.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name _____
 Strasse _____
 PLZ/Ort _____
 Telefon/E-Mail _____

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft. Herausgeberin work, Gewerkschaft Unia. Verlag und Redaktion Weltpoststrasse 20, 3000 Bern. Postadresse Postfach, 3000 Bern 16. Telefon Verlag und Redaktion 031 350 24 18. E-Mail Verlag verlag@workzeitung.ch. E-Mail Redaktion redaktion@workzeitung.ch. Internet www.workzeitung.ch.
 Redaktion Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiebinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darja Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch; Parzival Meister (Produzent/Redaktionsleiter), parzivalmeister@workzeitung.ch; Iwan Schauwecker, iwanschauwecker@workzeitung.ch.
 Mitarbeit an dieser Nummer Peter Bodenmann, Roland Erne, Laura Gonzalez, Johannes Gress, Maria Künzli, Daniel Lampart, Clemens Studer, Jean Ziegler. Gestaltung/Layout Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch.
 Korrektorat Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch; Andrea Leuthold Sekretariat Fabienne Jäilly, verlag@workzeitung.ch.
 Anzeigenmarketing Fabienne Jäilly, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch. Druck CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen. Abonnement Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.–.
 Abodienst Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch. Auflage 60 488 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.